

## P R O T O K O L L

über die 39. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr  
am Donnerstag, 15. Dezember 1983, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

### ÖFFENTLICHE SITZUNG

#### A n w e s e n d :

##### VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

##### VICEBÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

Karl Fritsch

##### STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Karl Feuerhuber

Konrad Kinzelhofer

Manfred Wallner

Leopold Wippersberger

Johann Zöchling

##### GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Walter Heumann

Karl Hochrathner

Karl Holub

Rupert Humer

Dr. Kurt Keiler

Wilhelm Kern

Walter Köhler

Herbert Lang

Ottilie Liebl

Johann Manetsgruber

Franz Mayr

Rudolf Pimsl

Josef Radler

Friedrich Reisner

Franz Rohrauer

Erich Sablik

Erwin Schuster

Ing. Othmar Schloßgangl

Ernst Seidl

Rudolf Steinmaßl

Franz Steinparzer

Otto Trembl

Dkfm. Helmut Zagler

##### VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertreter

OSR. Mag. Johann Rabl

Senatsrat Dr. Kurt Wabitsch

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

Dr. Kurt Schmidl

VOK. Heinz Ruckerbauer

TOAR. Direktor Ing. Wolfgang Wein

Oberamtsrat Helmut Riedler

Oberamtsrat Walter Kerbl

##### PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK. Dr. Gerhard

Alphasamer

VB Gerda Gugenberger

## T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 Sts

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

### Beschlüsse des Stadtsenates:

|              |                                                                                                                                                               |
|--------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Präs-1075/83 | Ehrenringe der Stadt Steyr; Nachbestellung.                                                                                                                   |
| Präs-420/77  | Manschettenknöpfe mit Steyrer Wappen; Nachbestellung.                                                                                                         |
| GHJ1-5046/82 | Telefonanlage Rathaus; Anschaffung von 3 Chefsekretärinnenanlagen TOPSET 104.                                                                                 |
| Bau6-6488/76 | Kanalisation Steyr-Münichholz; Umlegung von Wasserleitungen im Bereich Schumannstraße - Lortzingstraße und Hinterberger Straße.                               |
| Wa-826/78    | Schadensbehebung am oberwasserseitigen Schemelwehr bei der Großen Falle im Wehrgraben.                                                                        |
| Bau3-5992/80 | Straßenbau für die Unterführung der Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 14. 4. 1983.                                 |
| En-6272/83   | Herstellung einer Straßenbeleuchtung auf der Wolfener Landesstraße von der Kreuzung Seifentruhe - Kaserngasse bis Zufahrt Ziegelwerk Weindl, 1. Bauabschnitt. |
| GHJ2-5809/82 | Gemeindeeigenes Objekt Steyr, Brucknerstraße 4; Instandsetzungsarbeiten; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 14. 4. 1983.                                        |
| Bau3-1013/83 | Ausbau der Klingschmiedgasse; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 7. 7. 1983.                                                                                    |
| SH-5822/83   | Ferienaktionen von Steyrer Jugendorganisationen; Subventionierung.                                                                                            |
| Ha-6980/83   | Gewährung von Subventionen an kulturelle, caritative und soziale Organisationen im Jahr 1983.                                                                 |
| Ha-6925/83   | Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Steyr-Münichholz; Gewährung einer außerordentlichen Subvention zum Ankauf einer Glocke.                                      |
| Präs-868/82  | Siegelringe für Ehrenbürger; Nachbestellung.                                                                                                                  |
| GHJ2-6724/83 | Sportheim Münichholz, Schumeierstraße; Fliesenlegerarbeiten.                                                                                                  |

## Verhandlungsgegenstände

### BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

- 1) ÖAG-1850/82                      Verkauf der Parzelle 131/17 (Josef Fellingner-Siedlung) an Egon und Ilse Bauer.
- 2) ÖAG-6809/82                      Ankauf von zwei Liegenschaften an der Resthofstraße von Ingeborg Proyer und der Bauunternehmung Zwettler.
- 3) Ha-2388/76                      Abwasserbeseitigungsanlage BA 03 Steyr und Umgebung; Landesförderung - Baureferat; Haftungsübernahme.
- 4) Bau6-4100/82                      Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Hauptsammler 1, 3 und 4 Garsten; Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten sowie maschinelle Ausrüstung.
- 5) Bau4-1647/80                      Wasserverband "Region Steyr", Bauabschnitt 01; Herstellung des Rohrsteiges für Fußgeherübergang über die Enns; Kostenerrhöhung.

### BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 6) ÖAG-6802/83                      Stadtwerke Steyr - Verkehrsbetrieb; Ankauf eines Steyrer Autobusses.  
Stadtwerke

### BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 7) Ha-4000/83                      Voranschlag für das Finanzjahr 1984.
- 8) Ha-4000/83                      Voranschlag 1984; Beschluß einer Kreditsperre.
- 9) ZI. 5209/48                      Anlage zur Dienstvorschrift betreffend die allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Ausführung des Voranschlages; Änderung.

## BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur heutigen letzten Sitzung des Gemeinderates im Jahre 1983. Wie Sie aus der Tagesordnung ersehen, geht es wie immer um diese Zeit darum, den Voranschlag für das nächste Jahr zu behandeln und zu entscheiden. Darüber hinaus war es notwendig, obwohl das ursprünglich nicht beabsichtigt war, auch einige andere Sachanträge mit hineinzunehmen, damit noch in diesem Jahr die dazugehörenden Entscheidungen fällig gestellt werden können. Ich stelle also fest, daß der Gemeinderat ordnungsgemäß eingeladen wurde, daß die Beschlußfähigkeit aufgrund der Zahl der anwesenden Mitglieder gesichert ist und daß für heute die Herren Gemeinderäte Bachner und Tremel zur Protokollprüfung nominiert werden. Ich sehe, daß beide Herren diese Funktion übernehmen.

An Entschuldigungen liegt mir nur jene von Gemeinderat Leithenmayr vor, sonst ist der Gemeinderat vollzählig anwesend.

Zur Behandlung von allfälligen Anfragen kann ich feststellen, daß keine Anfragen vorliegen, so daß sich dieser Punkt erübrigt.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters habe ich wie immer einen kleinen Ausflug in die Situation des Arbeitsmarktes vor und möchte Ihnen kurz einen Gesamtüberblick geben über die Situation im Bundesland Oberösterreich bzw. in der Region Steyr. Der Stand ist vom 31. Oktober dieses Jahres. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Österreich ist um 22.939 zurückgegangen und beträgt gegenwärtig die immerhin noch sehr hohe Ziffer von 2.757.272 Arbeitnehmern. Ende Oktober gab es 113.928 vorgemerkte Arbeitslose, das sind um 10.470 mehr als 1 Jahr zuvor zum gleichen Zeitpunkt. Die Arbeitslosenrate in Österreich liegt im Oktober mit 4 Prozent um 0,4 Prozentpunkte über dem Vorjahr 1982. In Oberösterreich gab es gegenüber dem Vorjahr einen Beschäftigungszuwachs von 1064 auf 460.334 unselbständig Beschäftigte. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im Oktober dieses Jahres mit 15.512 ist um 1.462 gestiegen. Die Arbeitslosenrate prozentmäßig, gemessen an der Beschäftigung, liegt mit 3,3 Prozent deutlich, nämlich um 0,7 Prozentpunkte, unter dem österreichischen Durchschnitt. Die für uns interessantesten Ziffern sind aus dem Bundesländervergleich herauszulesen. Hier führt mit der geringsten Ziffer der Arbeitslosenrate dankenswerterweise Oberösterreich. Die vorgemerkten Arbeitslosen betragen hier 15.512, wie ich schon sagte, oder 3,3 %. Dem gegenüber hat Wien eine Ziffer von 3,7, Niederösterreich 3,6, Steiermark 4,3, Kärnten 6,7, Salzburg 3,9, Tirol 4,5, Vorarlberg 3,7 und Burgenland 4,1 Prozent. In dieser Bundesländeraufzählung liegt Oberösterreich, wie gesagt, an der untersten Grenze. Die größte Zunahme der Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen ist bei den politischen Bezirken Eferding mit 24,4 Prozent, Freistadt 19,8, Rohrbach 19,5, Ried 16,8, Linz 16,3 % eingetreten. Die größten absoluten Zunahmen, die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen, waren dabei in den Arbeitsbezirken Linz mit 765 mehr, Wels mit 139 und in Steyr waren es plus 125 vorgemerkte Arbeitslose. Etwas, was wir immer wieder beachten müssen, weit über dem oberösterreichischen Durchschnitt lag die Arbeitslosenquote in den Bezirken Eferding mit 7,7 %, in Schärding mit 6,3, Rohrbach 5,4, Braunau 4,3 und Steyr – immerhin von den Statutarstädten an der Spitze – mit 4,9 Prozent. Daraus ist ersichtlich, daß wir in unserem Bemühen, Arbeit zu schaffen, in der Region uns enorm anstrengen müssen, um aus diesem Dilemma herauszukommen, immer wieder als einzige Statutarstadt mit einer derart hohen Arbeitslosenziffer aufzuscheinen. Wenn man die Berufsgruppen durchgeht, dann ist es natürlich, daß die Bauwirtschaft gerade jetzt Schwierigkeiten hat, es gibt 1.500 vorgemerkte Arbeitslose, damit ist die Zahl um 182 oder 13,8 % gegenüber dem Vormonat, also September, gestiegen. Auch gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl größer geworden. Nicht unerheblich für unseren Bereich, für unser Gebiet, die Metallarbeiter und Elektriker 2.189 vorgemerkte Arbeitslose, hier sind sicher die Steyrer Verhältnisse nicht ganz unbeteiligt. Auch die Handelsberufe sind mit 1.423 oder plus 155 zu September relativ stark gestiegen. Im Fremdenverkehr ist der Abgang natürlich, und zwar mit 2.441 oder plus 920 oder gar 60 % zum September. Hier merkt man deutlich den Abbruch der Fremdenverkehrssaison. Die allgemeinen Verwaltungs- und Büroberufe sind hier auch zu beachten, 2.048 Arbeitslose oder eine Zunahme von 215 zu September. Geht man aber ein Jahr zurück, Oktober 1982, so sind es 384 Per-

sonen mehr, die Arbeit suchen. Bei der Jugendbeschäftigung sieht die Situation so aus, daß 733 vorgemerkte Lehrstellensuchende vorhanden sind. Dem gegenüber stehen 168 offene Lehrstellen. Es ist dies eine geringfügige Verbesserung zum Oktober 1982, wo immerhin 801 Lehrstellensuchende aufgeschienen sind und 173 offene Stellen vorhanden waren.

Meine Damen und Herren, die Ausführlichkeit dieses Berichtes beruht vor allem darauf, weil wir in unserer Region und in Steyr selber immer wieder mit größter Aufmerksamkeit die Beschäftigungspolitik verfolgen müssen und daher auch von unserer Seite her jene Initialzündungen gesetzt werden müssen, die diesen Entwicklungen wie eine Bremse entgegenwirken.

Am Dienstag hatten wir mit der Presse gemeinsam die neu adaptierten Zimmer für die Pflegeabteilung im Altersheim ihrer Bestimmung übergeben. Das ist erfreulich für jene, die sie benötigen, weniger erfreulich für die Gemeinde. Es hat sich die Schere sehr stark geöffnet, wir haben mehr als genügend Vormerkungen. Es gibt jetzt 193 Pflegebetten im Altenheim der Stadt Steyr, diesen stehen ungefähr 178 Normalbetten gegenüber, die aber nicht voll belegbar sind. Damit ist deutlich sichtbar, daß die Kosten der Stadt Steyr auf diesem Gebiet ständig anwachsen und noch weiter anwachsen werden, weil das Altenheim immer mehr ein Spital für geriatrische Fälle zu werden scheint. Die Kosten waren 2,5 Millionen Schilling, wenn wir hinzurechnen, daß die Brandmeldeanlage, die der Sicherheit der Hausbewohner vornehmlich gewidmet ist, auch eine beträchtliche Summe in Anspruch genommen hat, so sind die Kosten, ohne daß wir sie umlegen auf die Gebühren, immerhin mit 4,8 Millionen nahe an der 5-Millionen-Grenze angelangt.

Eine Neuregelung in der Frage der Kostenbeiträge für die Behindertenhilfe ist im Laufen, leider muß ich sagen nicht zugunsten, sondern zu Lasten der Statutarstädte und auch zu Lasten der Stadt Steyr. Es ist nach den ersten Verhandlungen nunmehr der letzte Stand der – ich möchte Sie nicht mit Details behelligen – daß man vom Land her bereit wäre, einem Aufteilungsschlüssel von 45 % der Kosten durch die Gemeinde und 55 % der Kosten durch das Land zuzustimmen. Das hieße aber immer noch, daß die Stadt Steyr von anstelle 5,118.000,- für die Behindertenhilfe jetzt 6,589.000 Schilling zu bezahlen hätte. So weit mir bekannt ist, gibt es in dieser Richtung noch weitere Gespräche zwischen den politischen Parteien. Wenn diese abgeschlossen sind, werden wir sicherlich davon in Kenntnis gesetzt werden. Jedenfalls wäre der ursprüngliche Plan des Landes Oberösterreich darauf hinausgelaufen, daß die Stadt anstelle von 5 jetzt 8 Millionen hätte bezahlen müssen. Ein kleiner Schritt im Bezug auf Einsparungen zugunsten der Stadt ist damit immerhin erreicht.

Weiters darf ich Ihnen zur Kenntnis bringen, das werden Sie vielleicht schon aus den Nachrichten erfahren, daß kürzlich eine kleine Beamtendelegation der Bundesregierung in Steyr war und die Absicht deponiert hat, im Jänner eine Klausurtagung der Bundesregierung hier vorzubereiten. Inzwischen wurde es bereits im Fernsehen und Radio mitgeteilt. Es handelt sich um die Zeit vom 11. – 13. Jänner, da wird die Bundesregierung eine Klausurtagung hier bei uns im Stadtsaal abwickeln. Eine Nebenbemerkung, die ich aus dem Munde des Herrn Bundeskanzlers via Fernsehen entnommen habe, der Name Steyr wird nicht verbunden sein mit irgendwelchen Neuerungen, die in die Geldtasche des Bürgers hineingreifen.

Weiters noch ein Hinweis, der Neubau des Kreisgerichtes Steyr ist so weit genehmigt, daß spätestens Ende des ersten Halbjahres 1984 mit dem Bau begonnen werden kann. Aufgrund dieser Entwicklung hat sich nun ein österreichisches Großkaufhausunternehmen für den Erwerb dieses Hauses interessiert. Ich habe schon eine Andeutung gemacht vergangene Woche, heute ist ein Anruf gekommen, daß hier das ernsthafte Bemühen dahintersteckt, sich tatsächlich am Stadtplatz anzusiedeln. Es wurde zugleich die Bereitschaft erklärt, die denkmalschützerischen Belange, soweit es vereinbar ist mit dem Zweck des Betriebes, in jeder Weise zu berücksichtigen. Es braucht kein Geheimnis bleiben, daß es sich dabei um das Kaufhaus Kastner & Öhler handelt. Dieses Kaufhaus hat schon vor drei Jahren das Interesse deponiert für Steyr. Es waren einige Areale vorgesehen,

aber alle wurden aus irgendwelchen Gründen von Kastner & Öhler nicht aufgegriffen. Jetzt ist jedenfalls diese Absicht da und man mag zur Ansiedlungsbereitschaft von Großkaufhäusern dieser Art stehen wie man will, jeder Neue ist natürlich eine Konkurrenz, das steht außer Frage. Aber wenn ich mit Sorge daran denke, mit einer echten Sorge, daß eine Einrichtung nach der anderen im Interesse der Bediensteten, wie es immer so schön heißt, für angenehmere Arbeitsmöglichkeiten vom Stadtplatz hinauswandert in Neubauten, die sich beileibe nicht als denkmalwürdig darstellen oder in ihrer ganzen Struktur dem Altstadtbild gerecht werden, dann muß man in der heutigen Zeit direkt dankbar sein, wenn noch jemand bereit ist, ein Haus dieser Größenordnung, das sonst niemand erwerben könnte, für sich in Anspruch zu nehmen. Das muß ja unter Einsatz großer Geldmittel seinem Zweck zugeführt werden, woraus wieder neue Frequenzen entstehen, die dem Stadtplatz nur zusätzliches Leben verleihen können. Das ist eine Ansicht, die ich persönlich immer ausgesprochen habe, andere mögen anderer Anschauung sein. Die Entscheidungen, wie das weitergeht, werden zu viel späterer Zeit getroffen, denn vor 1986 wird das Kreisgericht Steyr kaum im neuen Gebäude sein können. Bis dorthin wird sich auch die Frage des Kaufhauses Kastner & Öhler in dieser oder jener Form gelöst haben.

Meine Damen und Herren, damit bin ich mit meinen Mitteilungen am Ende. Ich bringe Ihnen nunmehr in Erinnerung, daß Sie mit der Einladung zur heutigen Sitzung auch die Beschlüsse des Stadtsenates, die er in der letzten Zeit getroffen hat, schriftlich erhalten haben und ich bitte Sie um Kenntnisnahme im Sinne des § 51 Abs. 3 des Stadtstatutes. Damit ist auch dieser Punkt abgeschlossen. Wir schreiten nun zur Behandlung der Verhandlungsgegenstände.

Als ersten Referenten bitte ich den Umweltstadtrat Karl Feuerhuber zum Rednerpult.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Beamtenschaft!

Ich habe Ihnen heute 5 Anträge des Stadtsenates zur Verlesung zu bringen, wobei ich Sie gleich vorweg um Ihre Zustimmung bitte.

Der erste Antrag behandelt:

1) ÖAG-1850/82

Verkauf der Parzelle 131/17 (Josef Fellingner-Siedlung)  
an Egon und Ilse Bauer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 14. 11. 1983 wird der Abverkauf der Parzelle 231/17 (Josef Fellingner-Siedlung) im Ausmaß von 927 m<sup>2</sup> an die Ehegatten Egon und Ilse Bauer, 4400 Steyr, Steinbrecherring 24, gemäß den durch den Gemeinderat am 6. 7. 1982 festgelegten Verkaufsbedingungen zu einem Quadratmeterpreis von S 520,- zuzüglich S 30,-/m<sup>2</sup> für Anliegerleistungen genehmigt.

Herr Bürgermeister, ich bitte Sie um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Gibt es dazu Einwände? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist beschlossen.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Der nächste Antrag behandelt den Ankauf von Liegenschaften. Der Antrag lautet:

2) ÖAG-6809/82

Ankauf von zwei Liegenschaften an der Resthofstraße von Ingeborg Proyer  
und der Bauunternehmung Zwettler.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf der Liegenschaften EZ 2238 Kat. Gem. Steyr von der Bauunternehmung Josef Zwettler und EZ 2319 Kat. Gem. Steyr mit Personalwohnhaus von Frau Ingeborg Proyer im Gesamtausmaß von 2.168 m<sup>2</sup> zu einem Pauschalpreis von S 2.700.000 (Barzahlung S 1.800.000,-), Hypothekenübernahme S 900.000,-) wird zugestimmt. Zur Bezahlung des Barpreises zuzüglich Zinsendienst 1984 und einschließlich Grunderwerbskosten werden S 1.073.700,- bei VA-St. 5/840000/001000 und S 1.000.000,- bei VA-St. 5/846000/010150 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung von S 49.400,- VA-St. 5/846000/010150 bewilligt (Rechnungsjahr 1984). Die Deckung erfolgt durch Darlehensaufnahme.

Ich bitte Herrn Bürgermeister, darüber die Diskussion zu eröffnen und die Abstimmung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Punkt Einwände bzw. Wortmeldungen?

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich glaube, die meisten Gemeinderäte haben gar nicht bemerkt, daß es dabei um einen Betrag von 2,4 Millionen geht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich nehme an, daß die Damen und Herren des Gemeinderates erstens die Unterlagen genau studiert haben, die ihnen zugesendet wurden, zweitens hat der Referent sehr deutlich gesprochen und drittens glaube ich, daß alle wissen, worum es hier geht. Ich frage aber nochmals, ob zu diesem Punkt jemand diskutieren will?

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Vielleicht möchte Kollege Tremml einen kurz gefaßten Bericht darüber bringen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das habe ich heute um 11 Uhr schon gemacht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Kollege Tremml und auch Kollege Holub verzichten auf eine Wortmeldung, sie haben ja bereits miteinander diskutiert.

Wir stimmen ab. Wer ist gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Ich darf Ihnen den nächsten Antrag zur Verlesung bringen:

3) Ha-2388/76

Abwasserbeseitigungsanlage BA 03 Steyr und Umgebung;

Landesförderung - Baureferat; Haftungsübernahme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV Steyr und Umgebung vom 22. 11. 1983 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein Investitionsdarlehen des Landes Oberösterreich (Baureferat) in Höhe von S 800.000,- für den Bauabschnitt 03 (Zentrale Kläranlage) des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung zugestimmt. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben auch diesen Bericht vernommen. Gibt es dazu irgendwelche Einwände?

Es gibt keine Gegenstimmen und auch keine Enthaltungen, daher einstimmig beschlossen.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Der nächste Antrag behandelt Hauptsammler 1, 3 und 4 Garsten und lautet:

4) Bau6-4100/82

Reinholdungsverband Steyr und Umgebung; Hauptsammler 1, 3 und 4 Garsten;  
Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten sowie maschinelle Ausrüstung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV Steyr und Umgebung vom 28. 11. 1983 wird der Auftrag zur Durchführung der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten sowie maschinellen Ausrüstung zur Errichtung der Hauptsammler 1, 3 und 4 Garsten des Bauabschnittes 02 des Reinholdungsverbandes Steyr und Umgebung an die ARGE Beer & Janischofsky, Hamberger, Negrelli und Zwettler zum Preis von S 12,177.021,68, vorbehaltlich der Zustimmung des Landes Oberösterreich übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 12,177.000,- (zwölf Millionen einhundertsebenundsiebzigtausend)

werden bei VSt 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Herrn Bürgermeister, die Abstimmung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Antrag. Ich sehe, es liegt keine Wortmeldung vor. Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, somit einstimmige Annahme.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Mein letzter Antrag betrifft:

5) Bau4-1647/80

Wasserverband "Region Steyr", Bauabschnitt 01; Herstellung des Rohrsteiges  
für Fußgeherübergang über die Enns; Kostenerhöhung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 2. 4. 1981 wurde der Auftrag zur Herstellung eines Rohrsteiges mit Fußgeherübergang über die Enns an die ARGE Vöest-Alpine - Wiener Brückenbau - Hamberger zum Preis von S 8,493.362,- exkl. 18 % USt, übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 29. 11. 1983 werden nunmehr folgende Erweiterungen dieses Auftrages nachträglich genehmigt:

1. Mehrkosten Rohrsteig mit Fußgeherübergang:

Arge Vöest-Alpine - Wiener Brückenbau - Hamberger  
zum Preis von

S 203.575,72 (exkl. 18 %)

2. Tiefbauarbeiten und Rohrverlegung:

Firma Hamberger, zum Preis von

S 73.443,25 (exkl. 18 %)

3. Bauleitungskosten:

Magistratsabteilung III zum Preis von

S 149.059,53 (exkl. 18 %)

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke dem Referenten, nächster Berichterstatter ist Kollege Kinzelhofer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen einen Antrag des Stadtsenates vorzulegen. Wie Sie ja wissen, haben wir von den 20 im Einsatz stehenden Fahrzeugen 6 die älter als 10 Jahre sind. Es ergeht daher an Sie der Antrag:

6) ÖAG-6802/83

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr - Verkehrsbetrieb;

Ankauf eines Steyrer Autobusses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 24. 11. 1983 wird der Auftrag zur Lieferung eines Linienbusses des Fabrikates der Steyr-Daimler-Puch AG, Type 1 EH - SS 11 HUA 250, an die Firma Steyr-Daimler-Puch AG, Wien, zum Preise von

S 1,753.518,- (exkl. 18 % USt)

übertragen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche Sie um die Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben auch diesen Antrag vernommen. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Herr Kollege Tremel bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Kollege Kinzelhofer hat besonders darauf hingewiesen, daß die Autobusse des städtischen Verkehrsbetriebes ziemlich alt sind. Fast 30 % der Busse haben schon das Alter von 10 Jahren erreicht, wir haben sogar einen Bus, der seit 16 Jahren läuft. Ich glaube, es ist daher notwendig, daß wir diesen Ankauf heuer noch tätigen. Es hat ja seinen Grund, im Budget war das ja für 1984 vorgesehen, es wird ja der Mehrwertsteuersatz erhöht um 2 % und 4 % Rabatt bekommen wir, das sind immerhin 6 %. Der Autobus kommt uns durch die Anschaffung im heurigen Jahr doch um 85.000 Schilling billiger.

Aber, meine Damen und Herren, der eigentliche Grund, warum ich dazu spreche, ist der, daß wir uns doch einmal im Gemeinderat grundsätzlich eine Linie festlegen, wie in Zukunft der Ersatzankauf von Autobussen vor sich gehen soll. Ich glaube schon alleine aufgrund der Sicherung der Arbeitsplätze bei Steyr-Daimler-Puch ist es notwendig, daß wir gerade diese Marke als Steyrer bevorzugen. Aber es soll ja einmal irgendwie zum Ausdruck kommen, nicht dadurch, daß junge Menschen in Steyr Unterschriften sammeln und aktiv wurden, was ja positiv war, daß man die Umrüstung des Fahrzeugparks in Linz auf Steyr-Busse anstrebt, sondern daß wir als Stadt Steyr doch generell festlegen sollen, daß wir aufgrund der Veralterung unseres Fuhrparks gleich mit den Steyr-Werken in Verhandlung treten sollten um einen bestimmten Rahmenvertrag zu treffen, für die künftigen Ersatzanschaffungen. Sie wissen ja sicherlich besser als ich, daß aufgrund der Beschlüsse bei Post und ÖBB es dazu kommt, daß die Vorserie - wir haben ja einen Bus der Vorserie aus den Steyr-Werken - ab 1985 in Serie geht und sicherlich auch für unsere städtischen Verkehrsbetriebe verwendet werden kann.

Ich rede in Richtung des Rahmenvertrages, weil man auch hier bestimmte Preisvergünstigungen erzielen könnte und damit bestimmte Finanzmittel der Stadt einsparen kann und nicht immer in eine andere Richtung gehen, zu der ich noch komme. Ich verbinde auch mit diesem Ankauf im heurigen Jahr noch die Hoffnung, daß ein lange gehegter Wunsch der Bevölkerung vor allem der Randgebiete, wie Waldrandsiedlung und Schlüßlmayrsiedlung oder Mayrpetersiedlung, erfüllt wird, daß diese Wohngebiete im kommenden Jahr verstärkt angefahren werden. Die Autobusse müssen daher bereits um 5.30 Uhr früh bis mindestens 22 Uhr sowie auch sonn- und feiertags eingesetzt werden. Ich bin auch dafür und das habe ich schon öfters im Gemeinderat deponiert, daß die Stadt selbst für die Ersatzbeschaffung von Autobussen für die städtischen Verkehrsbetriebe Förderungsmittel bereitstellt, wie wir dies bis jetzt vorwiegend bei Privatbetrieben tun. Dadurch könnten die Tarifierhöhungen ab 1. Jänner 1984 im Ausmaß von 33 Prozent unterbleiben.

Ich möchte vielleicht auch noch eine Bemerkung machen, weil mir immer wieder vorgeworfen wird, die KPÖ bzw. der Tremel treten ja immer auf gegen Gebühren- und Tarifierhöhungen, er ist ja gegen alles. Ich habe mir das etwas angesehen, Sie haben ja mehrheitlich beschlossen, die Tarifierhöhung bei den städtischen Verkehrsbetrieben beim Einzelfahrschein ab 1. Jänner 1984 um S 2,- zu erhöhen. Das wurde hier einmütig beschlossen, nur ich bin dagegen aufgetreten. Auch die Arbeiterkammer hat diese Gebührenerhöhung positiv beurteilt. Wenige Wochen später allerdings trat derselbe Verkehrsausschuß der öö. Arbeiterkammer wieder zusammen und begutachtete die Gebühren- und Tarifierhöhungen der Stadt Linz. Auch in dieser Stadt geht es um eine Erhöhung von S 2,-, also von S 12,- auf S 14,- beim Einzelfahrschein. Am 30. November hat der AK-Verkehrsausschuß - darin befinden sich die SPÖ, die ÖVP und die FPÖ - diese S 2,- Fahrpreiserhöhung abgelehnt, und zwar mit der gleichen Begründung, die ich hier anführte, angesichts der im kommenden Jahr auf die Bevölkerung zukommenden Belastungen, könne laut Ansicht dieses Ausschusses dieser Erhöhung nicht zugestimmt werden. Das habe ich hier erwähnt, weil man es immer wieder so hinstellt, nur die Kommunisten sind gegen Tarifierhöhungen. Auch Ihre Kollegen, die in der Arbeiterkammer ebenfalls sehr stark vertreten sind, stimmen nicht jeder Gebühren- und Tarifierhöhung auf kommunalem Sektor zu.

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Es sind keine vorhanden. Der Referent möchte ein Schlußwort halten, bitte.

**STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:**

Weil Kollege Tremel von der Arbeiterkammer gesprochen hat, möchte ich doch sagen, daß die Arbeiterkammer unserem Tarifvorschlag aus dem Grund zugestimmt hat, weil darin auch Ermäßigungen und Vergünstigungen für unsere Bürger enthalten sind. Ich glaube, das war sicher ein ausschlaggebender Punkt. Aber zum Autobus selbst,werte Damen und Herren des Gemeinderates, darf ich sagen, dieser Bus ist in seiner Art konkurrenzfähig gegenüber ausländischen Produkten und auch preismäßig und außerdem ist das ein Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung. Betreffend die Mehrwertsteuer muß ich noch erwähnen, wir haben als Stadtwerke die Möglichkeit, die Vorsteuer abzuziehen und damit ist das ja ausgeglichen. Es wurde ja auch das Verkehrsnetz laufend verdichtet, aber man kann nicht das Verkehrsnetz ausweiten und dabei die Preise senken. Es wurden ja gewisse Vergünstigungen geschaffen und wir hoffen, damit Mehreinnahmen zu schaffen.

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ist jemand gegen den gestellten Antrag? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag findet einhellige Zustimmung.

Danke. Wir kommen jetzt zum entscheidenden Punkt unserer heutigen Tagesordnung. Es wird nun der Finanzreferent den Voranschlag für das kommende Finanzjahr vorlegen.

Es ist jetzt 3/4 3 Uhr, der Referent wird in etwa 40 Minuten für seinen Bericht benötigen, anschließend werden wir eine kurze Pause einschalten. Ich bitte, das Wort zu nehmen.

## BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Geschätztes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 3 Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten, unter anderem den sehr wichtigen Antrag, das Budget 1984 betreffend. Gestatten Sie mir, daß ich die ersten beiden Anträge, den Voranschlag 1984 und den Zusatzantrag bezüglich der Kreditsperre, auch diesmal wieder in einem behandle.

Der Voranschlag 1984, der Ihnen heute zur Beschlußfassung vorliegt, stellt die Grundlage unserer kommunalen Arbeit für das kommende Jahr dar. Er ist eine Absichtserklärung über die Art und den Umfang unserer für 1984 geplanten Tätigkeit und veranschaulicht auch die finanzielle Entwicklung und die Finanzlage, in der wir uns befinden und darüber hinaus widerspiegelt er auch die wirtschaftliche Lage unseres Landes und im besonderen unserer Stadt. Bedauerlicherweise hat sich im nunmehr zu Ende gehenden Jahr die Wirtschaftslage in unserer Stadt aufgrund der nach wie vor andauernden Weltwirtschaftskrise nicht gebessert, sondern eher noch verschlechtert. So mußten z. B. die Steyr-Werke, das größte Unternehmen in unserer Stadt, infolge Exportschwierigkeiten, rund 70 % der Produktion geht bekanntlich ins Ausland, über viele Monate kurzarbeiten, was nicht nur zu einer Einkommensverminderung und damit Kaufkraftverminderung der betroffenen Arbeitnehmer führte, sondern auch ein starkes Absinken der Lohnsummensteuer zur Folge hatte. Insgesamt müssen wir als Folge der schlechteren Wirtschaftslage für 1983 mit voraussichtlichen Mindereinnahmen bei der Lohnsummen- und Gewerbesteuer im Ausmaß von rund 14,5 Mill. S rechnen. Diese bedauerliche Tatsache fand nicht nur bereits im Nachtragsvoranschlag für 1983 den Niederschlag, sie kommt auch im Voranschlag 1984 zum Ausdruck. Immer deutlicher und augenfälliger wird dabei die Tatsache, daß die besonders in den letzten beiden Jahren stark gesunkenen Einnahmen eine Einnahmenverminderung bei den Bundesertragsanteilen aufgrund der gesunkenen Einwohnerzahl und Mindereinnahmen bei der Lohnsummen- und Gewerbesteuer mit den ständig steigenden Ausgaben vor allem bei den Pflichtausgaben nicht mehr Schritt halten können. Denken Sie nur daran, daß wir z. B. für die Erweiterung der Krankenabteilung im Altersheim zusätzlich 9 Leute einstellen mußten. Das wurde ja heute schon von Herrn Bürgermeister angeführt und kostet zusätzliches Geld. Da wir selbst auf der Einnahmenseite nur in einem sehr beschränkten Ausmaß die Möglichkeit haben, durch Gebühren- oder Tarifiergelungen zu höheren Einnahmen zu kommen, müssen wir daher, und um nicht die Verschuldung ins Uferlose ansteigen zu lassen, bei den Ausgaben so sparsam als möglich umgehen und uns die Notwendigkeit und Dringlichkeit jedes Vorhabens genau überlegen.

Und das, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ist auch geschehen. Die monatelangen, sehr intensiv geführten Beratungen, gestalteten sich äußerst schwierig, mußten wir doch in fast allen Bereichen berechnete Wünsche zurückstellen und Kürzungen vornehmen. Wir haben den gesamten Haushaltsplan Punkt für Punkt, Position für Position, durchbesprochen und so nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Haben Sie daher bitte Verständnis, daß in dem Ihnen heute zur Beschlußfassung vorliegenden Voranschlag in Betracht unserer Finanzlage, nicht alle Ihre Wünsche Berücksichtigung finden konnten. Bei all unseren Überlegungen bei der Budgeterstellung stand dabei auch im Vordergrund, zumindest den oH ohne Aufnahme von Krediten ausgleichen zu können und das ist uns gerade noch gelungen.

Eine Zuführung von Mitteln vom oH an den aoH war leider nicht möglich. Der aoH weist einen Abgang von 28,5 Mill. S auf und muß bedauerlicherweise zu einem erheblichen Teil durch die Aufnahme weiterer Kredite finanziert werden. Bezüglich Aufnahme weiterer Kredite erlauben Sie mir festzustellen, daß diese nur mehr im unbedingt notwendigen Ausmaß in Anspruch genommen werden dürfen. Der jährliche Schuldendienst (Schuldenrückzahlung plus Zinsen), belastet auch die Haushaltspläne künftiger Jahre und darf nicht dazu führen, daß jene, die nach uns kommen, Schulden machen müssen, nur um unsere Schulden zurückzahlen zu können.

Der Schuldenstand ist mit Ende 1983, vor allem infolge eines zusätzlichen Grundstücksankaufes zur Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben, um rund 50 Mill. S, des Straßenabstieges Tomitzstraße - Wehrgraben, mit fast 20 Mill. S und der Mindereinnahmen aus der Lohnsummen- und Gewerbesteuer im Ausmaß von 14,5 Mill. S, auf

411,599.400 S angestiegen. Der Schuldendienst wird sich demnach 1984 auf 45,546.000 Schilling belaufen. Der Pro-Kopf-Schuldenstand auf S 10.569,-, das bedeutet einen Pro-Kopf-Schuldendienst pro Jahr von S 1.169,-. Verglichen mit anderen Städten unserer Größenordnung ist diese Verschuldung noch immer nicht sehr hoch. Trotzdem ist größte Vorsicht und Zurückhaltung bei weiteren Kreditaufnahmen auch im Hinblick auf die Gesamtwirtschaftslage unbedingt erforderlich.

Erlauben Sie mir, daß ich mich nun nach diesen kurzen grundsätzlichen Feststellungen mit dem weiteren Inhalt des Voranschlages, ohne besonders in Details einzugehen, also in sehr verkürzter Form, beschäftige und Ihnen darlege.

Die Ausgaben des gesamten Haushaltes, oH und aoH zusammen, sind mit 599,2 Mill. veranschlagt und ist auf einer sehr realistisch erstellten Grundlage aufgebaut und kann als Sparbudget bezeichnet werden. Es liegt nur um knapp 40 Mill. S, das sind 7,1 %, höher als der Rechnungsabschluß 1982, der mit 559,359.000 Schilling ausgewiesen wurde. Das ist erheblich weniger als die Teuerungsrate in dieser dazwischen liegenden Zeit. Dennoch gehen von diesem Budget 1984 wertvolle Impulse für unsere Wirtschaft aus, denn von den 599,2 Mill. S an Gesamtausgaben sind 154,9 Mill. S für Investitionen vorgesehen. Berücksichtigt man weiters die Investitionen der Stadtwerke in Höhe von 31,9 Mill. S, des Reinhaltungsverbandes im Ausmaß von 86,5 Mill. S und der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr in der Höhe von 70,4 Mill. S, so ergeben sich Gesamtinvestitionen im Ausmaß von fast 344 Mill. S, die der Wirtschaft in Form von Aufträgen und Zuschüssen zugute kommen. Die Stadt Steyr betreibt demnach 1984 eine sehr starke Investitionspolitik, ausgerichtet auf die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Von diesen Gesamtinvestitionen sind 36,2 Mill. S, die Müllabfuhr mit eingeschlossenen 44,4 Mill. S, für Umweltschutzmaßnahmen vorgesehen. Damit leistet unsere Stadt einen sehr wesentlichen Beitrag zur Erhaltung unserer Umwelt und dokumentiert den hohen Stellenwert, den der Umweltschutz im Gemeindebudget 1984 einnimmt. Der oH ist mit Einnahmen und Ausgaben von je 492,7 Mill. ausgeglichen und weist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von lediglich 23,7 Mill. S oder 5,1 % auf. Diese Erhöhung um 5,1 % ist als gering zu bezeichnen. Sie liegt unter der für 1984 prognostizierten Erhöhung der Verbraucherpreise und liegt wesentlich unter der Steigerung der Personalkosten im Ausmaß von 6,2 % gegenüber 1983, hervorgerufen zu einem nicht unwesentlichen Teil durch den erhöhten Personaleinsatz. Auch daraus kann man entnehmen, daß im oH Einsparungen vorgenommen werden mußten. Die Einnahmen im oH stammen mit 352,6 Mill. S oder 71,6 % aus eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteilen. Hievon entfallen, um nur die wichtigsten Posten herauszugreifen, 175 Mill. Abgabenertragsanteile seitens des Bundes, 62 Mill. Lohnsummensteuer, 30 Mill. Gewerbesteuer, 22 Mill. Kanalbenützungsgebühr, 18,5 Mill. Getränkesteuer, 16,7 Mill. Grundsteuer B, 8,1 Mill. Müllabfuhrgebühr, 3,8 Mill. Gebrauchsabgabe, 1,6 Mill. Lustbarkeitsabgabe und 1,5 Mill. Verwaltungsabgabe.

Von den Ausgaben des oH entfallen mehr als 90 % auf Pflichtausgaben. Von den Gesamt-Personalkosten im Ausmaß von 212,5 Mill. S entfallen 178,9 Mill. S, das sind rund 85 %, auf den Dienstleistungssektor und nur 15 % der gesamten Personalkosten für Verwaltung und Pensionen. Die Steigerung der Personalkosten um 6,2 % gegenüber 1983 ist, wie schon erwähnt, nicht zuletzt auf den erhöhten Personaleinsatz bei den Serviceleistungen, wie z. B. den Ausbau unserer Pflegeabteilung im Altersheim, zurückzuführen. In den Ausgaben für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand von 132,8 Mill. S sind auch die Mehrausgaben für den Schuldendienst im Betrag von 6,1 Mill., mit insgesamt 45,5 Mill., beinhaltet. Auch die Ausgaben für Transferzahlungen im Ausmaß von 73,2 Mill. S mußten gegenüber 1983 um 5,6 Mill. S oder 8,3 % erhöht werden. Die betragsmäßig größten Zahlungen sind die Landesumlage mit 22 Mill. S und der Krankenanstaltenbeitrag mit 19 Mill. S. Insgesamt werden an das Land ca. 57 Mill. S zu zahlen sein, was bei der derzeitigen Finanzlage unserer Stadt eine große Belastung darstellt. In diesem Zusammenhang muß die vom österreichischen Städtebund wiederholt aufgestellte Forderung nach Abschaffung der Landesumlage in Erinnerung gerufen werden. Besonders auch aufgrund der Tatsache, daß den Ländern aus dem sogenannten Maßnahmenpaket der Bundesregierung wesentlich mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden als den Gemeinden, erscheint eine

weitere Finanzunterstützung der Länder in Form der Landesumlage nicht gerechtfertigt. Um die Bedeutung der Gemeinden als bürgernächste und damit wirkungsvollste Einheit im Staat zu erhalten, muß nochmals mit aller Entschiedenheit die Forderung nach Abschaffung der Landesumlage mit dem Ziel erhoben werden, daß bei den Verhandlungen für den nächsten Finanzausgleich der Stellung der Gemeinden entsprechend die Realisierung dieser langjährigen Forderung des Städtebundes angestrebt wird.

Den größten Zuschußbedarf beim oH, nämlich 27,3 Mill. S, benötigen die Schulen. Aber schon an zweiter Stelle steht das Altersheim mit 16,8 Mill. S und ein fast ebenso großer Zuschußbetrag, nämlich 16,3 Mill. S, sind für die Kindergärten und Horte erforderlich. 10 Mill. S erfordert die Straßenreinigung einschließlich des Winterdienstes, je 6,7 Mill. wird für die Pflege der Park- und Gartenanlagen und der Kinderspielplätze und für die Straßenbeleuchtung gebraucht. Für unsere Theater ist ein Zuschußbedarf von 3,4 Mill. S, für die Feuerwehr 2,3 Mill., für die Büchereien 2,1 Mill. und 1,8 Mill. sind für die Volkshochschule erforderlich.

Und nun, verehrte Damen und Herren, zum aoH. Er ist von großen Investitionsvorhaben geprägt und weist bei Einnahmen von 78 Mill. S und Ausgaben von 106,5 Mill. S einen Abgang von 28,5 Mill. auf. Zur Finanzierung der kommunalen Großbauvorhaben sind neben einer Rücklagenentnahme aus noch nicht verbrauchten Krediten von insgesamt 16,5 Mill. Schilling, Darlehensaufnahmen von insgesamt 44,5 Mill. S vorgesehen. Der präliminierte Abgang könnte durch zusätzliche Einnahmen vom Land in Form von Bedarfszuweisungen und vom Bund in Form von Finanzzuweisungen und Finanzzuschüssen, durch nicht präliminierte Mehreinnahmen oder im aller äußersten Fall durch weitere Darlehensaufnahmen, die aber wohl sehr gründlich überlegt werden müßten, gedeckt werden.

Die größten Ausgaben des aoH betreffen den Straßenbau, und zwar einschließlich der Bundes- und Landesstraßen mit 40,8 Mill. S, wovon allein für den Weiterbau des Abstieges von der Tomitzstraße in den Wehrgraben 23 Mill. voraussichtlich gebraucht werden. Für den Ausbau der Kanalisation sind 15,4 Mill. S., für den Schul- und Kindergartenbau 10,2 Mill., für den Weiterbau des Turn- und Mehrzwecksaales im Wehrgraben 8 Mill. S., für die Sanierung der Mülldeponie als 1. Baurate gleichfalls 8 Mill. S, für Industrie- und Gewerbeförderung 4,5 Mill. und für bereits durchgeführte Sanierungsarbeiten im Stadtbad 4,6 Mill. notwendig.

Betrachtet man diese Großausgaben einzeln, so wird man feststellen, daß es sich hierbei vor allem um Zwangspunkte handelte, das heißt, zum einen um Bauvorhaben, die bereits im Gange sind, wie z. B. der Tunnelbau oder der Mehrzwecksaal im Wehrgraben oder um Restzahlungen bereits abgeschlossener Vorhaben, wie z. B. die Restzahlung für den Bau der BBAK, die Kanalisation in Münichholz und die schon von mir erwähnte Restzahlung für die Sanierung des Stadtbades.

Als Zwangspunkt ist aber auch die Sanierung unserer Mülldeponie, über die wir nicht umhin können, zu vermerken. Neben diesen von mir eben kurz aufgezählten Großbauvorhaben sind natürlich auch im kommenden Jahr wieder beträchtliche Mittel in Millionenhöhe für Wohnbauförderung, auf dem Gebiet der Denkmalpflege und z. B. für die Reparaturen von Wehranlagen, Brücken und Stegen im Wehrgraben vorgesehen.

Gestatten Sie mir, daß ich mich auch noch kurz mit dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke und dem Voranschlag des Reinhalteverbandes beschäftige. Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke sieht für 1984 einen Aufwand von 113,2 Mill. S vor. Die Stadtwerke beabsichtigen, im kommenden Jahr 32 Mill. zu investieren, davon rund 17,3 Mill. S für den Ausbau des Wasserleitungsnetzes und insgesamt 4,2 Mill. S für den Ankauf von Brunnengrundstücken und die Errichtung eines Großbrunnens in Tinsting. Für den weiteren Ausbau des Gasnetzes sind 5,5 Mill. S und für den Ankauf eines Omnibusses sind 3,7 Mill. S vorgesehen. Zur Deckung des Verlustes beim Stadtbad und bei der Kunsteisbahn sind Zuschüsse durch die Gemeinde im Gesamtausmaß von 4,950.000 Schilling notwendig.

Der Reinhalteverband Steyr und Umgebung hat für das kommende Jahr für den Weiterbau der Kläranlage und den Bau von Verbandskanälen Investitionen mit einer Gesamtsumme von 86,5 Mill. S veranschlagt.

Zum Schluß noch ein paar Sätze zum Dienstpostenplan und zur Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung. Der Dienstpostenplan sieht für 1. 1. 1984 einen Soll-Bestand von 761 vor, der

tatsächliche Ist-Bestand beträgt zu diesem Zeitpunkt 760.

Zur Dr. Wilhelm Groß-Stiftung ist zu sagen, daß der Vermögensstand 335.300 Schilling beträgt, vom Zinsertrag gelangen 10.000 Schilling an Stipendien zur Verteilung.

Und nun noch zum Ergänzungsantrag bezüglich der Kreditsperre. Aufgrund der überaus angespannten Finanzlage unserer Stadt soll auch für das Jahr 1984 wieder eine 20 %ige Kreditsperre verfügt werden, ausgenommen davon sollen jedoch, wie bisher, die listenmäßig erfaßten Subventionen sein. Subventionen in der Höhe bis S 10.000,- sollen zur Gänze auf einmal im Mai 1984, Subventionen, die über diesem Betrag liegen, in zwei gleich hohen Raten im Mai und Dezember 1984 zur Auszahlung kommen.

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf Ihnen nunmehr die beiden Anträge zur Verlesung bringen:

#### 7) Ha-4000/83

##### Voranschlag für das Finanzjahr 1984.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

|                                                                                                                          |                       |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------|
| Der Voranschlag für das Finanzjahr 1984 wird im ordentlichen Haushalt bei den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je | S 492,691.000,-       |
| im außerordentlichen Haushalt bei den Ausgaben mit                                                                       | S 106,525.000,-       |
| und bei den Einnahmen mit                                                                                                | <u>S 78,000.000,-</u> |

|                            |                |
|----------------------------|----------------|
| daher mit einem Abgang von | S 28,525.000,- |
|----------------------------|----------------|

=====

- im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind - festgestellt.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird. Als gegenseitig deckungsfähig werden die im Sammelnachweis zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städtischen Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für berufsbildende Pflichtschulen. Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift, betreffend die allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Ausführung des Voranschlages und deren Anlage, Zl. 5209/1948, in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt: Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 113,200.000,- und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 31,940.000,-, der Voranschlag der Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen:

|                                                           |            |
|-----------------------------------------------------------|------------|
| Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe | 500 v. H.  |
| Grundsteuer B für andere Grundstücke                      | 420 v. H.  |
| Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital   | 150 v. H.  |
| Lohnsummensteuer                                          | 1000 v. H. |

#### 8) Ha-4000/83

##### Voranschlag 1984 - Beschluß einer Kreditsperre.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Vollziehung des Budgets 1984 unterliegt bei allen Ermessensausgaben einer 20 %igen Kreditsperre nach Maßgabe des vorstehenden Amtsberichtes. Es sind daher lediglich die in Listen erfaßten Subventionen von dieser Kreditsperre nicht betroffen. Über eine Aufhebung bzw. Reduzierung der Kreditsperre ist aufgrund der Ertragslage im Laufe des Budgetjahres 1984 zu entscheiden.

Der Voranschlag 1984 ist, wie gesetzlich vorgeschrieben, zur öffentlichen Einsicht auflegen, es gab - soweit ich unterrichtet bin - keinerlei Einwände oder Einsprüche. Abschließend, werte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, dem Leiter des

Rechnungsamtes, Herrn Dr. Schmidl und seinen Mitarbeitern, für die so umfangreiche und mit großer Sorgfalt durchgeführten Arbeiten zur Erstellung des Voranschlages zu danken.

Und ich danke nunmehr auch Ihnen, wertvolle Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche Herrn Bürgermeister, die Diskussion über die gegenständlichen Anträge abführen zu lassen.

Applaus

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Ich danke für den Bericht. Die vorgesehene Zeit ist vom Referenten doch beträchtlich unterschritten worden, so daß ich nunmehr die Frage an Sie richte, ob Sie jetzt schon eine Pause einschalten möchten. Ich glaube jedenfalls, daß es günstiger wäre, jetzt schon zu unterbrechen und dann durchgehend die Fraktionsstellungen abzuwickeln. Denn soweit ich gehört habe, möchten alle Fraktionen nur grundsätzliche Stellungnahmen zum Budget abgeben. Da ich Ihr Einverständnis sehe, darf ich die Sitzung für kurze Zeit unterbrechen.

Pause von 15.13 – 15.47 Uhr.

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Ich darf Sie nach dieser Pause wieder bitten, die Plätze einzunehmen, vor allem die Beamten sollen hier beispielgebend sein. Das sage ich für das Protokoll, damit es später noch immer durchdringt, wie gut die Beamten von mir behandelt wurden. Somit nehmen wir die Tagesordnung wieder auf und fahren in unseren Diskussionen fort. In der üblichen Reihung bei der Voranschlagsdebatte werden die Fraktionen ihrer Größenordnung nach zu Wort kommen und so bitte ich als ersten Redner den Fraktionsführer der sozialistischen Fraktion, Herrn Stadtrat Kinzelhofer, zum Wort.

**STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertvolle Damen und Herren des Gemeinderates! Kollege Stadtrat Wippersberger hat in seiner Funktion als Finanzreferent dem Gemeinderat den Haushaltsvoranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 1984 zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt und in seiner Budgetrede die wirtschaftliche und finanzielle Situation der Stadt dargelegt. Eingedenk der kritischen Weltwirtschaftslage, die sich auch in Österreich in vielen Wirtschaftszweigen widerspiegelt, gestaltete sich die Erstellung des Voranschlagsentwurfes im heurigen Jahr besonders schwierig. Die sozialistische Gemeinderatsfraktion hat im Bewußtsein ihrer Mehrheitsverantwortung den vom Finanzreferenten mit der Beamtenschaft erarbeiteten Entwurf in einer ganztägigen Tagung eingehend beraten. Kollege Wippersberger hat auch die Fraktionen der ÖVP, FPÖ und KPÖ eingeladen, ihre Wünsche zum Budget bekanntzugeben und sich bemüht, diese im Rahmen des möglichen im vorliegenden Entwurf zu berücksichtigen. Bei einer Sitzung am 6. 12., bei der die Obmänner aller Fraktionen anwesend waren, kam zum Ausdruck, daß alle vier Fraktionen des Gemeinderates dem Budget 1984 zustimmen werden. Diese Ankündigung zeugt vom Verantwortungsbewußtsein der politischen Parteien in der Stadt, die eine Zustimmung zum Budget nicht von der Erfüllung all ihrer Wünsche abhängig machten und somit zum Ausdruck brachten, daß bei allen Überlegungen die finanziellen Möglichkeiten der Stadt im Vordergrund zu stehen haben.

Gestatten Sie mir, aus dem umfangreichen Werk, das unser Finanzreferent vorgetragen hat, einige Zahlen herauszugreifen. Für 1984 sind Gesamtausgaben von 599,2 Mill. Schilling, also fast 600 Millionen, vorgesehen, 492,7 Millionen davon entfallen auf den ordentlichen Haushalt, der ausgeglichen präliminiert ist. Diese an sich erfreuliche Tatsache wird etwas dadurch überschattet, da praktisch keine Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt möglich sind. In diesem stehen allerdings den Einnahmen von 78 Millionen Ausgaben in Höhe von S 106,5 Millionen gegenüber. Dies bedeutet,

daß ein ungedeckter Abgang von 28,5 Millionen Schilling aufscheint. Die wirtschaftliche Entwicklung und damit auch die finanzielle Entwicklung wird daher vor vorschnellen Entscheidungen abzuwarten sein. Die sozialistische Gemeinderatsfraktion wird daher genau abwägen, wie weit Investitionen durchgeführt werden können, ohne den Kreditmarkt über Gebühr in Anspruch zu nehmen.

Der Finanzreferent hat den Voranschlag 1984 ein Sparbudget genannt und wir bekennen uns auch zu dieser Aussage. Trotzdem wird sich die Stadt im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten bemühen, der heimischen Wirtschaft Impulse zu geben und zur Erhaltung und wenn möglich, zur Vermehrung der Arbeitsplätze beizutragen. Das Budget sieht vor, daß 343 Millionen Schilling, das sind rund 57 % aller Ausgaben, in verschiedener Form dem Gewerbe und der Industrie zufließen. Natürlich finden auch begonnene Bauvorhaben im Voranschlag 1984 ihren Niederschlag, wie zum Beispiel der Tunnelbau von der Tomitzstraße zum Wehrgraben oder der Bau des Mehrzwecksaales in diesem Bereich.

Für den Straßenbau sind 40 Millionen und für den Kanalbau 15 Millionen vorgesehen. Einen bedeutenden Rang nehmen auch Maßnahmen zur Erhaltung einer sauberen Umwelt ein. Uns alle bewegt die Frage der Weiterverwendung unserer Mülldeponie, wo sich eine positive Lösung für die Stadt Steyr abzeichnet. Natürlich müssen für die Sanierung der Deponie beträchtliche Mittel bereitgestellt werden. Die Stadtwerke investieren 1984 im Rahmen ihres Wirtschaftsplanes 32 Millionen in den Bereichen Wasser- und Gasversorgung und für den Kauf von Autobussen, wo dem heimischen Produkt der Vorzug gegeben wird. Die GWG der Stadt Steyr weist Investitionsvorhaben in Höhe von 70 Millionen aus, wobei der Bau von Pensionistenwohnungen zur Entlastung des Wohnungsmarktes vorrangig betrieben wird.

Der ordentliche Haushalt beinhaltet überwiegend die Pflichtausgaben der Stadt, wobei den Personalkosten ein besonderer Stellenwert zukommt. Sie betragen insgesamt 212 Millionen Schilling. Da aber die Stadt im steigenden Maße Dienstleistungen für den Bürger erbringt, entfallen auf diesen Bereich des Personalaufwandes allein 178,9 Millionen Schilling. Es ist für die sozialistische Fraktion ein ernstes Anliegen, das soziale Netz zu sichern, beziehungsweise zu verstärken. So werden zum Beispiel für das Zentralheim Zuschüsse in Höhe von 16,8 Millionen benötigt. Das Fehlen einer geriatrischen Abteilung im Landeskrankenhaus machte eine Erweiterung der Pflegeabteilung nötig, um den Bedürfnissen der alten Mitbürger Rechnung zu tragen. Die am 13. 12. eröffnete erweiterte Pflegeabteilung wird aber sicher eine Erhöhung des Zuschußbedarfes nach sich ziehen. Einen fast gleich hohen Zuschuß werden die städtischen Kindergärten, Horte und Tagesstätten erfordern.

Dieser kurze Blick auf das Budget soll uns den großen Aufgabenumfang, den der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit dem Magistrat zu bewältigen hat, verdeutlichen. Viel wurde in unserer Stadt mit großem finanziellen Aufwand zum Wohle der Bewohner der Stadt geschaffen. Die Wirtschaft und die Bürger haben aber auch ihrerseits ihre Verpflichtungen gegenüber der Stadt in bester Weise erfüllt und so zu einem guten Gelingen beigetragen. Es ist uns aber dennoch bewußt, daß nicht alle Wünsche Erfüllung finden konnten und noch große und schwere Aufgaben vor dem Gemeinderat liegen. Wir wissen aber auch – und dies bestätigt das vorhin Gesagte – daß die Finanzkraft der Stadt von einer florierenden Wirtschaft abhängt und viele Schwierigkeiten von außen her an uns herangetragen werden. Die von uns immer geäußerte Sorge um die Beschäftigungslage in unserer Region spiegelt sich in einem sinkenden Aufkommen bei der Lohnsummensteuer und Gewerbesteuer wider. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß wir nur mehr mit einer geringen Hilfe des Landes rechnen können, unsere Leistungen aber stetig steigen. Wie Sie ja selbst wissen, leisten wir an das Land Zahlungen in Höhe von fast 57 Mill., also doppelt so viel, wie wir vom Land erhalten. Meine Fraktion ist daher der Meinung, daß bei der Leistung der Landesumlage eine Änderung zugunsten der Gemeinden erfolgen müßte. Ich möchte hier auf das Beispiel des neuen öö. Behindertengesetzes hinweisen, welches sehr ungleiche Belastungen zuungunsten der Statutarstädte zur Folge gehabt hätte. Erst auf die massiven Einsprüche der Städte Linz, Wels und Steyr sind Verhandlungen erfolgt, die eine Milderung der Belastungen erwarten lassen.

Wir glauben, daß in diesen entscheidenden Fragen alle Fraktionen des Gemeinderates die gleiche Sprache reden sollten. Diese Forderungen sollten von allen Parteien getragen werden, denn es gilt, die Finanzkraft der Stadt zu erhalten, ohne daß wir im eigenen Bereich den Bewohnern zusätzliche Belastungen auferlegen müssen.

Wenn dieser vorliegende Voranschlag, wie ich annehmen darf, die Zustimmung aller Fraktionen finden wird, so kommt darin trotz mancher Meinungsverschiedenheiten das gemeinsame Wollen aller Fraktionen zum Wohle der Bewohner der Stadt Steyr zum Ausdruck. Namens der sozialistischen Gemeinderatsfraktion darf ich daher die Erklärung abgeben, daß Sie dem vorliegenden Voranschlag für das Rechnungsjahr 1984 die Zustimmung geben wird. Ich möchte aber im Namen meiner Fraktion, aber auch in meinem eigenen, Herrn Dr. Kurt Schmidl und dem Stadtrechnungsamt sowie dem Finanzreferenten Kollegen Wippersberger für die Erstellung des Voranschlages Dank sagen. Ich schließe daran auch den Dank an alle Bediensteten des Magistrates und der angeschlossenen Betriebe für die im nunmehr auslaufenden Jahr geleistete Arbeit an.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch ein paar persönliche Worte. Da ich mit Ende dieses Jahres mein Gemeinderatsmandat zurücklegen werde, nehme ich gerne diese letzte Möglichkeit, in diesem Rahmen zu Ihnen zu sprechen, wahr, um Ihnen für die Zusammenarbeit in den abgelaufenen 22 Jahren, in denen ich als Gemeindefunktionär tätig sein konnte, zu danken. In den vielen Jahren wurden uns viele Aufgaben gestellt, die wir in gemeinsamer Zusammenarbeit lösen konnten. Mein Dank gehört Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, besonders aber Herrn Bürgermeister Weiss und dem geschäftsführenden Vizebürgermeister Schwarz. Ich schließe daran den Dank an die Vorsitzenden der anderen drei Fraktionen, Vizebürgermeister Fritsch, Kollegen Eichhübl und Kollegen Treml. Besonders danken möchte ich aber der Beamtenschaft, an ihrer Spitze den Magistratsdirektoren Dr. Knapp und Dr. Eder für die jahrelange gute und fruchtbringende Zusammenarbeit. Es war für mich eine ehrenvolle Aufgabe, so lange in unserer Gemeindestube zum Wohle meiner Heimatstadt und meiner Mitbürger tätig sein zu können.

Geschätzter Herr Bürgermeister, ich danke Dir nochmals für die Zusammenarbeit in den abgelaufenen Jahren. Dir, lieber Freund Heinrich, danke ich nochmals für Deine freundschaftliche Zusammenarbeit und wünsche Dir für Deine zukünftige Aufgabe viel Erfolg. Dem Gemeinderat und allen Fraktionen viel Erfolg bei ihrer Arbeit zum Wohle unserer geleibten Stadt.

Ein herzliches "Glück auf" Ihnen sowie allen Bediensteten der Stadt Steyr und den Bewohnern der Stadt, verbunden mit den besten Wünschen zum bevorstehenden Weihnachtsfest und für ein glückliches Jahr 1984.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag.

Für die Österreichische Volkspartei spricht nun Kollege Fritsch.

## VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, aus der wehmütigen Abschiedsstimmung meines Vorredners heraus schließen zu können, daß der Abschied eines Politikers aus dem Gremium, in dem er jahrelang tätig war, sicherlich nicht leicht zu beurteilen sein wird. Es soll aber diese Abschiedsstimmung nicht dazu verleiten, daraus auch eine leichte Verabschiedung eines Budgets zu machen. Ich darf vielleicht dahingehend überleiten, daß Kollege Wippenberger als Finanzreferent von einem Sparbudget gesprochen hat. Die Sparsamkeit hat sich ausgedrückt in der Redezeit. Nachdem ja der Grundgedanke des Sparens unseres Gemeindehaushaltes, aber auch jener anderer Kommunen im Vordergrund steht, ist es sicherlich auch an der Zeit, die Überlegungen, wieso und warum wir dazu gezwungen sind, anzustellen. Verzeihen Sie mir, wenn ich heute nicht weiß Gott wie in die einzelnen Details des Voranschlags eingehe, weil es für uns alle eine Prämisse gibt, mit den vorhandenen Mitteln auszukommen und zu finanzieren, was wir finanzieren müssen. Aber auch jene Mittel, die sich auf dem Kreditsektor beschaffen lassen, so sparsam wie nur möglich, einzusetzen. Wie könnte es anders sein, daß man als Grundlage der Betrachtung vorerst einmal jene Summen ins Auge faßt, die der Schuld, der Darlehensaufnahme jeweils gutzubuchen sind. Es war, das wissen wir aus der letzten Sitzung und das ist uns ja allen bekannt, daß der Nachtragsvoranschlag 1983 nur mehr seine Deckung im ordentlichen Haushalt finden konnte dadurch, daß wir Rücklagenentnahmen bzw. Auflösungen durchführten. Es war auch der Nachtragsvoranschlag 1983 gekennzeichnet dadurch, daß durch alle Schuldauflösungen, durch entsprechende Umbuchungen, durch Rücklagen usw., echt 140 Millionen dafür an Mehraufwand erforderlich war als präliminiert. 1984, meine Damen und Herren, sind zwar im Voranschlag 40 Millionen Darlehensaufnahme, die werden aber sicher nicht ausreichend sein, so realistisch müssen wir sein, um das zu bestätigen. Der aoH von der Sachnotwendigkeit her wird auch im Volumen ausgeweitet werden, wenngleich die Finanzierung als nicht gesichert erscheint. 28,5 Millionen sind praktisch Abgang. Die Gegenüberstellung mit jenen Einnahmen, aus der sich die Gemeinde pflichtausgabengemäß rekrutiert, zeigt, daß 1984 sich die eigenen Steuerleistungen mit 137,2 Millionen darstellen, daß die Ertragsanteile des Bundes in der Größenordnung von 175 Millionen rund zu Buche stehen, die sich vielleicht leicht erhöhen werden. Ich sage bewußt leicht, weil es nur geringfügige Mehreinnahmen geben wird für die Städte, verursacht sicherlich durch etwas mehr an Bundesertragsanteilen infolge des Belastungspaketes der sozialistischen Koalitionsregierung. Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, wir dürfen uns nicht zu große Hoffnungen machen, - das wir bezieht sich meiner Ansicht nach nicht nur auf den Bereich des Magistrates unserer Stadt, sondern auf alle Gemeinden des Landes Oberösterreich - daß aus diesen vermehrten Einnahmen des Bundes, dem Lande zugeordnet, wiederum entsprechende Zuflüsse an die Gemeinden zu verzeichnen sind. Deshalb nicht, hier beziehe ich mich auf einen Artikel in der letzten Amtlichen Linzer Zeitung, der in der Aussage dahingehend gipfelt, daß im Landesbudget heuer bereits 243,375 Millionen Schilling fehlen. Diese fehlenden Millionen rekrutieren sich aus den Mindereinnahmen der zuständigen Abgabenertragsanteilen des Bundes. Tatsache ist, daß ursprünglich durch den Finanzminister dem Landeshaushalt nach seinen Meinungen und Empfehlungen, ein Loch von 530 Millionen gerissen wurde. Die 243 Millionen, meine Damen und Herren, die dem Land Oberösterreich aus den Bundesmitteln fehlen, werden durch die Mehreinnahmen aus dem Belastungspaket, den Rechnungen entsprechend wird Oberösterreich rund 300 Millionen zugewiesen bekommen, tatsächlich nur für das Stopfen der Budgetlöcher des Jahres 1983 zuzuordnen sein. Das heißt also, die Hoffnung auf große Mehreinnahmen von Mitteln des Bundes wird sich für uns Steyrer, aber auch für andere kommunale Haushalte als trügerisch erweisen. Schulden, meine Damen und Herren, drücken jeden verantwortungsbewußten Familienvater, jeden verantwortungsbewußten Kommunalpolitiker. Wir wissen, daß Schulden bzw. Darlehensaufnahmen vonnöten waren und sein werden, um unsere Vorhaben zu finanzieren. Man muß aber die Leistungsfähigkeit eines Haushaltes dabei nicht außer Betracht lassen.

Gestatten Sie mir, daß ich dazu doch ein paar Zahlen zur Argumentation heranziehe.

Wir haben im Jahr 1984 40 Millionen Darlehensaufnahme präliminiert, wir haben einen Abgang von 28,5 Millionen, das ergibt rund 68,5 Millionen Aufnahmen, so der Abgang durch Aufnahmen gedeckt wird. Der Schuldendienst im kommenden Jahr beträgt 45,5 Millionen laut Voranschlag. Und jetzt sage ich etwas, wo vielleicht der eine oder der andere Einwände bringt. Ich werde es aber nachher genauer erklären. Das heißt, wenn ich von den Darlehensaufnahmen den Schuldendienst abziehe, so bleiben Ausgaben, wirksame Neuschulden, von nur 23,5 Millionen über, oder 66,5 Prozent der Neuschulden dienen dem Altschuldendienst. Jetzt erläutere ich es deswegen, damit es nicht heißt, es ist ein Denkfehler drinnen. Wir wissen, daß wir den Schuldendienst von 45 Millionen rund aus den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes zu finanzieren haben. Das heißt aber auch gleichzeitig, würde dieser Schuldendienst nicht bestehen, würde dieselbe Summe in etwa ausreichen, um damit Zuführungen in den außerordentlichen Haushalt zur Finanzierung der Vorhaben dort heranziehen zu können. Ich kann vielleicht auf den Schuldendienst noch weiter eingehen dahingehend, daß man sagen muß, in Relation zu den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes jeweils gesehen, ist die Tendenz des Schuldendienstes steigend bei rund 9,2 Prozent. In Relation zu den eigenen Steuern der Stadt gesehen ist der Schuldendienst bereits zu 33 Prozent oder zu einem Drittel angewachsen. Die Gesamtverschuldung pro Kopf, da liegt, glaube ich, irgendwo ein kleiner Rechenfehler drinnen bei Kollegen Wippersberger, ist nach meinen Rechnungen noch etwas höher als die von Dir genannte Ziffer. Unter dem Aspekt, 411 Millionen derzeitiger Schuldenstand plus den 68,5 Millionen minus der dafür aufgewendeten, im Jahre 1984 aufgewendeten Tilgung von 13 Millionen, ergibt 466 Millionen. Umgelegt auf die Einwohner unserer Stadt, nach der letzten Volkszählung, mit Hauptwohnsitz Steyr, ergibt das 11.977, oder rund 12.000 Schilling, oder aber auch einen Pro-Kopf-Schuldendienst von 1.168 Schilling. Wenn ich den Schuldenstand zu den Einnahmen des oH vergleiche, so waren das am Ende des Rechnungsjahres 1983, jetzt ablaufend, 83,7 Prozent der Einnahmen. Am Ende 1984, laut Voranschlagszahlen, 95 % der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes. Das heißt, auf ein Familienbudget bezogen bedeutet es, daß fast das gesamte Jahreseinkommen der Familie, in dem Fall der Kommune, verschuldet ist. Wir befinden uns sicherlich immer noch in guter Gesellschaft, wir befinden uns sicherlich immer noch zumindestens im Mittelfeld vergleichbarer Städte. Aber das, meine sehr geehrten Damen und Herren, soll uns nicht verleiten dazu, bedenkenlos weiter Darlehen aufzunehmen. So, wie es Kollege Wippersberger richtig gesagt hat, unsere Schulden müssen unsere Nachfahren, unsere Kinder, zurückzahlen. Schulden aufzunehmen, um Schulden zu decken, ist an und für sich der finanzwirtschaftlich gesehene Ruin auch eines Unternehmens. Das soll uns aber, meine Damen und Herren, nicht verleiten lassen zu Pessimismus bis zum Exzeß. Eines kann man sagen, daß die Aufgaben einer Gemeinde so vielfältig sind, von der Struktur her gesehen, daß eine Gemeinde – das gibt es nirgendwo in Österreich – aus eigenen Geldern, aus eigenem Aufkommen kaum wird mehr ihre Leistungen finanzieren können. Ich weise in diesem Zusammenhang auf etwas hin. In Oberösterreich sind von den 445 Gemeinden 119 nach meinen Informationen nicht mehr in der Lage, den ordentlichen Haushalt auszufinanzieren. Aber nicht vielleicht deswegen, weil sie ins Uferlose Hallenbäder oder sonstige geld- und kostenaufwendige Institutionen geschaffen haben, sondern deswegen, weil die Aufgaben einer Gemeinde immer größer und größer werden – ob das Müllbeseitigung, ob das Wasser, Kanal oder Straßen sind, sie aber mit ihrem geringen Aufkommen, Steuern gehen überall zurück, vorwiegend eben die eigenen, nicht mehr die Finanzierung werden treffen können. In diesem Zusammenhang glaube ich, sei mir doch ein Hinweis gestattet. Die Landesumlage, immer wieder im Städtebund und auch hier im Gemeinderat erwähnt, nicht kritiklos, dient doch letzten Endes auch dazu, um jenen Kommunen in unserem Lande die finanzielle Überlebenschance zu geben aufgrund der Beträge, die von anderen noch finanzkräftigeren Gemeinden eingezahlt werden. Die Landesumlage kann ich auch nicht als Sparkasse betrachten, wo ich in dem Fall 57 Millionen hineinstecke und am Jahresende wo möglich wieder 57 Millionen, womöglich noch mit Zinsen, zurückbekomme. Hier muß wahrscheinlich eine Änderung getroffen werden, aber trotzdem aus unserer Sicht ein gewisses Solidaritätsstreben und Solidaritätsdenken mit anderen Gemeinden unseres Landes erfol-

gen. Denn wir sind zwar eine autonome Stadt, wir können uns aber nicht völlig autark in unseren Forderungen sehen. Aus der gleichen Sicht heraus nur ein Wort, weil es ursprünglich durch Kollegen Kinzelhofer erwähnt wurde, zur Novellierung des Behindertengesetzes. Es ist sicherlich richtig, daß die ursprünglichen Vorschläge sehr starke Belastungen, vorwiegend der Statutarstädte mit sich gebracht hätten. Durch entsprechende Verhandlungen ist es eben auch gelungen, – ich war bei einer mit Kollegen Schwarz dabei und auch bei uns intern – daß die Forderungen zurückgeschraubt wurden und das Land einen Teil der Kosten übernimmt. Es wird aus diesem Titel auch aus den Sozialaufgaben unserer Stadt, aber auch unseres Landes heraus, es nie möglich sein, ohne Hilfe anderer, des größeren Bruders oder aber des finanzstärkeren Bruders, die Aufwendungen auf dem Sozialsektor voll zu finanzieren. Die Kosten dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wahrscheinlich nicht geringer werden. Das heißt aber auch, daß man mit den Möglichkeiten operieren muß, jenen Gemeinden, jenen Bezirken, jenen Sozialhilfeverbänden, die aus Eigenem nicht mehr in der Lage sind, die Mittel aufzubringen, eine entsprechende Reduktion oder Bezuschussung angedeihen zu lassen.

Und nun, meine Damen und Herren, ein paar pessimistische, aber sehr ehrlich gemeinte Zahlen, die als Prämisse – und hier kehre ich zurück zu unserem eigentlichen Haushalt – für alle unsere Handlungen, für alle unsere Forderungen, gelten mögen. Diese Prämisse des Sparens, der Notwendigkeit des Sparens, hat sich auch meine Fraktion bei der Erstellung der Wünsche zum Budget des kommenden Jahres auferlegt und ist ihr jeweils mit kritischem Blick entgegengetreten. Ich danke auch Kollegen Wippersberger als Finanzreferent dafür, daß er uns rechtzeitig zur Mitarbeit eingeladen hat, weil es sicher einfacher und auch sachdienlicher ist, rechtzeitig, wo noch Verhandlungszeit für Spielräume usw. gegeben ist, informiert zu werden, als wie später. Vielleicht ergibt sich auch im kommenden Jahr eine noch bessere Möglichkeit, zu den Voranschlägen die Meinungen und Äußerungen der Fraktionen, der dafür verantwortlichen Referenten, einzuholen. Schauen Sie, meine Damen und Herren, es ist immer schwierig zu koordinieren zwischen Forderungen einerseits und der Erfüllbarkeit andererseits. Ich achte es, daß viele unserer Vorstellungen der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, viele unserer Wünsche, berücksichtigt wurden. Es wäre verlockend, im einzelnen darauf einzugehen, ich tue es nicht, weil sie erstens bekannt sind und zweitens ja schon Bestandteil des Budgets sind und auch bei der Realisierung sicherlich von uns aufgegriffen werden. Ich darf vielleicht doch dahingehend antworten oder ergänzen, daß ich einiges in meinen Ausführungen streifen werde.

Ich komme geschwind noch einmal zurück auf die Finanzierung der Haushalte und des unseren. Ich glaube, wir alle müssen es uns als ernsthafte Maxime setzen, gerade in Anbetracht der angespannten Finanzsituation, uns einen langfristigen Prioritätenkatalog zu erstellen. Nicht aber nur, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, einen Prioritätenkatalog zu erstellen, sondern auch den dazu notwendigen Finanzierungsplan, denn sonst würden wir ins Uferlose planen. Die Forderung nach diesem Prioritätenkatalog, der wir uns sicherlich nicht entziehen können, ist bereits hier Ende des Jahres 1982 von meinem Kollegen Holub erstellt worden. Wir alle wissen, daß durch diesen Prioritätenkatalog unserer Aktivitäten es möglich sein wird, und es möglich sein muß, Begonnenes fertig zu stellen, die Finanzierungen dafür zu sichern, neue Vorhaben, obwohl sie vielleicht vom Wunsch her noch so berechtigt erscheinen, sehr sorgfältig zu überlegen und erst aufgrund des Finanzierungskonzeptes eine eventuelle Realisierung ins Auge zu fassen. Jede neue Aufgabe, jeder neue Beschluß, der finanzaufwendig ist, kann nur mehr durch Darlehensaufnahmen gedeckt werden. Der ordentliche Haushalt hat keinen Spielraum mehr im Bezug auf Zuführung in den außerordentlichen Haushalt. Wir haben auch keine Rücklagen mehr, die wir entnehmen können. Begonnene Bauvorhaben müssen finanziert werden. Ich sage es nur abrißartig, ich denke da an die Kläranlage, an die Kanalisation, an die Mülldeponie. Die dafür eingesetzten 8 Millionen Schilling werden von uns begrüßt. Wie wissen, wie schwierig das Problem der Müllbeseitigung in allen Bereichen geworden ist, und wir wissen, welche zusätzlichen Schwierigkeiten wir derzeit durch den Transport unseres Mülls, der immer mehr und mehr wird, in die

Mülldeponie St. Valentin haben. Wir dürfen aber, meine Damen und Herren, auch nicht vergessen, der Trinkwasserversorgung, der Aufschließung weiterer Möglichkeiten, entsprechend Rechnung zu tragen. Hier darf ich eine Zahl nennen, die fußt auf der Meinung, bei der Informationssitzung in diesem Raum, als ein Vertreter der Ennskraftwerke mit der Idee und Problematik konfrontiert wurde, den Stausee des Reichraminger Hintergebirges, so dieser und die Kraftanlage gebaut werden sollen, zur Trinkwasserversorgung Steyrs heranzuziehen. Es wurden begreiflicherweise Erklärungen dahingehend abgegeben, daß zuerst die technischen Notwendigkeiten, die technischen Möglichkeiten, ob das überhaupt realisierbar sei, untersucht werden müssen. Meine letzten Informationen dazu sind, daß die Ennskraftwerke, so das Projekt in Angriff genommen, ausgebaut und vollendet wird, in der Lage wären, den Jahresbedarf der Stadt Steyr, das sind rund 4 Millionen Kubikmeter derzeit, aus einem der Speicher, ohne große Energieverluste, auch tatsächlich decken zu können. Sicherlich, meine Kolleginnen und Kollegen, ist das Zukunftsmusik, das kann ja nicht von heute auf morgen sein. Die erste große Hürde ist die Realisierung des Baues, die zweite Hürde wird sein, so man daran denkt, dieser Erschließung Rechnung zu tragen, wie es zu uns nach Steyr geleitet werden könnte. Das ist sicher mit ungeheuren Finanzmitteln in Verbindung zu setzen. Ich glaube aber, daß man gerade, was die Trinkwasserversorgung und vorwiegend auch die Ergiebigkeit dieses Bereiches betrifft, das ernsthaft ins Auge fassen müßte. Das Wort Wasser, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, gibt mir auch die Möglichkeit, doch auch einer besonderen Erwähnung des Problems Wehrgraben Rechnung zu tragen. Meine Damen und Herren, wir wissen, daß derzeit die Entscheidung auf rechtlicher Ebene liegt, und daß an und für sich die oberste Wasserrechtsbehörde zur Aufhebung des Bescheides, des Wasserrechtsbescheides ex 1972, verantwortlich zu zeichnen sei, daß allerdings nach den letzten Informationen wiederum der Bescheid an die Unterbehörde, an das Land, in dem Fall an den zuständigen Landesrat Ing. Reichl, zurückgespielt wurde. Wissen Sie, meine Damen und Herren, uns glaube ich, liegt allen das Schicksal des Wehrgrabens am Herzen. Heute haben wir schon Abstand zu den Emotionen der damaligen Sitzungen gefunden. Wir wissen aber, daß damit im Zusammenhang direkt steht die Kanalisierung dieses Bereiches, die Weiterführung der Abwässer aus der Umlandgemeinde Sierning, wir wissen, daß das Schicksal des Wehrgrabens und aber auch aller dort in unmittelbarer Umgebung sich befindlichen, abhängig ist von einer raschen Erledigung der Materie. Ich würde bitten, ja ich möchte sogar sagen ich möchte drängen, beim Besuch der Bundesregierung beziehungsweise bei deren Arbeitstagung hier in Steyr mit den zuständigen Ministern entsprechende Gespräche zu führen, die Situation nochmals vor Augen zu halten und damit in diesem Zusammenhang eine Lösung zu finden, die es uns als Stadt ermöglicht, weiter rasch zu handeln, die aber auch der Unsicherheit der Hausbesitzer in diesem Bereich ein Ende macht, die Unsicherheit darüber, was letztlich geschehen soll.

- Mit dem Wehrgraben aber, meine Damen und Herren, ist sowohl in kausalem als auch in räumlichem Zusammenhang das Gebiet um Steyrdorf zu sehen. Wir wissen auch aus den Untersuchungen des Bundesdenkmalamtes, daß auch dieses Gebiet in deren denkmalpflegerische und erhaltende Überlegungen einbezogen wurde. Hier muß ich, glaube ich, sehr ehrlich sein, wenn ich behaupte, daß wir den Bereich Steyrdorf nicht immer als Priorität bei unseren kommunalen Vorgängen, bei unseren kommunalen Denken gesehen haben. Daß der Bereich Steyrdorf zum Teil abgewohnt ist, daß der Bereich Steyrdorf vom Verkehr, sei es Individual- oder öffentlicher Verkehr - da schließe ich die städtischen Autobusse aus - ausgenommen ist, das wissen wir. Daß die Geschäftswelt im Bereich Steyrdorf nicht überprivilegiert erscheint, ist uns auch bekannt. Daß der Hausbesitz in Steyrdorf, mit wenigen Ausnahmen, nicht zu den begütertesten gehört, ist uns ebenso bekannt. Daß aber, glaube ich, auch die Stadt Steyr durch entsprechende Gedanken und durch entsprechende Maßnahmen der Revitalisierung dieses Bereiches wird Rechnung tragen müssen, das ist, glaube ich, unbestritten. Es sind natürlich dafür große, ich sage sogar sehr große Summen notwendig, wenn ich es mit Wehrgraben in einer Einheit sehe, um das durchzuführen, was uns vorschwebt. Langfristig geplant muß die Finanzierung werden, auch die Forderung nach einem Prioritätenkatalog. Selbstverständlich muß oder müßte die Finanzierung dieser Vorhaben akkordiert werden mit den Mitteln des Bun-

des und mit den Mitteln des Landes. Hier gehe ich konform mit der Vorstellung des Herrn Bürgermeister, es war ja dies in der langjährigen Zusammenarbeit nicht sehr häufig der Fall, daß die Fassadenaktion in Steyr weiter fortgesetzt werden muß. Nicht deswegen, damit wir uns Geld ersparen, sondern ich glaube einzig und allein deswegen, daß unsere historische Stadt weit über Österreichs Grenzen hinaus erhalten und verbessert wird. Es ist dies nicht nur eine Angelegenheit der Stadt alleine, es ist dies nicht nur eine Angelegenheit unseres Landes, sondern ich glaube unseres Staates Österreich überhaupt. Daher unterstreiche und unterstütze ich voll die Forderungen, auch vielleicht in Gesprächen mit den Mitgliedern der Bundesregierung bei deren Tagung in Steyr anzubringen auf Weiterführung, ich möchte fast sagen auf Ausweitung dieser unserer denkmalpflegerischen Maßnahmen und die Zurverfügungstellung der dafür notwendigen Mittel.

Eines liegt mir auch noch am Herzen und da sind fast private Gründe dabei, ebenso im Bereich Steyrdorf. Wir haben vor Jahren, ich muß fast sage Jahrzehnten, das Lebzelterhaus gekauft. Es wurde die Fassade renoviert, es wurde gedacht, dieses Lebzelterhaus als Museum einzurichten. Es ist dies geschehen, obwohl der Begriff Museum derzeit nicht denkbar ist, daß er angewendet wird. Schauen Sie, meine Damen und Herren, das ist auch etwas, eine sicher nicht überwältigende Größe, aber immerhin etwas, was wir in Steyr anderen Städten, annähernd gleichen Alters, voraus haben, ein Lebzeltermuseum, mit dessen Propagierung man in der Lage sein könnte, doch auch als zusätzliche Fremdenverkehrsattraktion daraus etwas zu machen. Aber daß durch Zufall man erfährt, durch Fremde, daß der Kustos des Museums, egal wie er heißen möge, den Schlüssel dafür hat und er zu bestimmten Zeiten dort hingehet, sondern das aber letztlich brach liegt, glaube ich, ist nicht Sinn und Zweck der Investition größeren Umfanges, die dazumals getätigt wurde. Logischerweise ist auch in diesem Bereich Steyrdorf noch etwas zu vermerken. Die Verkehrssituation, meine Damen und Herren, ist dort nicht die beste. Ich bin so ehrlich und muß sagen, meine Fraktionskollegen und ich, wir haben keine endgültige Lösung, die man anbietet. Die einen Vorstellungen gehen vom verkehrsberuhigten bis zum verkehrsarmen Bereich, die nächsten gehen dahingehend, daß man sagt, man muß zusätzlich den Individualverkehr, um das Geschäftsinteresse bzw. das Kaufinteresse hinzubringen, in die Wege leiten. Das sind Dinge, die im Raume stehen, nicht ausgegoren. Aber eines ist sicher, wenn hier in diesem Stadtteil nichts oder sehr wenig geschieht, dann wird für unsere Nachkommen eine Revitalisierung dieses Bereiches umso mittelaufwendiger sein, als es sich derzeit bietet. Ich habe zum Stichwort Verkehr nun etwas ins Auge zu fassen. Zu begrüßen ist die Ausweitung unseres städtischen Linienverkehrs, auch die Änderung der einzelnen Intervalle, Fahrzeiten und die vorwiegend hinausziehende Nachtfahrt einschließlich des Sammlerdienstes zu Silvester bzw. Neujahr. Das hat aber sicherlich dem Endzweck zu dienen, den Individualverkehr einzudämmen. Sie alle erleben, so sie fahren, tagtäglich fast den Verkehrsinfarkt in Steyr um ca. 15.30 Uhr ab Blümelhuberberg, Stauungen dann beim Nordknoten. 1983, für das Rechnungsjahr 1983, wurde 1 Million eingesetzt dafür. Es steht nun wiederum der Umbau dieses Knotens zur Debatte. Wenn aber, meine Damen und Herren, ein Umbau – ich glaube, da sind wir uns fast alle einig, daß die derzeitige Lösung nicht die optimalste ist – geplant ist, dann sind entsprechende Gespräche und ich möchte sagen, sehr dringliche Gespräche mit der Landesbaudirektion einerseits bzw. mit dem Bundesministerium für Verkehr andererseits zu führen. In dem Bereich muß endlich einmal eine zufriedenstellende, ich will nicht sagen optimale, Lösung gefunden werden. Genau so dringliche Gespräche sind zu führen aus unserer Sicht über die Nordspange. Ich glaube, die Nordspange besitzt bei unseren außerhalb der Stadt Steyr liegenden Gegebenheiten unbedingte Priorität. Eine rasche Verhandlung zur Realisierung ist notwendig, wir brauchen eine Entlastung unseres innerstädtischen Verkehrsnetzes bzw. der innerstädtischen Verkehrsdichte. Noch dazu, wo wir alle wissen, daß gerade die Nordspange es dazu brächte, daß jene Betriebsbereiche aus dem Ortsteil Münchenholz und den Großwerken Steyr bzw. BMW, ohne unsere Stadt zu inkludieren, dort hinausgeleitet werden könnten. Das ist keine Straße, die die Stadt zu finanzieren hat, es ist dies eine Bundesstraße, aber es wird sicher auch gelingen,

bei entsprechenden Verhandlungen – nicht heuer, dessen bin ich mir sicher – eine Realisierung in die Wege zu leiten.

Eines noch, und das betrifft bitte wieder uns direkt. Auch der Bereich des Resthofes verlangt nach Maßnahmen, verlangt nach Maßnahmen, die vorwiegend der Eindämmung des Lkw-Verkehrs dienen. Da sind wir, und müssen es sein, ehrlich, wir sind zum Teil selber schuld, weil wir bei unseren Planungen vielleicht zu wenig darauf Bedacht genommen haben, daß wir zum Teil Industrie, Gewerbebereiche, Wohnsiedlungen und wieder Industriebereiche geschaffen haben, die automatisch als Lkw-Verkehrserreger dienen. Wenn ich aber schon etwas verursacht habe, glaube ich, da muß man bestrebt sein, die notwendigen Übel so klein wie möglich zu halten. Es wurden auch – Kollege Wippersberger war ja dabei und ich muß ehrlich sagen, manche dieser Vorschläge waren überspitzt, manche sind zu realisieren – die Möglichkeiten ins Auge gefaßt, vorwiegend für bestehende Betriebe eine Zufahrt über die Infangstraße, um den Wohnbereich zu entlasten, zu schaffen. Wir werden sehen, welche Finanzmittel dafür erforderlich sein werden. Wir freuen uns, auf dem Verkehrssektor, meine Damen und Herren, über die Erfüllung unserer Vorstellungen zum Ausbau der Steiner Straße, einschließlich der dort befindlichen Gehsteige, mit rund 3 Millionen Schilling, zur Asphaltierung des provisorischen Parkplatzes beim Schiffmeisterhaus mit rund 100.000 Schilling usw. Ich glaube aber auch, daß es notwendig ist, und da komme ich auf ein anderes Kapitel kurz zu sprechen, daß wir bestehende, auch provisorische Parkplätze, durch die Gemeinde sichern. Auch insbesondere jene Parkplätze beim Landeskrankenhaus. Ich begrüße auch die Erstellung eines Parkplatzkonzeptes generell für alle Stadtteile, die dem Amt überordnet wurde. Ich nehme es mit Freude zur Kenntnis, weil damit auch die Möglichkeit geschaffen wird, echt unsere Abstellplätze einmal zu erheben. Warum ich das sage, weil wir Parkplätze nicht nur dazu brauchen, um unsere eigenen Fahrzeuge irgendwo abzustellen, sondern weil wir auch den Besuchern der Stadt Steyr – wir sind ja eine Fremdenverkehrsstadt – die notwendige Parkraummöglichkeit bieten müssen.

Jetzt darf ich doch noch ein paar Dinge anführen. Die Stadt Steyr als Gesamtheit ist eine sehenswerte Stadt, sie hat allseitige Anerkennung gefunden, sei es national bzw. international. Die "Besucherströme" lassen leider aus. Sicherlich auch deswegen, weil die Werbung aufgrund finanziell schwacher Beine nicht so sein kann, wie man sie sich vorstellt. Der Fremdenverkehrsverband erhält sich durch Interessentenbeiträge und dankenswerterweise durch Zuschüsse der Gemeinde. Wir wollen aber – die Initiative, wenn auch nur eine kleine, des Christkindlmarktes hat das gezeigt am Sonntag bei der Eröffnung – daß möglichst viele unsere Stadt besuchen. Steyr ist nicht prädestiniert dafür, für einen Urlaub längerer Dauer. Steyr ist dem Städtetourismus zuzuordnen, das heißt, für eine Verweildauer von ca. 2 – 3 Tagen. Da ist die Werbung vorwiegend gezielt auf den Bereich des nahen Raumes, des süddeutschen Raumes, auszudehnen. Städtefreundschaften, meine Damen und Herren, sind erstrebenswert, erstrebenswert aber nur dann, so sie von der Wechselbeziehung her als effizient zu werten sind. Gerade aus diesem letzten Argument heraus besteht sicherlich einige Skepsis im Bezug auf die Wechselwirkung, zu geplanten Städtefreundschaften mit Kotor, mit Frankreich usw. Auch Steyr soll etwas davon profitieren in Form eines größeren Besucherstromes, der uns aus diesen, wenn auch nur aus räumlichen Gründen, von den genannten Bereichen sicherlich versagt sein wird.

Schauen Sie, meine Damen und Herren, Fremdenverkehr hängt auch mit wirtschaftlichen Gegebenheiten zusammen. Mit Wirtschaft vorwiegend in den Bereichen der Hotellerie, Gastronomie usw. Wir wissen, daß jene Betriebe die dafür notwendigen Leistungen erbringen müssen. Wir wissen aber auch, meine Damen und Herren, daß die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit dringendste Investitionen notwendig hat. 344 Millionen, wie wir wissen, sind heute genannt worden, die direkt oder indirekt der Wirtschaft zugeführt werden. Es ist aber auch klar, auch wenn immer wieder gesagt wird, daß wirtschaftsfördernde Maßnahmen nicht Sache der Stadt alleine sind, sondern vorwiegend die des Landes darstellen, daß wir von Steyr für wirtschaftsfördernde Maßnahmen zwar 4,5 Millionen präliminiert haben, direkte Förderung, daß allerdings von den 4,5 Millionen der Großteil für die vertragliche Verpflichtung zum BMW-Werk abgezweigt werden muß. Unsere Vorstellungen gingen sicherlich über andere Größenordnungen und zu anderen Größenordnungen, ich muß aber realer-

weise feststellen, daß aufgrund der gegebenen Finanzsituation es keine böse Absicht war, diese unsere Forderung nicht zu erfüllen, sondern, daß eben die Möglichkeiten hierfür nicht vorhanden waren.

Eine andere Forderung der heimischen Wirtschaft, meine Damen und Herren, und eine andere Förderung der heimischen Wirtschaft ist sicherlich auch nur durch die bestehende Vergabeordnung möglich, durch Überarbeitung der Vergabeordnung. Hier ist die ÖVP jederzeit gesprächsbereit, das ist ja bereits bei der vorjährigen Budgetdebatte zum Ausdruck gekommen, wir sind aber nicht in der Lage, einer Aufhebung oder Sistierung der Vergabeordnung zuzustimmen. Gewisse Regulative müssen wir uns auch für unsere Möglichkeiten selber geben.

Jetzt darf ich auf etwas hinweisen, meine Kolleginnen und Kollegen, was, glaube ich, noch nicht so gesagt wurde. Verzeihen Sie mir, daß ich ab und zu auch das Berufsherz durchklingen lasse. Die Auswirkungen der Schulorganisationsgesetznovelle kommen, meine Damen und Herren, mit Riesenschritten und mit finanziellen Forderungen auf uns zu, spätestens mit Beginn des Schuljahres 1987/88, durch die in der Novelle beinhalten differenzierten Unterrichtsmöglichkeiten, durch die Leistungsgruppen. Auch wenn die Schülerzahl sinken wird, wird es unabdingbar notwendig sein, in einigen Schulen – wir brauchen nur für den Pflichtschulbereich sprechen, dafür sind wir als Schulerhalter verpflichtet – Raumbedarf größerer Menge zu beschaffen. Ich bitte und weise darauf hin, auf diese Gegebenheiten einzugehen, den Raumbedarf als solchen rechtzeitig über die zuständigen Ämter zu erheben, um dann nicht auf einmal einer positiven Gesetzesnovelle nicht Rechnung tragen zu können, weil man zu spät auf die finanziellen Auswirkungen daraufgekommen ist. Damit steht aber auch im Zusammenhang eine vermehrte Ausgabe für Lehrmittel, eine vermehrte Ausgabe für die Anschaffung zusätzlicher Arbeitsgeräte. Das trifft uns nicht heuer, ich sage es aber bereits jetzt, um entsprechend planen zu können. Ich würde auch noch hinweisen auf Forderungen, die ich früher jeweils gestellt und erhoben habe, die freiwilligen Zuschüsse für Schikurse, Schullandwochen, es sind S 50,-, Werkunterricht für Knaben, meine Damen und Herren, jährlich S 80,- Beitrag. Die Eltern der Schüler zahlen heute größtenteils alles selbst. Freiwillige Leistungen brauchen nicht erhöht werden, aber merkwürdigerweise ist jetzt in den Augen der Eltern die freiwillige Leistung bereits als Gewohnheitsrecht eingegangen und damit automatisch aufgrund der ständigen Verteuerungen auch eine Aufstockung der Beträge immer vehement verlangt worden.

Wenn ich jetzt ein paar Forderungen aufgestellt habe, die finanzmäßig sicherlich zu Buche schlagen werden, wäre man unehrlich, wenn man nicht sagt, man wüßte nicht, wo man das Geld hernehmen sollte, das heißt einsparen. Oder wie kann ich zusätzliche Gelder schaffen. Wiederum der Hinweis darauf – bis jetzt nicht realisiert – wandeln wir doch Miet- in Eigentumswohnungen um. Rückfluß von Mitteln ist gegeben, kann wiederum dem Wohnbau zugeführt werden und ich freue mich fast darauf, daß nach langjährigen, nach jahrzehntelanger Forderung von uns man endlich darangeht, einen Bau versuchsweise im Bereich des Ortskais als Eigentumswohnungen zu schaffen. Also müssen wir doch eigentlich mit unseren Forderungen seit jeher recht gehabt haben. Aber darum geht es hier eigentlich gar nicht, sondern es geht darum, so wie in anderen Städten auch Mietwohnungen in das Eigentumsverhältnis zu übertragen und damit Mittel und Möglichkeiten für den Wohnbau zu schaffen. Wenn wir vom Wohnbau reden glaube ich auch, daß die Situation dahingehend ist, menschenwürdige, aber auch von den Mietern finanzierbare, ausbaufähige Wohnungen, die sicherlich einer gewissen Sparvariante entsprechen, zu bauen. Nur dann ist es überhaupt möglich, daß diese Wohnungen mit Menschen und damit mit Leben gefüllt werden.

Ebenso habe ich bei Durchsicht des Budgets einiges entdeckt, wo man ein bißchen einsparen könnte. Allein die Pressestelle, Informationspressedienst, hat präliminiert einen Abgang von 1,9 Millionen. Die Kosten des Amtsblattes betragen rund 1,4 Millionen. Ich möchte über das Amtsblatt nichts Schlechtes sagen, über die Gestaltung des Amtsblattes, aber wenn die Zeiten schlechter werden, dann muß ich mich auch im Bezug auf die Ausstattung etwas bescheidener geben und damit die Kosten reduzieren.

Ich rede auch davon, daß es doch auch notwendig wäre, einer Ausschreibung der Druck-

kosten für das Amtsblatt nochmals Rechnung zu tragen, denn wir reden immer von der Förderung der heimischen Wirtschaft, wir haben aber keine Möglichkeit, das mit diesem unserem Informationsblatt selbst zu tun. Ich rede auch nicht davon, wie der Inhalt gestaltet ist, denn das würde heute fast ins Parteipolitische ausufern. Ich möchte gerade aus meiner und aus der Sicht meiner Fraktion die heutige Sitzung nicht dazu gebrauchen, um parteipolitische Aussagen größeren Ausmaßes zu treffen. Es wird sicherlich des öfteren im kommenden Jahr die Möglichkeit sein, uns weiter zusammen zu finden. Ich könnte mir auch vorstellen, und hier nur ganz kurz eine kleine Anmerkung, daß man – das trifft vielleicht sogar unseren Kollegen Reisner insbesondere – doch auch der Sanierung des Schloßparkes Rechnung trägt, vielleicht einmal den Schloßparkteich ein bißchen ausräumt und ihn wiederum zu einem ansehnlichen Teich macht. Sicher, jetzt im Winter sind dort Eis und Schnee, das ist klar, aber für die Planung wird einige Zeit benötigt und dann kann das durchgeführt werden. Ich kann auch noch etwas sagen, wenn auch mit Bedauern, es wird mir hoffentlich nicht übel genommen. Ich bin kein Kriegshetzer, ich bin kein Kettenrassler, aber eines müßte man sagen, daß gerade die Tätigkeit des Zivilschutzverbandes derzeit im stillen Kämmerlein ausgeübt wird, diese aber doch künftighin in Aktivität umzumünzen sein wird. Eine Vogel-Strauß-Politik auf diesem Gebiete zu setzen, glaube ich, wäre verfehlt. Wir wissen zwar, daß ein bestellter Zivilschutzleiter in Steyr existiert, aber wir haben bisher sehr sehr wenig gehört. Kollege Wallner ist einmal von Kollegen Tremml als Zivilschutzkamerad bezeichnet worden, er ist sogar Obmann-Stellvertreter des Zivilschutzverbandes und weiß es scheinbar selbst nicht, weil es keine Sitzungen mehr gibt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:  
Er tut auch nichts.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Na gut, Herr Bürgermeister, wenn der Obmann da ist, ist der Obmann-Stellvertreter nur dann zur Tätigkeit verpflichtet, wenn er dazu befohlen wird.

Ich glaube, es ist auch notwendig, auch wenn man dauernd über das Geld geredet hat, doch auch jener zu gedenken und jenen zu danken, die uns das Geld, um unsere Vorhaben finanzieren zu können, überhaupt erst geben. Der Dank an den Steuerzahler, ich muß fast sagen der Dank an den unbekannten Steuerzahler, glaube ich, ist vonnöten, hier ausgesprochen zu werden, denn gerade ohne dessen Obolus wären wir nur in der Theorie, nie aber in der Praxis, in der Lage, unsere Stadt überhaupt ein bißchen zu verschönern.

Ich darf abschließend vermerken, daß meine Fraktion – es ist schon dazumals zum Ausdruck gekommen, heute wird es aber formell – dem vorliegenden Voranschlag 1984 die Zustimmung gibt, einschließlich aller der vorgelegten Folgeanträge vom Finanzreferenten. Ich verbinde auch persönlich und namens meiner Fraktion den Dank an die Beamten des Hauses generell, insbesondere zum Voranschlag bezogen aber an Herrn Dr. Schmidl und seine Mitarbeiter. Ich verbinde mit dem Dank weiterhin die Bitte auch um loyale Hilfe und loyale Information. Mit dem Dank darf ich auch ein persönliches Wort an Kollegen Kinzelhofer anschließen. Auch ich danke ihm für die Zusammenarbeit, zumindestens manchmal war es ja nur der Wille zur Zusammenarbeit. Es ist halt einmal im politischen Leben so, daß verschiedene Ideen vorhanden sind und nur eine zum Tragen kommt. Ich bedanke mich auch bei ihm und seinen Mitarbeitern dafür, daß er auch unserer Fraktion heute die Anerkennung nicht versagt hat. Ich wünsche ihm – jetzt darf ich fast einen Vorgriff wagen – und auch unserem Bürgermeister für den Ruhestand, den beide bald antreten alles Gute. Möge dieser so erfolgen, wie er geplant ist.

Ich wünsche Ihnen, meine Damen und Herren, ein friedvolles, vorwiegend ein ruhiges und beschauliches Fest im Kreise Ihrer Familie. Ich wünsche Ihnen für 1984 persönlich viel Gesundheit. Diese Wünsche gehen auch an die Beamten des Hauses.

Uns allen, so vermessen bin ich, wünsche ich für 1984 viel Einsicht, viel Erkennen, viel Mut und Glück, viel guten Willen und Bereitschaft zur gemeinsamen Lösung der schwierigen Probleme, aber das alles zum Wohle unserer Heimatstadt. Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher ist namens der Freiheitlichen Fraktion Herr Gemeinderat Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Erstmals obliegt es mir als Sprecher der Freiheitlichen Fraktion, zum vorliegenden Budget Stellung zu beziehen. Meine beiden Vorredner haben bereits mehr oder weniger intensiv sich mit den Zahlen und Ziffern beschäftigt. Ich möchte mich fast ausschließlich mit dem substanziellen Inhalt des vorliegenden Budgets befassen.

Erlauben Sie mir daher, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß ich auch bundespolitische Aspekte, soweit sie in direktem oder indirektem Zusammenhang mit dem vorliegenden Budget sind, in meine Ausführungen mit einbeziehe.

Viele Mitbürger bangen dem Jahr 1984 entgegen. Sie bangen, weil sie sich um ihren Arbeitsplatz, um ihre materiellen Existenzgrundlagen sorgen. Viele Österreicher wissen nicht, wie es weitergehen wird, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Der Voranschlag 1984 für die Stadt Steyr bestätigt hinsichtlich der Einnahmenseite diesen Pessimismus. Die urbanen Steuern gehen zurück. Die Ausgaben des aoH können nur mehr mit neuen Darlehen und Entnahmen aus Rücklagen gedeckt werden. In den späten 70er Jahren ist die Wirtschaft langsamer gewachsen als vorher, seit 1979 stagniert sie überhaupt. Diese Lage prägt heute das Bild der ökonomischen Landschaft. Das gilt nicht nur für Steyr, sondern das ist österreich-, ja weltweit. Bald wird man in den Industriestaaten der Welt weit über 35 Millionen Arbeitslose zählen, auch in Steyr am Arbeitsamt registriert man ansteigende Arbeitslosenraten. Die 5 %-Marke ist leider der Beweis für diese Stagnation. Wir haben eingangs der Sitzung von Herrn Bürgermeister gehört, daß in der Stadt Steyr selbst um 125 Arbeitslose mehr registriert sind. Doch finden wir Gott sei Dank in letzter Zeit immer öfter Meldungen, daß die Wirtschaft wieder zu wachsen beginnt. Hoffentlich können sich die Auftriebskräfte durchsetzen, die verschiedene Prognostiker schon erkennen. Damit allein werden wir aber die Probleme nicht lösen, die wir haben. Die Menschen verlieren ihre Arbeit nicht nur deswegen, weil die Wirtschaft aufhörte zu wachsen, oder weil sie begann zu schrumpfen. Wir verlieren Betriebe, Betriebe verlieren Mitarbeiter, weil sich Strukturen wandeln, weil sich die Technologie weiter entwickelt und weil in den letzten Jahren die Betriebsinvestitionen statt sich zu erhöhen, zum Erliegen gekommen sind. Eine Ausnahme bilden gottlob einige Steyrer Betriebe, z. B. der neuerrichtete Betrieb BMW oder die GFM. Es bleibt uns nicht erspart, uns um arbeitslose Mitbürger zu kümmern. Im Gegenteil, wir werden uns sehr eingehend mit ihnen beschäftigen müssen. Wir werden nachzudenken haben, wie wir arbeitslos Gewordene wieder in die Arbeitswelt eingliedern können. Auch als Gemeinderat müssen wir darüber nachdenken, wie wir vor allem jungen Menschen ermöglichen, ins Berufsleben einzutreten. Jeder von uns erlebt es ja öfters, wie junge Menschen nicht nur am Arbeitsamt, sondern bereits bei Parteistellen und bei uns selbst um einen Arbeitsplatz anklopfen. Wir brauchen daher Betriebe, die ihre Produktionspotentiale sieder ausschöpfen können. Das alleine genügt aber nicht. Wir brauchen auch noch weitere Maßnahmen, die viel Geld kosten werden und große Opfer verlangen. Treffen werden diese Opfer jeden. Daher sage ich jetzt schon namens der FP-Fraktion: Obwohl uns die vermehrten Schulden, die dieses Budget aufweist, nicht angenehm sind, werden wir diesem Budget zustimmen müssen. Schließlich kann auch die Stadt zusätzliche Leistungen nur dann finanzieren, wenn sie sich das Geld im Interesse der Beschäftigung aller Betroffenen, also der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, von den Banken ausleiht. Bedauerlicherweise aber greift man durch diese Maßnahmen bereits jetzt schon in die Taschen künftiger Generationen. Diese haben dann die Schulden somit Zinsen zurückzuzahlen.

Die Schulden unserer Stadt sind ja in den letzten Jahren besonders angestiegen. 45,5 Mill. Schilling nur für den Schuldendienst in einem Jahr ausgeben zu müssen, sagt alles. Die Ausgaben für diesen Schuldendienst werden im nächsten Jahr bereits um 15 Mill. höher sein, als die zu erwartende Gewerbeertragssteuer. So richtig zugelangt hat die Stadt Steyr seit 1974. Seit damals haben sich die Schulden der Stadt verzehnfacht. Trotzdem

spricht man in den letzten Jahren von Sparbudgets. Das glaubt jedoch angesichts der 400 Millionen Schulden kaum jemand mehr. Gelangt aber der Gesamtschuldenstand über eine Jahresbudgethöhe, dann wird es brenzlich. Alle von uns wissen, daß wir dann keine Darlehen mehr ohne die Genehmigung des Landes aufnehmen dürfen, wenn der Schuldenstand die Jahresbudgethöhe übersteigt. In Wels steht man nahe davor und Bregenz hat bereits die Budgethöhe verloren. So weit sollte es, meine Damen und Herren, in Steyr nicht kommen. Denn rechnet man unseren nicht mehr mit eigenem Kapital finanzierbaren aOH ab, so kommen wir in Steyr auch bereits in die gefährliche Nähe des Gleichstandes zwischen Schuldenstand und Höhe des aOH.

Es wäre daher, meine Damen und Herren, höchst an der Zeit, mit den ersten Bremsproben zu beginnen, um zu vermeiden, daß wir uns zu einem noch schneller und höher werdenden Schuldenberg hin bewegen. Wir Freiheitlichen haben aufgrund der Finanzlage der Stadt auch keine großen Wünsche an dieses Budget angemeldet, lediglich unsere seit Jahren deponierten Wünsche, für die Wehrgraben-Revitalisierung mehr zu tun, die Errichtung von Radwegen und ein neuer Wunsch, der in Richtung Umwelt und Sparen geht, nämlich die Aufstellung von Papiercontainern. Das sind Wünsche, die auch budgettäre Mittel erfordern. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Auf die Bremse gestiegen ist nunmehr auch die Bundesregierung, und zwar gehörig. Bisher ist das Defizit geradezu explodiert. 1984 wird es erstmals zurückgehen. Hätte die Bundesregierung nicht gebremst, wäre es in unverträgliche Höhen geschneit. Ich hoffe, daß sich die Verantwortlichen in Steyr ein Beispiel daran nehmen. Mit dem Budget versucht die neue Bundesregierung, die Schuldenentwicklung von zwei Seiten in Griff zu bekommen. Bei den Ausgaben reduziert man, etwa durch Null-Budgetierung und Kürzen von Ermessensausgaben. Auf der Einnahmenseite braucht man neue und höhere Steuern. Beides ist zwar unumgänglich nötig, aber keinesfalls populär. Auf Sympathiegewinne müssen Politiker kurzfristig verzichten, wenn sie weniger Geld verteilen können und gleichzeitig mehr Steuern einheben müssen. Die Bundesregierung hat daher einen doppelt undankbaren Weg beschritten. Kurzfristig müßte auch Steyr die Sparbremse ziehen, z. B. beim Amtsblatt, bei den Stadtratspensionen, Politikerbezügen und bei den Repräsentationskosten. Ein paar Millionen könnten dadurch eingespart werden. Besser geht es dem Land Oberösterreich und dessen Finanzreferenten Dr. Ratzenböck – ich sage jetzt keine Unwahrheit. Er hat ja einmal darauf hingewiesen, daß seine Lieblingsbeschäftigung das Geldverteilen ist. Für ihn öffnet sich mit dem Maßnahmenpaket ein neues Füllhorn. Immerhin erhält er rund 400 Millionen Schilling zusätzlich und kann somit verstärkt den "guten Onkel" spielen. Damit sieht sich der Landeshauptmann in eine angenehme Lage versetzt. Er kann als ÖVP-Politiker auf all das schimpfen, was SP und FP in der Bundesregierung zu verantworten haben. Zugleich kann er sich über neue Geldquellen freuen. Schulden abbauen und gleichzeitig das Defizit stabilisieren. Vielleicht könnte das Land auf die Landesumlagen von den Gemeinden verzichten, die uns auch Millionen kosten. Vielleicht könnte uns das Land ersparen, diese großen Beträge zu bezahlen, da es jetzt ohnehin zusätzliche 400 Millionen aus dem Maßnahmenpaket erhält. 22 Millionen Landesumlage ist schließlich für die Stadt Steyr ein großer Brocken.

Wenn ich heute auch auf bundespolitische Aspekte zu sprechen komme, so deshalb, weil längerfristig gesehen auch Steyr von den Maßnahmen der Bundesregierung profitiert, vor allem, was die Abgabenertragsanteile des Bundes betrifft, die doch zu unseren stärksten Einnahmequellen zählen. Daher erschließt die Bundesregierung neue Einnahmen, sie bildet bei den Ausgaben gezielte Schwerpunkte, hohe Beträge spart sie aber auch ein. Die Bundesregierung hat auch vorgesorgt, die sozial Schwächsten nicht unzumutbar zu belasten. Mindestrentner und kinderreiche Familien erhalten entsprechende Ausgleichszahlungen. Bei den Lohn- und Gehaltsrunden werden niedrige Einkommen stärker, höhere weniger stark angehoben. Man hat eben bedacht, das Maßnahmenpaket sozial ausgewogen zu gestalten.

Folgende weitere Maßnahmen der Bundesregierung werden künftig auch Steyr und der Wirtschaft dienlich sein: Neben der gezielten Förderung neuer Produkte und einer massiven Exportoffensive sollen erstmals seit langem indirekte Förderungen den Wirtschafts-

aufschwung ermuntern und zwar:

1. Abbau der Gewerbekapitalsteuer; 2. Höhere Freibeträge bei der Gewerbeertragssteuer; 3. Senkung der Vermögenssteuer von Unternehmungen; 4. Steuerliche Begünstigungen nicht entnommener Gewinne; 5. Neuer den Gemeinden dienender Finanzausgleich ab 1985. All das soll dazu beitragen, die Eigenkapitalbasis der Betriebe zu stärken, die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Das haben vor allem die Freiheitlichen bei den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner angestrebt und auch erreicht. Fachleute anerkennen das auch, so etwa der Finanzexperte Prof. Horst Knapp. Aber auch Generalsekretär Dr. Krejci von der Industriellenvereinigung sagte vor wenigen Wochen im Fernsehen: "Man muß fair und offen sagen, daß manches in diesem Sanierungsprogramm auch auf den zähen Einfluß des kleinen Koalitionspartners zurückzuführen ist". Die Bundesregierung muß sich bemühen, das Land und die Gemeinden müssen sich bemühen, die Wirtschaftstreibenden wieder zu ermutigen. Es muß erreicht werden, daß man wieder auf die eigenen Leistungen vertrauen kann. Nur dann wird es uns auch in Steyr gelingen, vorhandene Probleme, z. B. die Probleme der Arbeitslosigkeit, zu lösen. Durch Schwarzmalerei und Krankjammern konnte noch niemand ein Problem lösen. Ich vertraue darauf, daß unsere Wirtschaft, Unternehmer wie Mitarbeiter, die manchmal nötigen Strukturverbesserungen meistern. Ich bin überzeugt, daß sie es schaffen werden, wenn auch die Stadt Steyr die geeigneten Rahmenbedingungen schafft. In dem Budget sind sicherlich einige Anstrengungen sichtbar. Über 340 Millionen fließen 1984 schließlich Gewerbe und Industrie zu. Leider können die Mittel dafür teilweise nur durch vermehrte Darlehen aufgebracht werden, was den Schuldenstand der Stadt weiter erhöht. Eine noch größere Sparsamkeit bei der Verwaltung, der Repräsentation, dem Amtsblatt, den Politikerbezügen – insbesondere den Stadtratspensionen – wäre daher dringend erforderlich.

Meine Damen und Herren, die Stadtverwaltung funktioniert im großen und ganzen sehr gut. 761 Beamte und Bedienstete der Stadt wirken auf den verschiedensten Gebieten. Sie sorgen dafür, daß wir im Sommer wie im Winter die Straßen benützen können und für vieles andere mehr. Nicht zuletzt begegnen uns 106 Beamte auch in der Verwaltung dieses Hauses. Wenn wir einen längeren Zeitraum überblicken, stellen wir fest, daß seit 13 Jahren dieser Stadtverwaltungsapparat um fast 15 % angestiegen ist. Und trotzdem ist ein kleiner, immer wiederkehrender Wunsch nicht erfüllbar, sagte der Herr Finanzstadtrat. Ich meine unsere seit 8 Jahren vertretene Forderung, im Winter möge der Wirtschaftshof doch die Haus- und Gehsteigreinigung für ältere, kränkliche und nicht begüterte Mitbürger übernehmen. Hat man denn kein Mitleid mit den 70-, 80jährigen Bürgern von WAG und GWG-Mietern, wenn diese kaum noch imstande sind, in aller Früh die Schneereinigung vor den Hauseingängen zu bewältigen? Ich gestehe zu, die Bediensteten von 1984 haben wesentlich mehr Aufgaben zu bewältigen, als die vor 10 oder 20 Jahren. Aber mit einigem guten Willen wäre auch diese Winterarbeit durch die öffentliche Hand manuell als auch finanziell zu bewältigen. Ich bitte Sie, diese Forderung doch noch in Ihre Überlegungen einzubinden.

Weiters schiene es mir gut und richtig, darüber nachzudenken, wo wir Aufgaben wahrnehmen, die nicht zwingend bei der öffentlichen Hand bleiben müssen. Es kann und wird Bereiche geben, die wir besser aus der Verwaltung lösen. Ich will hier nicht einer unkritischen Reprivatisierung das Wort reden. Trotzdem meine ich, die Verantwortlichen wären sicher gut beraten, wenn sie verschiedene Dienstleistungen kritisch überprüfen und neue Modelle durchdenken. Bitte diese letzten Worte als Denkanstoß zu werten.

Nun einige Anmerkungen zu Kosten für Wohnungen. Die Kosten laufen den Verantwortlichen nicht nur im Wohlfahrtswesen davon. Das gilt für die Sozialhilfe ebenso wie für das Wohnbauprogramm. Die GWG baut Wohnungen, die wir kaum noch an den Mann bringen – warum? Weil man zu den höher werdenden Betriebskosten keine Landeshilfen erhält. Bei der Wohnbauförderung verteilt man die Lasten nicht neu. Dort sehen wir aber, Annuitätenzuschüsse und Wohnbeihilfen verschlingen einen immer größeren Teil des Kuchens. Für die Subjektförderung gab es einst gute Gründe. Jetzt vermindert sie aber die Mittel, die wir bräuchten, um neue Objekte zu fördern und somit mehr Wohnraum zu schaffen. Zuflucht sucht man nun bei Wohnbau-Sonderprogrammen. Der Landtag hat 1982

beschlossen, daß er sich an einem solchen Sonderwohnbau-Programm der SP-Bundesregierung beteiligt. Die Freiheitlichen haben damals dagegen gestimmt. Wir teilten die Meinung der Bundes-ÖVP und halten es auch jetzt noch für schlecht. Die Entwicklung mit diesen teuersten aller Mietwohnungen scheint uns ja voll recht zu geben. Nunmehr aber bietet der Bund dem Land Oberösterreich an, daß wir uns an einem neuen Sonderprogramm beteiligen und hier konnten die Freiheitlichen durchsetzen, daß dieses auch für Eigentumswohnungen gilt und andere Mängel des alten Sonderwohnbau-Programmes wegfallen. Das halten wir für einen sehr wesentlichen Fortschritt. Mit dieser Meinung werden wir nicht alleine bleiben. Vielleicht könnten sich die Verantwortlichen der Stadt rechtzeitig mit Landesrat Neuhauser in Verbindung setzen, daß hinsichtlich des neu zu entwickelnden Sonderwohnbau-Programmes auch für Steyr bei der Errichtung und Bildung von Eigentumswohnungen etwas vom Landeskuchen abfällt. Beim letzten Programm für den Sozialwohnbau erhielt Oberösterreich weit mehr Wohnungen als es dem Anteil an Einwohnern entspricht, und zwar deswegen, weil sich nur wenige Bundesländer an dem verunglückten Sonderwohnbau-Programm beteiligten. Diesmal aber werden sich wesentlich mehr – wenn nicht alle – Bundesländer am neuen Sonderwohnbau-Programm beteiligen. Damit werden wir Oberöreicher nur mehr jenen Anteil bekommen, der uns zusteht. Zusätzliche Impulse für den Wohnungsbau können wir auch deshalb erwarten, weil die Bundesregierung das Bausparen besonders begünstigt. Daher meine Bitte, sich rechtzeitig wegen des neuen Sonderwohnbauprogrammes, das auch Eigentumswohnungen einschließt, mit den verantwortlichen Landesstellen in Verbindung zu setzen. Grundstücke dafür sind ja in Steyr vorhanden.

Nun, meine Damen und Herren, zu den Straßen und zu unserem Wunsch nach Radwegen. Vielfach haben wir auch schon den Nachholbedarf an Straßen durchaus gedeckt. Manche ehrgeizigen Pläne können daher in der Schublade bleiben. Schließlich scheinen wir beim Verkehrsaufkommen die Grenzen des Wachstums zu erreichen. Natürlich haben wir noch wichtige Projekte zu verwirklichen. Das gilt vor allem für die Schließung des innerstädtischen Verkehrsringes, wo die Kosten für den Teufelsbachabstieg enorm das Budget belasten. Dennoch bitte ich, daß für die Errichtung von Radwegen immer noch einige hunderttausend Schilling jährlich zur Verfügung gestellt werden. Diesmal wird ein Betrag von 1 Million Schilling statt S 500.000,- unter dem Titel "Wanderwege" eingesetzt. Es ist zu hoffen, daß diese Million auch zum größten Teil für den Bau von Radwegen zur Verfügung gestellt wird. Heuer beweist der Nachtragsvoranschlag ja nur, daß von den S 500.000,- nur S 35.000,- verplant bzw. verbraucht worden sind.

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, darf ich nochmals einem nicht unwesentlichen Umweltproblem das Wort reden. Mein Fraktionskollege Humer hat dies bereits anläßlich der letzten Gemeinderatsitzung in der Aktuellen Stunde angeschnitten, es handelt sich um die Aufstellung von Papiercontainern. Fast alle Haushalte in Steyr würden es uns danken, wenn wir ihnen die Möglichkeit bieten, Papierabfall in eigenen Containern unterzubringen. Ich weiß, der Voranschlag 1984 sieht den Ankauf von Papiercontainern nicht vor, aber in Form eines Nachtrages könnte ohne weiteres im Verlaufe des nächsten Rechnungsjahres diesem Problem abgeholfen werden. Wir haben daher heute einen Zusatzantrag zum Voranschlag 1984 gestellt und bitten Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen. Es geht dabei grundsätzlich nur darum, daß sich die Ausschüsse mit dieser Frage des Ankaufes von Papiercontainern befassen sollen, um später den Gemeinderat um Mittelfreigabe zu ersuchen. Unser Zusatzantrag zum Budget 1984 lautet daher wie folgt:

Gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr stellt die FPÖ-Fraktion an den Gemeinderat der Stadt Steyr folgenden

#### ZUSATZANTRAG

zum Voranschlag 1984.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Ausschüsse sind umgehend mit der Frage der Aufstellung von Papiercontainern im gesamten Stadtgebiet zu befassen. Im Falle eines positiven Ergebnisses ist der Ankauf von Papiercontainern in Form eines Nachtrages zum Voranschlag 1984 vorzusehen und durchzuführen.

Begründung: Die Papiercontainer der ÖPG (Österr. Produktförderungsgesellschaft) werden bereits in Klagenfurt, Villach und in Teilen der Bundeshauptstadt Wien mit großem Erfolg zum Altpapiersammeln verwendet. Auch in Linz stehen schon vor 25 Schulen solche Container. Um auch in Steyr eine problemlose und umfassende Altpapiersammlung zu gewährleisten, sollte das System auch hierorts eingeführt werden. Damit kann man vor allem größere Mengen von Altpapier als bisher einer Wiederverwertung zuführen. Die genormten Papiercontainer sollten überall dort aufgestellt werden, wo Müllbehälter stehen. Jedenfalls ist ein einfacher Zugang der Bevölkerung zu den Behältern zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, zuletzt möchte ich auf einen Antrag verweisen, den wir ebenfalls heute auf den Präsidiumstisch legten, nämlich für den Problembereich Wehrgraben mehr zu tun als z.B. Brücken und Wehren zu sanieren und eine Mehrzwecksporthalle zu bauen. Es gehört natürlich dazu, daß der Wasserrechtsbescheid 1972 aufgehoben wird. Dazu soll der Gemeinderat die Landesregierung auffordern, diesen Bescheid wieder zurückzunehmen. Erst dann können rechtskräftige Sanierungsmaßnahmen, vor allem aber die Kanalisierung bei Erhalt der Gerinne durchgeführt werden. Diesen Antrag, der kein Budgetbestandteil sein kann, bitten wir, in einer der nächsten Gemeinderatsitzungen einer Beschlußfassung bzw. Behandlung zuzuführen. Er lautet wie folgt:

Gemäß § 5 Abs. 1 lit.c der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr stellt die FPÖ-Fraktion folgenden

ANTRAG an den Gemeinderat der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat nimmt den Beschluß auf Zuschüttung des Wehrgrabenkanals vom 17. 2. 1972 und alle Beschlüsse, die diese Zuschüttung voraussetzen, zurück. Gleichzeitig ergeht an die Wasserrechtsbehörde beim Amt der oö. Landesregierung der Antrag, den die Zuschüttung des Wehrgrabenkanals betreffenden Bescheid vom 17. 7. 1972 aufzuheben.

Begründung des Antrages:

Gemäß Bescheid des Bundesdenkmalamtes vom 30. Juni 1983 steht der Wehrgrabenkanal unter Denkmalschutz und kann daher, im Widerspruch zu den bisherigen Beschlüssen des Gemeinderates und zum Bescheid der Wasserrechtsbehörde, nicht zugeschüttet werden. Angesichts der zum Gesamtproblem Wehrgraben bestehenden Expertengutachten (insbesondere der Studie von Sackmauer/Semsroth) und der Willensäußerung eines großen Teiles der Steyrer Bevölkerung (Bürgerinitiative "Wohnenswerter Wehrgraben", Verein "Rettet den Wehrgraben", Fragebogenaktion beim Steyrer Bürgerstandl), tritt die FPÖ Steyr für eine rasche Bereinigung des durch widersprüchliche Beschlüsse und Bescheide gegebenen Zustandes im Sinne des obigen Antrages ein. Sie sieht in der Annahme des Antrages eine notwendige Voraussetzung dafür, daß ohne Verzug eine Neuplanung der Kanalisation und eine Sanierung und Revitalisierung des gesamten Wehrgrabengebietes unter Erhaltung des offenen Gerinnes in Angriff genommen werden kann.

Meine Damen und Herren!

Gesunde Stadtfinanzen sind wir den Bürgern unserer Stadt und auch den späteren Generationen schuldig. Fleiß, Können und Opferbereitschaft unserer Mitbürger sind die drei Säulen, auf denen der Wohlstand ruht, den wir erreicht haben. Wir sollten daher die Grundlagen dieses Erfolges nicht gefährden. Obwohl der aoH nur mehr mittels Darlehen und Rücklagenentnahmen finanzierbar ist, bringt dieser Voranschlag eine annehmbare Mischung und den Versuch von sparsamer Gebarung und nötigen Anreizen für die Wirtschaft. Daher werden ihm die freiheitlichen Gemeinderäte zustimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche den Verantwortlichen dieser Stadt, den Politikern, Bediensteten und Beamten alles Gute für das bevorstehende Weihnachtsfest und vor allen Dingen Glück und Gesundheit im Jahr 1984. Mit dem abschließenden Vermerk, daß wir auf eine sachliche Zusammenarbeit in vielen Fragen im Jahre 1984 hoffen, wozu wir unsere Bereitschaft ankündigen.

Ich darf Kollegen Kinzelhofer den Dank, den er für die gute Zusammenarbeit anlässlich

seines Ausscheidens ausgedrückt hat, zurückgeben und Dir, Kollege Kinzelhofer, namens der Freiheitlichen GR-Fraktion für Deinen neuen Lebensabschnitt alles Gute, vor allem aber Gesundheit, wünschen.

Ebenso wünsche ich auch dem scheidenden Bürgermeister für seinen neuen Lebensabschnitt das Beste. Ich glaube, auch hier steht der Wunsch nach Gesundheit an der Spitze. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

#### BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die guten Wünsche und den Beitrag.

Ich darf dazu sagen, daß der Antrag, der den Wehrgraben betrifft, weitergereicht wird und er wird vom Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen als Normalantrag behandelt. Vermutlich wird das nicht in der nächsten Sitzung am 10. 1. sein, weil dort keine Sachanträge zur Behandlung stehen. Ich werde diese Anträge aber der Magistratsdirektion zur weiteren Verfügung übergeben.

Was den Zusatzantrag anlangt, werden wir ihn – das halte ich für den vernünftigsten Weg – heute nicht zur Abstimmung bringen können, sondern laut Wunsch der einbringenden Fraktion dem Präsidial-Planungsausschuß zur Behandlung weitergeben. Dieser Ausschuß ist übergeordnet für alle Fragen, wie Raumplanung, Flächenwidmung usw., zuständig und soll sich generell einmal mit dieser Frage beschäftigen und dann den Gemeinderat mit dieser Containerangelegenheit befassen. Ich glaube, daß das der vernünftigste Weg ist.

Ich möchte aber noch einmal auf den Antrag, der den Wehrgraben betrifft, zurückkommen. Vielleicht wird gerade aus Ihrem Antrag heraus erkennbar, wie schwierig die Rechtslage ist. Ich möchte nicht den Eindruck hinterlassen, daß bisher nichts unternommen wurde, denn im Gegenteil, es wurde von mir schon zweimal die Wasserrechtsbehörde schriftlich aufgefordert zu einer Stellungnahme bzw. zu einem Gespräch im Rathaus, damit der ursprüngliche Bescheid abgeändert wird im Sinne der Wünsche einer Mehrheit des Gemeinderates. Die Vorstellung der Wasserrechtsbehörde gipfelt darin, daß sie an die Oberbehörde beim Bund herangetreten ist und die bezieht sich in ihrem Antwortschreiben wieder auf die Rechtsmeinung der Stadt Steyr, aber eine Bescheidänderung ist bis heute keine eingetreten. Ich sage das nicht umsonst, wir können in dieser Richtung keine Beschlüsse fassen, erst dann, wenn der Reinhaltungsverband einmal Kanäle verlegen muß oder Planungen vergeben werden, aber jetzt ist noch immer die Wasserrechtsbehörde am Zug und die hat es bis heute unterlassen, einen Schritt zu setzen, der den Gemeinderat in die Lage versetzt, eine Neuplanung in Angriff zu nehmen. Ich sage das aber nur deshalb, damit ich nicht den Eindruck hinterlasse, daß in dieser Sache nichts geschehen wäre. Es ist alles geschehen, was in unseren Möglichkeiten liegt, jetzt müssen wir warten auf die Entscheidungen der zuständigen Behörden, die im Wasserrecht das Sagen haben. Ohne dieser Bescheidänderung der Wasserrechtsbehörde wird Steyr schwerlich etwas unternehmen können. Jedenfalls wird die Behandlung der Anträge in der bereits erwähnten Art erfolgen. Ich darf Herrn Magistratsdirektor beide Anträge zur weiteren Veranlassung übergeben.

Als nächsten Sprecher bitte ich für die Kommunistische Fraktion Kollegen Tremel.

## GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Natürlich hat jede Partei im Gemeinderat zum Voranschlag eine andere Meinung oder sieht es von der Warte jener, die sie vertreten in der Öffentlichkeit. Der Voranschlag 1984 steht im Zeichen einer Wende in der Budgetpolitik der Stadt Steyr. Nicht nur, daß der Schuldenstand um weitere 40 Mill. Schilling anwächst, sondern weil zum zweiten Mal seit 1945 keine Zuführung vom ordentlichen Haushalt an den außerordentlichen budgetmäßig erfolgt.

Der ordentliche Haushalt, wie schon zum Ausdruck gekommen ist, erscheint mit 492,691.000 Schilling Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen und der stark ausgeweitete aoH sieht Ausgaben von 106,5 Millionen vor, doch besteht nach den Erfahrungen des laufenden Budgetjahres keine Garantie für die Realität wichtiger Voranschlagsposten.

So zum Beispiel weisen die Einnahmen aus den Abgabenertragsanteilen eine Steigerung von 15 Millionen Schilling auf, von 160 auf 175 Millionen, was etwa 9,3 Prozent entspricht. Aber nach dem Bundesvoranschlag für das kommende Jahr beträgt die Steigerung der Abgabenertragsanteile der Gemeinden für ganz Österreich lediglich 138 Mill. Schilling, das ist eine Steigerung von nur 0,4 Prozent. Demnach würde unter der Annahme der Richtigkeit der Budgetierung des Bundes also lediglich ein Mehr von Ertragsanteilen von 400.000 Schilling und nicht von 15 Millionen für die Stadt Steyr herauszuschauen. Ich verstehe daher die Haltung des Vertreters der Freiheitlichen Partei nicht, die Haltung des Kollegen Eichhübl, der hier ganz große Hilfestellungen seitens der Bundesregierung oder auch des Bundesbudgets für die Gemeinden sieht. Ich möchte nicht die Protokolle heute heranziehen, die beweisen, welche Haltung die Freiheitliche Partei bis jetzt in diesem Gemeinderat vertreten hat. Ich kann nur sagen, das ist ein Gesinnungswandel von 180°.

Der Voranschlag für das kommende Jahr steht auch unter den Auswirkungen des Maßnahmenpaketes der Bundesregierung. Dazu kommen noch der Einnahmefall durch die Beseitigung der Gewerbesteuer nach dem Kapital und die Zinsertragssteuer, welche Nachteile heute noch nicht abzuschätzen sind. Zum Ausfall der Gewerbesteuer für die Gemeinden in der Höhe von ca. 1,2 Milliarden Schilling erklärte Finanzminister Salcher am 9. November im Parlament, daß die Gemeinden dafür 140 Millionen Schilling erhalten würden. Ein weiteres Merkmal dieses Voranschlages ist auch die Tatsache, daß die Finanzen der Stadt Steyr immer mehr aus den Steuern und Abgaben kommen, die von den Arbeitern, Angestellten und Pensionisten aufgebracht werden. Zum Beispiel waren 1965 die Einnahmen des Bundes aus der Einkommen- und Lohnsteuer mit je 5,7 Milliarden Schilling noch gleich hoch. Im Jahre 1984 macht jedoch die Einkommensteuer 18,2 Milliarden Schilling und die Lohnsteuer hingegen rund 60 Milliarden Schilling aus. Demnach ist die Einkommensteuer um nur das Dreifache und die Lohnsteuer hingegen um mehr als das Zehnfache angestiegen. Diese gewaltige Umverteilung erfolgte bereits in der letzten Phase der ÖVP-beherrschten Regierung, dann 13 Jahre unter einer SP-Regierung und nunmehr seit April unter der SP-FP-Koalitionsregierung. Auch die höheren Einnahmen aus der Umsatzsteuer stammen in einem immer größeren Ausmaß von der arbeitenden Bevölkerung und den Pensionisten. Nach meiner Auffassung ist vor allem die Erhöhung der Umsatzsteuer ab 1. Jänner 1984 um 2 Prozent, bei Energie sogar um 7 Prozent, unsozial, weil diese Steuer alle Lebensbereiche erfaßt und in erster Linie die arbeitenden Menschen, Pensionisten, aber auch die Gemeinden sehr schwer trifft. So auch unsere Stadt mit vielen Millionen Schilling. Die Erhöhung von Massensteuern ist umso empörender, da zur gleichen Zeit von der SPÖ-FPÖ-Regierung die Besitzsteuer, die Gewerbesteuer auf Gewerbekapital abgeschafft wird. Und die bisher getätigten Lohn- und Gehaltsabschlüsse, im Durchschnitt 3 % brutto, sind ein neuerlicher Beweis dafür, wie der breiten Masse der Bevölkerung der Gürtel enger geschnallt wird. Nicht zu verkennen sind im Voranschlag die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise, die bereits das gesamte kapitalistische System erfaßt hat. So ist die Gewerbesteuer im vorliegenden Voranschlag mit nur mehr 30 Millionen Schilling, also um 8 Millionen Schilling weniger ausgewiesen. Und die Lohnsummensteuer sinkt von 67 auf 62 Millionen, zusammen sind dies für das Jahr 1984 Mindereinnahmen für die Stadt in der Höhe von 13 Millionen Schilling.

Nach vorsichtigen Schätzungen wird in Österreich im kommenden Jahr nur mehr ein Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent erwartet, bei einer 5 - 5,5prozentigen Inflationsrate und die Arbeitslosigkeit wird ebenfalls auf 5,5 Prozent steigen. Dementsprechend werden also auch die Einnahmen der Gemeinden, trotz Erhöhung der Mehrwertsteuer, stagnieren. Dazu kommt noch, daß sich der Bund einen immer größeren Teil aller Steuereinnahmen für sich behält. So erhielt zum Beispiel der Bund im Jahre 1981 61 Prozent der zur Verteilung kommenden Abgaben und im kommenden Jahr werden es bereits 63,4 Prozent sein. Und im gleichen Zeitraum geht der Anteil der Gemeinden von 16,2 Prozent auf 15,6 Prozent zurück. Die gemeindefeindliche Bundespolitik führt dazu, daß bei der Finanzsituation die öö. Gemeinden den oH nicht mehr ausgleichen können. Von den 445 oberösterreichischen Gemeinden brachten heuer bereits 119 Gemeinden Anträge zum Ausgleich des oH beim Land ein, obwohl diese Abgänge aus den vergangenen Jahren zusammen bereits 85,5 Mill. Schilling betragen würden. Ursache dafür sind unter anderem die negative Entwicklung der Abgabenertragsanteile, der Einnahmefall bei Gewerbe- und Lohnsteuer durch Insolvenzen und durch hohe Folgekosten bei großen Bauvorhaben. Deshalb bin ich der Meinung, daß der gesamte Steyrer Gemeinderat gegen eine solche Finanzpolitik der SPÖ-FPÖ-Regierung aktiv werden sollte, weil er sonst mitschuldig wird an der Schwächung der eigenen Finanzkraft und auch aller anderen Gemeinden. Als zehntgrößte Stadt Österreichs würde einer solchen Stellungnahme ein bedeutendes Gewicht zukommen.

Zu den Auswirkungen der nachteiligen Finanzpolitik der Bundesregierung und auch der wirtschaftlichen Krise kommt noch, daß die Einnahmen der Stadt aus eigenen Steuern, trotz der hohen Inflationsrate, beträchtlich zurückgehen. Laut Voranschlag von 143 auf 137 Millionen Schilling, das ist um rund 4 % weniger oder 6 Millionen Schilling. Leider bedeutet dieser Rückgang nicht, daß auch die mit 22 Millionen Schilling veranschlagte Landesumlage wesentlich ermäßigt wird. Dabei hätte es die Bundesregierung, in dem Fall auch Kollege Eichhübl, in der Hand, durch einen einfachen Beschluß die Landesumlage herabzusetzen, z. B. auf 1 Schilling pro Kopf der Bevölkerung. Der Krankenanstaltenbeitrag steigt im kommenden Jahr um 3 Millionen Schilling auf bereits 19 Mill. Schilling, der an das Land entrichtet werden muß und belastet das Stadtbudget schwer. Die Landesumlage und der Krankenanstaltenbeitrag schwächen die Stadtfinanzen um 45 Millionen Schilling im kommenden Jahr. Auch hier muß ich kritisch bemerken, natürlich wurde das auch von Seiten der Sozialistischen Fraktion erwähnt, von Stadtrat Wippersberger, das müßte abgeschafft werden, der Städtebund hat sich damit beschäftigt. Gut, einverstanden, aber ich habe mir die Debatte im Landtag angehört und ich habe nicht bemerkt, daß ein Mandatar von sich aus aufgestanden ist ...

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Alle Fraktionen im Städtebund waren dafür!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Aber es hilft nichts, wenn jetzt einige Tage im Landtag debattiert wurde und dann die Landesumlage wieder so beschlossen wurde, nämlich von allen im Landtag vertretenen Parteien, einschließlich der ÖVP und auch die Freiheitliche Partei ist mitbeteiligt. Die Ursachen der Finanzmisere liegen nach meiner Auffassung einfach in der Tatsache, daß die SPÖ-Führung zusammen mit der ÖVP und der FPÖ in Bund und Ländern die Gemeinden bei der Verteilung der Steuern immer mehr benachteiligt und sie gleichzeitig mit öffentlichen Aufgaben überlastet. Gemeinsam treiben sie damit die Gemeinden in wachsende Verschuldung und liefern sie so immer mehr dem Bankkapital aus.

Es wurden in den letzten Jahren der Stadtgemeinde vom Bund zusätzliche Aufgaben übertragen, die eigentlich Aufgaben des Bundes selbst wären. So zum Beispiel hat die Stadt Steyr allein in diesem Zeitraum für den Schulbau, eingeschlossen die Grundkosten, rund 200 Millionen Schilling aufgewendet. Auch die Wirtschaftsförderung ist nicht Aufgabe der Gemeinde, sondern ist Bundessache, aber von der Stadt wurden seit dem Jahre 1979 bis einschließlich 1984 rund 56 Millionen ausgegeben. Der Großteil dieser

Förderungsmittel, nämlich 46,5 Millionen Schilling, floß an den ausländischen Großkonzern BMW. Sie wissen, 18 Millionen Schilling Bargeldförderung, laut Vertrag 7 x 3 Millionen Schilling bis 1985, 10 Mill. für Kanalbau, Wasserversorgung rund 3,5 Millionen, Straßenbaumaßnahmen 2 Millionen, Erlassung der Kanal- und Wasseranschlußgebühren 13 Millionen, zusammen 28,5 Millionen Schilling. Das bedeutet, daß mehr als die Hälfte der Stadtverschuldung durch den Bundesschulbau und durch die Wirtschaftsförderung entstand. Die Abdeckung dieser Aufwendungen erfolgt ja seit Jahren durch erhöhte Kreditaufnahme, wie wir auch im Budget sehen, und dadurch steigt die Zinsenlast pro Kopf der Bevölkerung, vom Kleinkind bis zum Greis, im kommenden Jahr auf rund 1.100 Schilling in unserer Stadt, das hat auch schon Kollege Fritsch in seiner Budgetrede erwähnt.

Der Schuldenstand der Stadtgemeinde für aufgenommene Darlehen wird laut Voranschlag um weitere 5 Millionen auf bereits 45 Millionen Schilling ansteigen und die Gemeindefinanzen werden immer katastrophaler und der Ausblick für die Zukunft ist alles andere als rosig. Die SP-Gemeinderatsmehrheit mit Unterstützung der ÖVP-Fraktion und der FP Mannen, versuchen, die Mindereinnahmen und zusätzlichen Belastungen durch Abgaben-, Tarif- und Gebührenerhöhungen auszugleichen, eine Vorgangsweise, die von der KPÖ-Fraktion oder von mir abgelehnt wird, weil durch das allgemeine Maßnahmenpaket jedem Österreicher im kommenden Jahr bis zu 10.000 Schilling mit den diversen Steuererhöhungen sowie höheren Gebühren und Tarifen aus der Tasche gezogen werden. Im Jahr 1984 muß die Steyrer Bevölkerung für kommunale Leistungen und Steuern mehr bezahlen: An Grundsteuern um 2,4 Millionen – sie steigt von 14,3 auf 16,7 Millionen; an Getränkesteuern um 1 Million, an Lustbarkeitsabgaben um rund 1 Millionen mehr, an Abgaben von Gebrauch von Gemeindegrund und Luft um 2 Millionen, an Müllabfuhrgebühren um 2,7 Millionen Schilling, an Kanalbenutzungsgebühren um 25 Millionen Schilling, an Wassergebühren um rund 1 Million, durch Erhöhungen der Fahrtarife bei den städtischen Verkehrsbetrieben um 1,5 Millionen Schilling. Dazu kommen noch höhere Eintrittspreise im neuen und alten Theater und die Gebührenerhöhungen bei der Bestattung um 5 bis 8 Prozent.

Durch diese Gebühren- und Tarifierhöhungen, die in der letzten Gemeinderatsitzung von der Mehrheit des Gemeinderates beschlossen wurden, wird die Steyrer Bevölkerung im kommenden Jahr um rund 15 Millionen zusätzlich belastet. Angesichts der mit Beginn des kommenden Jahres auf die Bevölkerung zukommenden allgemeinen Belastungen habe ich allen diesen Tarifierhöhungen aus sozialpolitischen Gründen – wie Sie ja selbst wissen – nicht zugestimmt. Denn eine zusätzliche Belastung zu all denen, die ohnedies schon jeden Haushalt mit 1.000 Schilling im Monat belasten, ist höchst unsozial. Im Gegensatz zu den Sparmaßnahmen, die sich im Voranschlag widerspiegeln, steht das weitere Anwachsen der Bezüge und Pensionen der Gemeindepolitiker. Wenn der Nationalrat am 29. November einen Abbau der Politikerprivilegien beschlossen hat, meine Damen und Herren, so soll man das nicht negieren. Dieser Schritt wurde durch den Druck der öffentlichen Meinung erzwungen, ist aber nach meiner Meinung nach völlig ungenügend. Die Beseitigung der Privilegien bedeutet, daß die Mandatare ein ihrer Funktion entsprechendes Einkommen haben, aber eben nur ein Einkommen. Das stammt nicht von mir, sondern von der Rede des Herrn Bürgermeister, die er kürzlich gehalten hat. Sie sollen auch nur eine Pension bekommen und die Anwartszeiten müssen dafür so sein, wie sie das ASVG oder das Beamtenpensionsrecht für alle anderen Österreicher vorsieht. Aber die Stadtpolitiker der SPÖ, ÖVP und FPÖ denken nicht einmal im Schlaf daran, im kommenden Jahr die überhöhten Funktionsbezüge und die Stadtratspensionen abzubauen, wie sie dies vor den letzten Nationalratswahlen im Frühjahr den Wählern versprochen haben. Wie aus dem Sparbudget, Gruppe 0, hervorgeht, werden die Politikerbezüge, Pensionen und Ruhebezüge gegenüber 1983, also dem laufenden Jahr, um 2 Millionen Schilling auf bereits 10 Millionen erhöht. Von Sparsamkeit kann, so es um die eigene Tasche geht, bei den Stadtvätern wohl keine Rede sein. Daher meine ich, eine wirkliche Beseitigung der Politikerprivilegien werde erst dann vorliegen, wenn das Einkommen eines politischen Mandatares aus seiner Funktion in einem vertretbaren Verhältnis zum Einkommen eines Arbeiters oder Angestellten stehe. Die KPÖ-Gemeinderatsfraktion tritt daher weiter

dafür ein, daß die überhöhten Bezüge der Politiker aber auch – das möchte ich besonders betonen – der Manager in Großbetrieben in der Wirtschaft und Banken gesenkt werden.

Aber der Voranschlag weist auch neben unerfreulichen auch erfreuliche Merkmale auf. So werden die Sozialleistungen nicht geschmälert. Der Zuschußbedarf für das Altersheim beträgt 17 Millionen Schilling, für Kindergärten und Horte 16 Millionen, für Wohlfahrtsaktionen, wie Seniorenpaß, Altenbetreuung und Essen auf Rädern, zusammen 8 Millionen Schilling. Dabei ist das hervorstechendste Merkmal das beträchtliche Ansteigen des Investitionsbudgets der Stadt mit 155 Millionen Schilling, der Stadtwerke mit 32 Millionen, des Reinhalteverbandes mit 86 Millionen und der GWG der Stadt Steyr mit 70,4 Millionen Schilling, so daß insgesamt im Jahre 1984 rund 344 Millionen in Industrie und Gewerbe fließen. Von dieser Steigerung gehen zweifellos kräftige wirtschaftliche Impulse für Gewerbe und Industrie aus. Vorausgesetzt allerdings, daß diesen Beträgen und wie sie eingesetzt sind, auch eine Realität zukommt. Die Steigerung des außerordentlichen Budgets auf 106,5 Millionen Schilling kann nur durch weitere Darlehensaufnahmen – insgesamt müssen wir 68,5 Millionen Schilling aufnehmen – und Entnahmen aus Rücklagen von 15 Millionen erfolgen, wobei die echte Verschuldung der Stadt im kommenden Jahr auf rund 434 Millionen anwachsen wird, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von bereits über 10.850 Schilling entspricht.

Im wesentlichen beziehen sich die Ausgaben im außerordentlichen Haushalt auf den Straßenbau mit rund 40 Millionen, darunter der größte Brocken der Tunnelbau Tomitzstraße zur Schwimmschulstraße mit 23 Millionen, die Kanalbaumaßnahmen und Errichtung der städtischen Mülldeponie mit 23 Millionen, für die Wohnbauförderung sind wieder 6 Millionen vorgesehen, für die Errichtung der Turn- und Mehrzweckhalle und Schulbaukosten für die Bildungsanstalt der Kindergärtnerinnen zusammen 16,5 Millionen, für die Altstadterhaltung 2 Millionen sowie für die Wirtschaftsförderung 4 Millionen Schilling. Davon fließen an BMW 3 Millionen und die heimischen Gewerbebetriebe müssen sich, wie alle Jahre, wieder mit nur 1 Million Schilling begnügen.

Die KPÖ-Fraktion hat bereits im August 12 Vorschläge und Anregungen zur Budgeterstellung eingebracht, die mit Finanzstadtrat Wippersberger und mit Rechnungsdirektor Dr. Schmidl durchbesprochen wurden und auch zum Großteil, soweit es möglich war, im Voranschlag Berücksichtigung fanden. Das Hauptproblem, meine Damen und Herren des Gemeinderates, in unserer Stadt ist nach wie vor die Wohnungsfrage, denn hunderte Familien stehen auf der Warteliste der GWG, die sich eine Wohnung zu einer erschwinglichen Miete erhoffen. Aber die derzeitigen hohen Wohnkosten bis über 50 Schilling pro Quadratmeter führen zu laufenden Delogierungen und 10 bis 12 Neubauwohnungen stehen oft monatelang leer. Insgesamt gibt es in Steyr nach wie vor rund 700 leerstehende Wohnungen zum Großteil in Privathäusern bei rund, wie Sie ja wissen, 1.800 Wohnungssuchenden. Dieser Widerspruch ergibt sich in erster Linie aus den horrenden Mieten, die heute in Neubauwohnungen oder in privaten Wohnhäusern verlangt werden und die nur von einem geringen Prozentsatz der wohnungssuchenden Familien bezahlt werden können. Daher vertrete ich die Auffassung, daß endlich von der GWG der Stadt Steyr Wohnungen im Ausmaß zwischen 60 und 80 Quadratmeter gebaut werden. Natürlich, meine Damen und Herren, ist mir auch die Tatsache bewußt, daß kleinere Neubauwohnungen an den hohen Quadratmetermieten nichts ändern, doch könnten die astronomischen Quadratmeterpreise dadurch gesenkt werden, wenn die Stadt einen Zuschuß für den Wohnbau gewährt. Die im Budget vorgesehenen 6 Millionen Schilling Förderungsmittel reichen dazu sicherlich nicht aus. Kollege Stadtrat Wippersberger versicherte mir bei diesen Gesprächen, daß im Resthof 60 Neubauwohnungen im Ausmaß von 60 – 80 Quadratmeter vorgesehen sind. Die KPÖ-Fraktion vertritt die Auffassung, daß neben dem Arbeitsplatz die Wohnung ein wichtiges Menschenrecht ist, dessen Gewährleistung eine Verpflichtung der Regierung und auch der Stadtgemeinde sein muß. Es ist nach meiner Meinung durchaus möglich, mehr Wohnungen zu erschwinglichen Mieten zu bauen, wenn in erster Linie die enormen Profite der Bauwirtschaft eingeschränkt, die Zinsen der Wohnbaukredite wesentlich gesenkt und die Mittel aus der Wohnbauförderung aufgestockt werden. Alar-

mierende Daten, die ein bezeichnendes Licht auf die Wohnungspolitik des Staates werfen, wurden auf der 35. Tagung der Landesgruppe OÖ des Österreichischen Städtebundes, durch den Wohnbaureferenten SPÖ-Landesrat Ernst Neuhauser bekannt. Nach den letzten konkreten Nachforschungen im Jahre 1981 sind in unserem Bundesland fast 40.000 leerstehende Wohnungen registriert. Wenn es Sie interessiert, es gibt in Wien ungefähr 800.000 Wohnungen, davon stehen 100.000 leer, in Linz sind es 6.500 und in der Stadt Steyr – das habe ich schon erwähnt – sind es 700 Wohnungen, die unbewohnt sind. Ich habe diese Städte bewußt aus der Gesamtaufstellung herausgegriffen, weil es dort seit Jahren eine sozialistische Mehrheit gibt und trotzdem gibt es eine derartige Situation.

Es ist auch Aufgabe des Gemeinderates, Überlegungen anzustellen, wie das Problem der leerstehenden Wohnungen in Steyr im Interesse der Wohnungssuchenden gelöst werden kann. Die KPÖ-Fraktion verlangte die Einführung einer Meldepflicht für leerstehende Wohnungen. Das heißt, wenn eine gemeldete Wohnung länger als ein halbes Jahr nicht vermietet wird, soll die Stadtgemeinde das Einweisungsrecht erhalten.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, am Ortskai wurden durch die GWG mit dem Stadtarchitekten Reitter 29 Großraumwohnungen bis zu 120 Quadratmeter mit Gesamtbaukosten von 30 – 32 Millionen Schilling errichtet und seit Wochen fertiggestellt. Es handelt sich dabei um die in der Bevölkerung bekannten BMW-Wohnbauten. Die Fertigstellung dieser Wohnanlage haben die Verantwortlichen der Stadt offenbar, das möchte ich deutlich aussprechen, verschlafen. Für diese Wohnungen gibt es aufgrund der hohen Mieten bis heute nur wenige Bewerber. Oder will die Stadt dafür an die GWG Leermieten entrichten, wie dies bereits für leerstehende Wohnungen und Garagen im Resthof-Wohngebiet der Fall ist? Immerhin werden zum Beispiel für 1984 1,5 Millionen Schilling dafür von der Stadt bezahlt. Bisher wurde auch der wohnungssuchenden Bevölkerung die Möglichkeit der Anmietung bzw. des Kaufes als Eigentumswohnungen nicht mitgeteilt. Ich ersuche die anwesenden Pressevertreter, darüber ihre Leser zu informieren. Laut den von der KPÖ-Fraktion verlangten Zuschüssen für die Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten in den gemeindeeigenen Althäusern auf der Ennsleite, Tabor und im Wehrgraben werden 1984 4,2 Millionen Schilling bereitgestellt. Die KPÖ-Fraktion verlangte bereits im Sommer die sofortige Sanierung und Wiedererrichtung der städtischen Mülldeponie in Hausleiten. Im Voranschlag sind dafür 8 Millionen vorgesehen. Nach Wiedereröffnung dieser Deponie entfallen die derzeitigen hohen Transportkosten nach St. Valentin, die ja die Bevölkerung über die um 50 Prozent erhöhten Müllabfuhrgebühren bezahlt. Es ist auch erfreulich, daß zumindest für die Planung der von mir verlangten Überdachung der Kunsteisbahn 500.000 Schilling im Budget vorgesehen sind. Die KPÖ-Fraktion verlangte auch, daß das Radwegnetz in unserer Stadt großzügiger ausgebaut wird. Für mehr Sicherheit der Radfahrer und im besonderen der Schuljugend soll unserer Auffassung nach auf der Enns- und Steyrbrücke ein Radstreifen geschaffen werden. Dazu gibt es bereits eine positive Stellungnahme vom Finanz- und Verkehrsreferenten Stadtrat Wippersberger. Ebenso für die Asphaltierung der Kanaltrasse entlang der Enns von der Haratzmüllerstraße, vom Pumpwerk bis zur Schönauerbrücke, und die Freigabe als Wander- und Radweg im kommenden Jahr. Ich habe auch heuer wieder bei den Vorberatungen zum Voranschlag 1984 im Interesse von 2.270 Mietern von Münchenholz verlangt, daß die Stadtgemeinde zur Enttarnung der WAG-Häuser 5 Millionen Schilling in 5 Jahresraten bereitstellt. Aber die Gesprächspartner der SPÖ-Mehrheitsfraktion bleiben bei ihrem Standpunkt, bevor nicht die Steyr-Werksdirektion zahlt, ist die Stadtgemeinde bzw. die SP-Mehrheit nicht bereit, diesem Verlangen zu entsprechen. Die Gesamtkosten der Wohnhausinstandsetzung einschließlich der Enttarnung belaufen sich in den nächsten vier Jahren auf über 103 Millionen Schilling, die von den Mietern innerhalb der nächsten Jahre in Form von jährlichen Mietzinserhöhungen bezahlt werden. Aufgrund der 1. und 2. Instandsetzungsbauetappe wird ab 1. Jänner 1984 der Instandbeitragsbeitrag pro Quadratmeter im Monat in Münchenholz um rund 3 Schilling erhöht. Zusammen werden die Münchenholzer im kommenden Jahr dadurch eine zusätzliche Belastung zu allen anderen von 3,9 Mill. Schilling zu tragen haben. Daher stelle ich heute an die SPÖ-ÖVP- und FPÖ-Fraktion die Frage,

sind Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, bereit, einen Zuschuß in der von mir genannten Höhe für die Enttarnungskosten der Wohnhäuser zu gewähren – ja oder nein? Die Münichholzer sollen doch endlich einmal erfahren, wie die Gemeinderäte dazu stehen. Für dringend notwendig halte ich die fachärztliche Untersuchung bei der Schuljugend. Diese fachärztlichen Durchuntersuchungen sind deshalb vonnöten, weil die bisher üblichen Schüleruntersuchungen nur sporadisch und, wie ich meine, einseitig erfolgen. Die jüngsten Ergebnisse über eine Untersuchung des Gesundheitszustandes der Schüler in den unteren vier Schulstufen untermauern diesen Vorschlag. Nach diesem Bericht laborieren 38 Prozent der Schüler an Zahnschäden, 12 Prozent an Gebißfehlstellungen, 15 Prozent an Sehfehlern und 13 Prozent an Schäden im Wirbelsäulen- und Brustkorbbereich sowie 2,5 Prozent der Schüler sind bereits in jungen Jahren hörgeschädigt. Das ist einer Statistik entnommen und nicht von mir erfunden. Außerdem schlägt die KPÖ-Fraktion vor, diese fachärztlichen Untersuchungen auch auf die Kindergartenkinder auszudehnen und daß die Stadt bei den Schul- und Kindergartenkindern die Kosten für die wichtige Zeckenschutz-Impfung übernehmen soll. Für den Gesundheitsdienst, wenn Sie im Voranschlag nachschauen, wurden für 1984 um 7.000 Schilling mehr präliminiert, aber damit, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wird man kaum die fachärztliche Schüleruntersuchung finanzieren können. Die KPÖ-Fraktion ist auch der Auffassung, daß die beabsichtigte Kindergarten-Tarifierhöhung auf keinen Fall erfolgen darf, damit auch weiterhin die finanziell schwächeren Familien ihre Kinder in den Kindergarten schicken können. Vielmehr ist vom Gemeinderat aus notwendig, eine rasche Novellierung des öö. Kindergartengesetzes beim Land zu verlangen, mit dem Ziel, daß jedem Kind in unserer Stadt im Alter von 3–6 Jahren ein unentgeltlicher Kindergartenplatz, wie dies bereits seit vielen Jahren in Niederösterreich der Fall ist, zur Verfügung steht. Dabei müssen selbstverständlich die Personalkosten nicht wie bisher von 75 Prozent, sondern zur Gänze vom Land übernommen werden. Der Zuschuß der Stadt Steyr beträgt für die städtischen Kindergärten für 1984 16 Millionen und der Landeszuschuß, das dürfte Ihnen ja nicht neu sein, nur 5,250.000 Schilling. Erfreulich möchte ich vermerken, daß mein Vorschlag nach mehr Mittel für die laufende Beschaffung von Spiel- und Bastelmaterial sowie Lehrmittel in den städtischen Kindergärten, Tagesheimstätten und Horten bereits durch einen Stadtsenatsbeschluß erfüllt wurde und mit Wirkung vom 1. Jänner 1984 der Betrag um 20 Prozent erhöht wird.

Wie Sie wissen, werden seit vielen Jahren die Schulschikurse mit dem gleichen Betrag von 50 Schilling pro Schüler von der Stadtgemeinde gefördert. Die Kosten für die Eltern haben sich jedoch in den letzten Jahren um ein Vielfaches auf rund 2.000 Schilling erhöht. Aus diesem Grund beantrage ich für das kommende Jahr, den Betrag auf mindestens 100 Schilling pro Schüler zu erhöhen und dementsprechend im Voranschlag zu berücksichtigen. Dadurch, so glaube ich, werden die Stadtfinanzen sicherlich nicht in Unordnung geraten.

Die KPÖ-Fraktion stimmt dem Voranschlag für 1984 wohlüberlegt zu, weil eine Reihe von Alternativen und Vorschlägen, die von mir im Interesse der Bevölkerung gemacht wurden, Berücksichtigung finden. Das bedeutet jedoch keine Zustimmung der KPÖ-Fraktion zur Gruppe 0, in der die überhöhten Politikerbezüge und Stadtratspensionen beinhaltet sind, und der Gruppe 9 Finanzen, in der die Benachteiligung der Stadt Steyr durch die SP/FP-Bundesbudgetpolitik zum Ausdruck kommt, sowie zu den unsozialen Gebühren- und Tarifierhöhungen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte die Gelegenheit der heutigen Sitzung auch dazu benützen, Kollegen Kinzelhofer anläßlich seines Übertrittes in den Ruhestand die besten Wünsche zu entbieten, gleichzeitig verbinde ich die guten Wünsche mit dem aufrichtigen Dank für die jahrelange gute Zusammenarbeit im Interesse unserer Heimatstadt Steyr und vor allem als Arbeitervvertreter der werktätigen Bevölkerung. Ich wünsche Dir und Deiner Familie im Namen meiner Partei für den neuen Lebensabschnitt alles Gute und viel Gesundheit.

Bürgermeister Franz Weiss hat uns bereits in der Gemeinderatsitzung vom 7. Juli 1983 überraschend die persönliche Mitteilung gemacht, daß er seine Amtsgeschäfte, das Amt als gewählter Bürgermeister, mit 31. Dezember 1983 zurücklegen werde. Ich möchte

daher heute die bevorstehende Pensionierung des Kollegen Bürgermeister Franz Weiss zum Anlaß nehmen, um ihm in aller Öffentlichkeit für seine 10jährige Tätigkeit, erfolgreiche Tätigkeit und sein Wirken als Bürgermeister der traditionsreichen Arbeiterstadt Steyr zu danken. Unter seiner Ära entwickelte sich die Stadt Steyr zu einem modernen und in vieler Hinsicht sogar vorbildlichen Gemeinwesen. Mit seinem Namen und seinen Aktivitäten ist verbunden die Ansiedlung von Industrie- und größeren Handelsunternehmungen, die Fassadenaktion im Stadtkern, die Errichtung der neuen Enns- und Steyrbrücken, der Bau des Stadtsaals, Schulbauten – das habe ich heute auch schon erwähnt –, Umbau und Erneuerung des Volkskinos und des Alten Theaters sowie die Renovierung des Schlosses Lamberg. Wir haben hier im Gemeinderat viele Aufgaben gemeinsam beraten, vorangetrieben und auch viele gelöst. Aber auch bei grundsätzlichen politischen Meinungsverschiedenheiten sind wir mit Bürgermeister Weiss stets darin einig gewesen, daß im Interesse der Stadt und ihrer Bevölkerung große Probleme gemeistert werden müssen, die den ganzen Einsatz eines politischen Mandatars erfordern. Er verstand es in all den Jahren immer, trotz parteipolitischer und ideologisch anderer Auffassung, mit der KPÖ-Gemeinderatsfraktion zusammenzuarbeiten. Und durch seine Persönlichkeit ist es auch gelungen, das Ansehen der Stadt Steyr über unsere Landesgrenzen hinaus, durch die Vertiefung der internationalen Kontakte und Verbindungen, zu erhöhen. Aus dem ehemaligen Facharbeiter, Werkmeister und erfolgreichen Betriebsratsobmann der Angestellten der Steyr-Werke ist Kollege Franz Weiss ein Kommunalpolitiker von Rang und Ansehen geworden. Ich möchte Dir, werter Kollege Weiss, für Deinen neuen, kommenden Lebensabschnitt alles Gute und Schöne im Kreise Deiner Familie wünschen und dies vor allem bei bester Gesundheit. Es wird sich sicherlich, so weit ich weiß, noch eine Gelegenheit bieten, Dein Wirken für die Stadt Steyr zu würdigen. Abschließend wünsche ich den Bürgermeistern, allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates sowie den Beamten und Bediensteten und ihren Familien frohe Festtage und ein erfolgreiches, friedliches Neues Jahr 1984.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Erklärungen des Kollegen Treml. Es sind jetzt alle vier Fraktionsvorsitzenden zu Wort gekommen. Es möchte nun Kollege Schwarz aus einem Anlaß, der von jedem von uns verstanden wird, ebenfalls einen Beitrag leisten.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe nicht die Absicht, in meiner heutigen Stellungnahme zu einzelnen Positionen des Budgets Erläuterungen abzugeben. Ich habe auch nicht die Absicht, in die Diskussion wesentlich einzugreifen. Eine Aufklärung möchte ich aber doch bringen. Kollege Treml dürfte falsch informiert sein, die Gemeinde hat sicher die Fertigstellung dieser Wohnungen dort nicht verschlafen, sondern diese wurden von der GWG bisher noch nicht übernommen und können daher nicht vermietet werden.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Die sind schon seit vier Wochen fertig!

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Es waren aber noch Nacharbeiten notwendig und die Abnahme ist noch nicht erfolgt und vorher können sie nicht bezogen werden. Ich wollte diese Klarstellung auch für die Presse bringen. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß wir für diese Wohnungen derzeit beim Land ein Umwidmungsverfahren laufen haben, weil für dieses Bauvorhaben Interessenten da waren. Diese Umwidmung ist noch nicht abgeschlossen, denn es ist gar nicht so einfach, wir hoffen aber, daß das in Kürze der Fall sein wird und daß dort der erste Versuch, Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umzuwidmen, möglich ist. Zu Kollegen Fritsch möchte ich ganz kurz sagen, daß ich es verstehe, daß er das "arme" Land verteidigt. Den Ländern geht es im Vergleich zum Bund und zu den Ländern finanziell am besten und ich glaube wir als Gemeindevertreter haben es nicht nötig, daß

wir das Land verteidigen, denn dem Land geht es finanziell sehr gut und ich sehe keine Veranlassung, an den Angaben zu zweifeln, daß aus dem Maßnahmenpaket das Land OÖ. 400 Millionen Schilling bekommt. Diese Aussagen sind aufgrund von Berechnungen wirklich ernst zu nehmen. Ich sehe schon ein, daß seitens des Landes gesagt wird, wir bekommen das nicht. Es gibt da gegensätzliche Auffassungen, ich glaube jedenfalls den bereits erwähnten Aussagen, die hier zutreffen.

Ich möchte auch ganz kurz darauf eingehen, im Vorjahr haben wir ja darüber diskutiert, daß bei der Diskussion über die Vergabeordnung bei uns im Vordergrund die Wirtschaft steht, nicht das Regulativ. Ich bin nicht der Meinung, daß Regulative einfach vorhanden sein müssen, wenn sie sich gegen die heimische Wirtschaft auswirken. Das ist meine persönliche Meinung, wir haben in diesem Fall eben eine unterschiedliche Auffassung.

Gestatten Sie mir aber einige grundsätzliche Überlegungen zum Voranschlag 1984. Richtschnur und Maßstab für die Erstellung des Haushaltsvoranschlages 1984 muß die derzeitige wirtschaftliche Situation, die wir in unserer Region zu verzeichnen haben, sein. Diese wirtschaftliche Lage, in der wir uns derzeit befinden, ist keinesfalls ein Ergebnis der Politik, die in Steyr, in Oberösterreich, oder in Österreich betrieben wird, sondern sie ist geprägt von der nun schon seit Jahren anhaltenden Weltwirtschaftskrise. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß die Einnahmenentwicklung nicht so ist, wie wir uns das vorgestellt haben. Wir hatten spürbare Einnahmefälle bei verschiedenen Steuern registrieren müssen und dürfen nicht damit rechnen, daß sich bei den Einnahmen im Jahre 1984 wesentliche Veränderungen nach oben ergeben.

Nur eine realistische Einschätzung der Lage ermöglicht es, einen Haushaltsvoranschlag zu erstellen, dessen Verwirklichung auch wahrscheinlich ist. Die absolute Veränderung im ordentlichen Haushalt von rund S 469.000.000,- im Voranschlag 1983 auf rund S 492.500.000,- für den Voranschlag 1984 entspricht einer prozentuellen Veränderung von etwa plus 5 %. Diese geringfügige Veränderung ergibt sich einerseits aus der zu erwartenden Erhöhung der Lebenshaltungskosten und ist andererseits in der ständigen Aufgabensteigerung der Gemeinden begründet. Die Anführung besonderer Beispiele kann ich mir sicher ersparen. Sie wurden sowohl von unserem Finanzreferenten als auch von unserem Fraktionsobmann, Kollegen Kinzelhofer und auch von anderen Sprechern vorgebracht und ich darf mich hier auf einige Ergänzungen beschränken. So bringt z. B. die Verbesserung und Neuerrichtung von Verkehrsflächen, ich denke hier an Straßenneubauten aber auch an die errichteten Über- und Unterführungen, die der Sicherheit der Fußgänger dienen, eine wesentliche Erweiterung der Straßenbetreuung mit sich. Unsere Stadtgärtnerei hat Jahr für Jahr mehr Grünflächen zu betreuen, ob das im Zuge der Entstehung neuer Wohngebiete ist, wie z. B. am Resthof oder ob das die Grünflächen, Parks, Freizeitanlagen oder Kinderspielplätze unserer Stadt sind. Heute wurde ja bereits der Schloßparkteich angeführt als eines jener Gebiete, um das sich die Gärtnerei besonders annehmen sollte. Wir müssen auch, wenn wir das gerne machen würden, bedenken, wenn wir solche Dinge tun, daß das Auswirkungen hat auf den Personalsektor. Auch das wurde heute schon erwähnt.

Auch unsere Sozialdienste erfordern zusätzlichen Einsatz. So möchte ich darauf verweisen, daß sicher die Aktion "Essen auf Rädern" oder die besondere Seniorenbetreuung in den Pensionistenklubs, die "Mobile Hauskrankenpflege" usw. zweifellos Aufgaben sind, die die Gemeinde übernommen hat, die sich erst aus der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte ergeben haben. Dazu gehören natürlich auch unsere Ver- und Entsorgungseinrichtungen, auch dort findet die ständige Verbesserung und Ausdehnung ihren Niederschlag. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß ich diese Liste beliebig erweitern könnte. Es sind viele Aufgaben dabei, die ich jetzt beispielsweise angeführt habe, zu denen wir als Gemeinde gesetzlich nicht verpflichtet sind. Für uns als gewählte Vertreter der Steyrerinnen und Steyrer war aber die Erfüllung dieser Aufgaben in der Vergangenheit stets eine Verpflichtung und, liebe Kolleginnen und Kollegen, sie muß auch in der Zukunft für uns, auch wenn wir keinen Gesetzesauftrag dafür haben, eine Verpflichtung bleiben. Ohne überheblich zu sein, möchte ich darauf verweisen, daß sicher wir als Kommunalpolitiker die Sorgen und Nöte der Menschen am besten kennen und daher auch am besten beurteilen können, was nötig und weniger notwendig ist. Wir müssen

daher fordern, daß uns als Gemeinde die Möglichkeit auch in finanzieller Hinsicht seitens des Landes und des Bundes gegeben wird, um unseren immer größer werdenden Aufgaben nachkommen zu können. Wir müssen bei den nächsten Verhandlungen über den Finanzausgleich mit Nachdruck verlangen, daß die Anliegen der Gemeinden mehr als bisher berücksichtigt werden. Die finanziellen Probleme der Gemeinden sind sicher nicht damit zu lösen, daß man versucht, finanzielle Umstrukturierungen zwischen den einzelnen Gemeinden vorzunehmen, wie dies seitens des Landes in jüngster Vergangenheit praktiziert wurde. Wir müssen uns gegen solche Vorgangsweisen wehren und können dies durch ein gemeinsames Vorgehen aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen unterstreichen. Ein Hinweis auf die Solidarität in diesem Zusammenhang ist müßig, wir üben diese Solidarität schon immer, sie ist ja ein Grundsatz der Politik der Sozialistischen Partei und ist einer der Eckpfeiler, auf denen unsere Weltanschauung basiert. Wir brauchen nicht aufmerksam gemacht zu werden, wir haben uns immer bemüht, den Schwächeren zu helfen, das ist einer der Schwerpunkte, auf die wir auch in Zukunft bauen werden.

Die Schwerpunkte und besonderen Akzente, die mit unserem außerordentlichen Haushalt gesetzt sind, wurden von meinen Vorrednern bereits erläutert. Ich möchte nur in diesem Zusammenhang erwähnen, daß wir auch damit rechnen können, daß aufgrund der mit dem Bund abgeschlossenen Verträge für die Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen wie aber auch für den Bau des Mehrzwecksaales im Wehrgraben im nächsten Jahr und in den folgenden Jahren anteilige Kosten bzw. weitere Ratenzahlungen zu erwarten sind und diese auch eintreffen werden.

Es wird auch notwendig sein, meine Damen und Herren, daß wir in der nächsten Zeit an die Lösung des Wehrgrabenproblems emotionsfrei und sachlich herangehen. Die derzeitige Gesetzeslage erlaubt es nicht, daß außer den bereits gesetzten Maßnahmen, ich denke hier an den Bau des Mehrzwecksaales und die Errichtung der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen, an die Verbesserung der Straßenverhältnisse, an die Sanierung der Häuser im Eysnfeld – diese Maßnahme wurde von den Steyr-Werken im Zuge der Sanierung des Wehrgrabens in die Wege geleitet – Aktivitäten gesetzt werden. Es wird notwendig sein, daß die Wasserrechtsbehörde, jene Behörde also, die den Bescheid erlassen hat, die Rechtslage entsprechend klärt, damit wir auch in diesem Gebiet unsere Vorstellungen verwirklichen können. Hier war die Gemeinde nicht müßig – darauf hat auch der Herr Bürgermeister schon hingewiesen – und wir haben die Wasserrechtsbehörde bereits mehrmals aufgefordert, eine Klärung der Rechtslage herbeizuführen und wir werden dies im kommenden Jahr sicherlich neu urgieren. Es geht darum, den so notwendigen Kanalbau in diesem Bereich beginnen zu können, und es geht auch darum, dieses Gebiet entsprechend unserer Vorstellungen zu sanieren.

Ich möchte auch erwähnen, daß wir in Verhandlungen mit dem Land bezüglich der Abhaltung der Landesausstellung 1987 stehen. Wir wollen diese Landesausstellung nach Steyr bringen; der Gemeinderat hat dafür eine Absichtserklärung bereits abgegeben und ich glaube, daß gerade diese Landesausstellung es sein kann, die für den Bereich des Wehrgrabens sich fruchtbringend auswirken könnte. Die Absicht, im Zuge dieser Landesausstellung ein Museum der Arbeitswelt im Bereich Wehrgraben zu errichten, wird sicher dazu beitragen, daß dieses Gebiet neue Impulse erhält. Im Stadtgebiet wurden in den letzten Jahren viele Leistungen für die Denkmalpflege, für die Fassadenaktion, erbracht. Wir werden auch im kommenden Jahr diesen Verpflichtungen nachkommen. Im Voranschlag 1984 sind nicht zuletzt deswegen auch die Mittel für Denkmalpflege und Fassadenaktion entsprechend höher angesetzt und wir stellen uns vor, daß ein Großteil dieser Mittel im Bereich Wehrgraben aufgewendet werden soll. Wir verlangen aber gleichzeitig vom Land und vom Bund die Beteiligung im gleichen Maß wie bisher.

Schließlich, meine Damen und Herren, möchte ich noch darauf hinweisen, daß wir für den Sportplatzbereich Rennbahn einen Ausbau geplant haben. Es soll dort eine repräsentative Leichtathletikanlage errichtet werden. Eine entsprechende Post im außerordentlichen Haushalt ist dafür vorgesehen. Diese Anlage kann natürlich nur mit Hilfe des Landes und des Bundes entstehen. Die entsprechenden Ansuchen wurden sowohl an das Land Ober-

österreich als auch an den Bund gerichtet und ich hoffe, daß die ersten Gespräche darüber mit den zuständigen Referenten in Kürze abgeführt werden können und zu einem positiven Ergebnis führen.

Ich möchte aber nicht vergessen, in diesem Zusammenhang auch zu erwähnen, daß andere Sportstätten, wie z. B. der Sportplatz des Sportklubs Vorwärts, der sicher unter dem Tunnelbau gelitten hat, sanierungsbedürftig sind, wie auch die Sportanlage des Sportklubs Amateure und der Sportplatz des ATSV Steyr reparaturbedürftig sind und wir auch dort Unterstützungen seitens der Stadt leisten müssen.

Ich glaube, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß wir uns künftighin dazu entschließen sollten, die Sportförderung und den Sportstättenbau genau so intensiv oder vielleicht intensiver als bisher zu betreiben, weil hier die Möglichkeiten bestehen, gerade unserer Jugend Voraussetzungen für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu schaffen. Es wird aber auch, meine Damen und Herren, mit diesem Budget sichergestellt, daß, so wie besonders in den vergangenen 10 Jahren Investitionen für die Bevölkerung unserer Stadt getätigt und auf vielen Gebieten bleibende Werte geschaffen werden, von denen nachfolgende Generationen sicherlich noch profitieren. Es ist bedauerlich, daß in unseren Haushaltsvoranschlägen die geschaffenen Werte keinen Niederschlag finden. So ist weder der Besitz von Grundstücken noch der Bestand an Gebäuden und der Wert dieser ausgewiesen. Bei allen Einrichtungen und Betrieben der Privatwirtschaft sind diese Größen selbstverständlich in den Bilanzen ausgewiesen und schlagen sich auch entsprechend zu Buche. Bei den Gemeinden und sonstigen Gebietskörperschaften ist dies nicht der Fall und so ist auch die Darstellung der Verschuldung einer Gemeinde, wie sie in der Öffentlichkeit immer wieder gebracht wird, nur bedingt richtig. Wären diese angeführten Baulichkeiten und Liegenschaften bei uns wertmäßig ausgewiesen, würde sich eine ganz andere Darstellung über die Pro-Kopf-Verschuldung ergeben.

Der Wille, die heimische Wirtschaft zu fördern, findet seinen Niederschlag im Rechnungswerk, obwohl – das möchte ich hier ausdrücklich betonen – diese Leistungen ebenfalls wie viele andere nicht gesetzlich verankert sind, sondern es sich hier um freiwillige Leistungen der Stadt handelt. Wir glauben aber, daß wir damit einen Beitrag zur Erhaltung und Sicherung der Arbeitsplätze in unserer Stadt schaffen. Viele Millionen Schilling wurden in den vergangenen Jahren dafür aufgewendet, und viele Millionen Schilling werden wir, wenn wir an die Verträge für die Förderung des BMW-Werkes denken, auch in den nächsten Jahren noch bereitstellen.

Wir haben mit diesem Haushaltsvoranschlag Vorsorge getroffen, daß die weitere positive Entwicklung unserer Stadt für das Jahr 1984 sichergestellt ist und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereit stehen.

Soweit, meine Damen und Herren, zum Budget.

Die heutige Sitzung ist aber nicht nur eine Budgetsitzung im üblichen Sinne, sondern sie steht auch im Zeichen des Abschiednehmens. Ich meine damit, daß einige Funktionäre, die viele Jahre, ja Jahrzehnte, die Kommunakpolitik in Steyr geprägt und maßgeblich mitgestaltet haben, mit Jahresende aus ihren Funktionen scheiden. Im besonderen meine ich damit unseren Bürgermeister Franz Weiss und unseren Stadtrat Konrad Kinzelhofer.

Beide haben aus eigenem erklärt, mit Ende des Jahres 1983 ihre Funktionen abzugeben. Die heutige Sitzung ist die letzte Sitzung des Gemeinderates, an der sie offiziell teilnehmen. Obwohl sich der Gemeinderat mit den Verdiensten der beiden in gesonderten Beratungen zu befassen haben wird, darf ich mir erlauben, auch heute schon mit einigen Gedanken darauf hinzuweisen. Unser Bürgermeister hat sich ja schon offiziell von den Leitern der Behörden und Ämter am Mittwoch, 7. Dezember, verabschiedet, und ich bin sicher, daß er auch heute hier im Gemeinderat, dem er 10 Jahre als Bürgermeister vorgestanden hat, noch eine Erklärung abgeben wird.

Mein Freund Konrad hat ja schon in seiner Stellungnahme zum Budget auf sein Ausscheiden hingewiesen. Ich möchte hier zunächst nur Danke sagen und ich glaube, dies ohne Rücksprache im Namen aller Fraktionen für Leistungen tun zu können, die sie für unsere Stadt und unsere Bevölkerung erbracht haben.

Dir, geschätzter Herr Bürgermeister, für die besonderen Initiativen, die das Bild unserer Stadt sichtbar verändert haben. Vor Deinem Amtsantritt gab es keine neuen Brücken

über die Enns. Vor Deinem Amtsantritt gab es keinen Stadtsaal, vor Deinem Amtsantritt gab es keine Fußgängerüber- bzw. -unterführungen und vor Deinem Amtsantritt gab es kein BMW-Werk in Steyr, um nur einiges zu nennen, was in Deiner Zeit in Steyr geschehen ist.

Du hast, um im sportlichen Jargon zu sprechen, Du bist ja auch heute noch sehr sportlich, die Latte immer sehr hoch gelegt und die Nachfolgegeneration wird es nicht leicht haben, ähnliche Leistungen zu erbringen. In nicht geringerem Maße gilt aber mein Dank auch unserem Freund Konrad Kinzelhofer, der seine Funktion als Stadtrat immer als Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung betrachtet hat, ob das bei den Städtischen Unternehmungen, beim Sport oder im sozialen Bereich war; er hat die Probleme immer auf seine ruhige, sachliche aber mit sehr großer Beharrlichkeit gekennzeichneten Art gelöst. Als Obmann der sozialistischen Fraktion hat er es sicher immer verstanden, auch die notwendigen Kontakte mit den anderen im Gemeinderat vertretenen Parteien herzustellen.

Euch beiden vielen herzlichen Dank für die Leistungen. Ich wünsche aber nicht alles Gute im Ruhestand, weil ich glaube, daß der Begriff Ruhestand für beide nicht zutreffen wird. Sie setzen sich ja nicht zur Ruhe, sondern es beginnt ein neuer Lebensabschnitt mit neuen Aufgaben, und dazu wünsche ich so viel Erfolg und Freude wie bisher und vor allem aber die dazu notwendige Gesundheit.

Applaus

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Meine Damen und Herren, mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich bitte nun den Referenten um sein Schlußwort.

**STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich werde mich sehr kurz halten.

Vorerst danke ich den Fraktionssprechern für die zustimmenden Erklärungen zum Haushaltsvoranschlag 1984. Ich bin überzeugt, daß wir aufgrund dieser Tatsache auch 1984 eine gedeihliche Zusammenarbeit im Gemeinderat durchführen können. Es erleichtert diese Zusammenarbeit.

Erlauben Sie mir aber, auf einige Dinge der Fraktionssprecher einzugehen. Kollege Fritsch, der Abgang, ich habe das erwähnt in meinen Ausführungen, beim außerordentlichen Haushalt im Ausmaß von 28,5 Millionen Schilling, könnte durch zusätzliche Einnahmen vom Land in Form von Bedarfszuweisungen vom Bund, in Form von Finanzausgleichszuweisungen und durch nicht präliminierte Mehreinnahmen gedeckt werden. Ich bin überzeugt davon, daß einen großen Teil der 28,5 Millionen wir von Land und Bund durch Bedarfszuweisungen bekommen werden. Ob es die gesamte Summe sein wird, ist fraglich, aber bestimmt ein sehr großer Teil davon. Der Schuldenstand, vielleicht bin ich da schlecht verstanden worden, im Ausmaß von 10.569,- Schilling pro Kopf der Bevölkerung ist jener Stand von Ende 1983.

Zur Landesumlage hat bereits Kollege Schwarz die Antwort gegeben, hier sind wir nicht ganz der gleichen Auffassung. Ich darf eines sagen, ich weiß vom Städtebund, ich war ja bei der letzten Sitzung dabei, daß auch die Österr. Volkspartei der Auffassung ist und vehement die Abschaffung der Landesumlage verlangt.

Du verlangst das mittelfristige Budget, das mittelfristige Finanzierungskonzept. Wir haben auch darüber schon mehrmals gesprochen, wir sind dabei bzw. schon fast damit fertig, ein mittelfristiges Budget zu erstellen. Aber das mittelfristige Finanzierungskonzept zu erstellen, stellt eine ganz große Schwierigkeit dar. Wir haben vor einem Jahr das Budget für 1983 erstellt, niemand hat gedacht, daß wir in diesem Jahr allein um 14,5 Millionen Schilling weniger einnehmen werden bei der Lohnsummen- und Gewerbesteuer. Noch dazu ist gerade dieses mittelfristige Finanzierungskonzept diesmal so schwer zu erstellen, weil das neue Finanzausgleichsgesetz im kommenden Jahr gemacht wird und wir noch nicht sagen können, wie das wirklich ausschauen wird.

Zu Steyrdorf. Vor kurzem haben sich Gespräche ergeben, ich war mit dabei, wir su-

chen mit der Geschäftswelt Steyrdorfs bestmögliche Verkehrslösungen zu finden. Es werden zu Beginn des kommenden Jahres weitere Gespräche geführt werden. Aber, Du hast es ja selbst gesagt, die einen sagen so, die anderen so. Ich habe mich langmühtig mit Herrn Gründler unterhalten, der sagt selbst, wenn ich 20 Geschäftsleute zu einem derartigen Gespräch zusammenhole, dann gibt es 20 verschiedene Meinungen, und diese Meinungen sind zum Teil ganz konträr.

Die Fassadenaktion wird die Stadt sicher weiter fortführen und auch im Bereich Steyrdorf wird einiges zu geschehen haben. Aber eines steht auch fest, die Stadt allein ist nicht imstande, das durchzuführen. Es müssen die Hausbesitzer mitmachen und auch Land und Bund müssen entsprechende Hilfestellung geben.

Was die Nordspange betrifft, so sind wir vollkommen einer Meinung, ich möchte fast sagen, es ist für Steyr fast eine Überlebensfrage. Wenn man das Verkehrsaufkommen am Blümelhuberberg zu Arbeitsbeginn bzw. Arbeitsende der Steyr-Werke anschaut, das ist eine wahre Katastrophe. Diese Nordspange muß rasch kommen.

Zum Verkehr Resthof darf ich sagen, wir waren beide vor kurzem zu einem Gespräch im Resthof, und ich glaube, es zeichnen sich jetzt Lösungen ab.

Zu Kollegen Eichhübl darf ich sagen, ich glaube, Du hast etwas falsch verstanden, und zwar zum Schuldenstand und Verschuldung der Stadt. Von der aufsichtsrechtlichen Genehmigung, von der Du gesprochen hast, für neu abzuschließende Darlehen, sind wir noch ziemlich weit entfernt. Wir liegen derzeit bei 9,1 Prozent, gemessen an den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes und diese aufsichtsrechtliche Genehmigung wäre dann gegeben, wenn wir die 15 %-Grenze überschreiten würden.

Bei der Steuerpolitik sind wir nicht immer der gleichen Auffassung. Die Abschaffung der Gewerbesteuer auf Kapital trifft die Gemeinden sicherlich sehr hart und hoffentlich stimmt Deine Zuversicht, daß das Finanzausgleichsgesetz für die Gemeinden Besserungen bringen wird. Ich bin da etwas skeptisch. Was ich aber bei Dir überhaupt nicht verstehe, Du verlangst die Herausnahme von verschiedenen Dienstleistungen aus dem Gemeindebereich, um das Gemeindebudget zu entlasten. Gleichzeitig aber verlangst Du, daß wir die Gehsteigreinigung für ältere Menschen und auch den Winterdienst für diese durchführen. Wenn ich denke in meinem Stadtteil in Münchenholz sind der Großteil ältere Menschen und das würde heißen, daß wir nicht 3, nicht 5, sondern mindestens 10 oder 15 Leute zusätzlich einstellen müßten im Wirtschaftshof. Diese 15 Bediensteten müssen aber auch bezahlt werden und es ist unmöglich, denn das würde eine Aufblähung des Budgets um viele Millionen bedeuten. Das ist bei der jetzigen Budgetlage nicht durchführbar.

Ein Fehler hat sich auch noch eingeschlichen bei Dir, was die Rad- und Wanderwege anbelangt. Für 1984 hast Du gesagt 1 Million Schilling - das stimmt. Wir haben 1983 nicht 50.000 Schilling ausgegeben, wie Du gesagt hast, in Wirklichkeit haben wir - das ist im Budget 1983 etwas verschlüsselt untergebracht - 1983 für Rad- und Fußwege rund 2,5 Millionen ausgegeben, denn 1,4 Millionen hat alleine der Rad-Wanderweg Aschacher Straße gekostet und 1 Millionen kostete die Verbreiterung der Punzerstraße, wo auch ein Radweg errichtet werden soll.

#### ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das war ein Mißverständnis von Dir, ich habe von den Radwegen gesprochen und nicht von den Radwanderwegen, das ist ein großer Unterschied.

#### STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Man muß aber beides in einem sehen.

Was die Papiercontainer anbelangt, ich habe letztlich schon gesagt, der Vorschlag ist sicher sehr gut. Soweit mir bekannt ist, ist das Land Oberösterreich derzeit in Gesprächen mit dem Roten Kreuz, um in den Städten Linz, Wels und Steyr solche Container aufzustellen. Das Land OÖ ist, soweit mir bekannt ist, mit dem Roten Kreuz diesbezüglich im Gespräch.

Kollege Treml, Du stellst Forderungen von zig-Millionen, allein für das Budget 1984 von 25 - 30 Millionen Schilling, die zusätzlich ausgegeben werden sollen. Die Ein-

sparungen, die Du vorschlägst, machen aber hochgerechnet nur einige hunderttausende Schilling aus. Wie soll das alles finanziert werden? Noch dazu, wenn gemeindeeigene Abgaben und Gebühren Deiner Meinung nach überhaupt nie erhöht werden dürfen. Die Wirtschaftskrise hat das gesamte kapitalistische System erfaßt, sagst Du. Richtig, aber nicht nur das kapitalistische System, auch das kommunistische System, wie uns sehr augenscheinlich Tag für Tag über Presse, Rundfunk und Fernsehen berichtet wird. Ich danke nochmals für die zustimmenden Erklärungen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich danke nochmals für die zustimmenden Erklärungen seitens der Fraktionssprecher und ersuche nunmehr Herrn Bürgermeister, die Abstimmung über die beiden Anträge vorzunehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Wir stimmen nun ab über den Voranschlag für das Finanzjahr 1984 und über den Beschluß einer Kreditsperre.

Ich bitte Sie in Anbetracht der Bedeutung dieser Entscheidung um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie damit einverstanden sind? Danke. Eine Gegenprobe erübrigt sich, denn es ist jetzt schon die Einstimmigkeit ersichtlich.

Ich bitte nun um den Vortrag des letzten Tagesordnungspunktes.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein letzter Antrag betrifft:

9) Zl.-5209/48

Anlage zur Dienstvorschrift betreffend die allgemeinen Vollzugsbestimmungen  
zur Ausführung des Voranschlages; Änderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Anlage zur Dienstvorschrift betreffend die allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Ausführung des Voranschlages wird aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II in der beiliegenden Fassung mit Wirksamkeitsbeginn 1. 1. 1984 genehmigt.

(BEILAGE)

Ich glaube, ich kann es Ihnen ersparen, den Amtsbericht zur Verlesung zu bringen. Sie wissen alle, worum es geht und ich bitte Sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu Gegenmeinungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, es tritt jetzt die Frage der Aktuellen Stunde an uns heran.

Ich habe von den Fraktionsvorsitzenden gehört, daß es heute dazu keine Beiträge gibt. Gehe ich richtig mit dieser Annahme? Da dies der Fall, kann dieser Punkt entfallen.

Es sei mir nun erlaubt, entgegen meiner ursprünglichen Absicht, zum Schluß der heutigen Sitzung einige persönliche Bemerkungen zu machen. Im Grunde genommen habe ich meine Ansichten bereits am Mittwoch vergangener Woche geäußert. Es gab aber heute einige bemerkenswerte Beiträge und auch Situationen, die man aus dem Blickfeld eines abtretenden Politikers doch noch beleuchten soll, damit keine Mißverständnisse zurückbleiben, die vielleicht später noch wirken könnten.

Kollege Kinzelhofer und ich treten mit Ende des Jahres aus dem Gemeinderat aus und zugleich legt er die Funktion des Stadtrates und ich die Funktion des Bürgermeisters zurück. Und damit geht, wie Kollege Holub in der letzten Sitzung gesagt hat, sozusagen eine Ära zu Ende. Wenn jemand, der an der Spitze steht abtritt, so sagt man, daß eine Ära zu Ende geht. Ich möchte dazu nur eines sagen, eine Ära geht, was die Gemeindepolitik betrifft, nicht zu Ende, sie wird ja weitergeführt. Es gibt keinen Schnittpunkt, wo man sagt, bis dorthin hat der das gemacht und ab diesem Zeitpunkt beginnt etwas Neues. Die Dinge überschneiden sich, vieles, was planerisch bereits angelaufen ist, wird weitergeführt und meinem Nachfolger wird es genau so gehen, wie ich es von meinem Vorgänger

übernommen habe. Gott sei Dank ist das so, denn dadurch tritt nie ein Stillstand ein in der Gemeindearbeit und dadurch geht es immer weiter in dem Bemühen des Gemeinderates und des Magistrates, die Lebensverhältnisse in unserer Stadt zu verbessern. Meine Damen und Herren, es geht nicht meine Ära zu Ende, es geht die Ära einer Generation zu Ende, die zweifellos sehr bewußt die Notzeiten der Nachkriegsjahre nach dem Ersten Weltkrieg mit allen Schwierigkeiten – das sage ich jetzt ohne einen Beigeschmack von Reminiszenz – erlebt hat. Diese Zeit hat auch Kollege Kinzelhofer, der ja zwei Jahre jünger ist als ich, erlebt und diese Generation kann die Zeiten der Not niemals vergessen, das ist ausgeschlossen. Es war daher immer in unser beider Bemühen gelegen, solche Zeiten nicht mehr heraufzubeschwören, sondern immer wieder zu versuchen, das Leben der Menschen in Steyr aus der heutigen Möglichkeit heraus zum Besseren zu wenden. Wenn ich im Rückblick die Entwicklung betrachte, das sind keine Entscheidungen, die der Bürgermeister allein getroffen hat, das sind Entscheidungen, die der Gemeinderat mit seinen Beschlüssen getroffen hat. Ob mit Mehrheit oder Einstimmigkeit, das ist dabei mehr oder weniger nebensächlich. Es sind Entscheidungen, die immer alle, die hier mitbeschlossen haben, mittragen. Es ist logisch, daß vielleicht jetzt nachdem eine Zeit von 6 Jahren mit Kulminationspunkt einer Wirtschafts- und Wohlstandsblüte übersprungen ist, daß jetzt gewisse Sorgen bei der nachkommenden Generation auftreten, wie wird es weitergehen? Aber das ist natürlich und diese Unsicherheit, die uns befällt, bleibt nicht nur bei den Jungen haften, die trifft uns, die Älteren, genau so, denn auch unser Leben in der heutigen Zeit, wo der Mensch wesentlich älter als früher wird, ist von dieser Unsicherheit genau so betroffen, wie das der jüngeren Generation. So wird es nach wie vor so sein, wie es bei uns in jüngeren Jahren gewesen ist, daß die eigenen Ansichten, Vorstellungen und die eigenen Ideen dieser Nachfolgegeneration wirksam werden und werden müssen, daß die eigenen Probleme kommen werden, die auch gemeistert werden müssen, und daß Lösungen auftretender Fragen und Probleme auch von der Nachfolgegeneration nach ihren Möglichkeiten und Maßstäben getroffen werden. Ich möchte nicht so sehr sagen, daß meine Generation oder ich als Bürgermeister die Latte für die Folgegeneration gelegt habe, sondern die Latte wurde gelegt oder wird gelegt von den Zeitverhältnissen. Ich bin heute noch stolz darauf und sage das aus vollem Herzen, daß ich in eine Zeit hineingesetzt wurde als Bürgermeister, wo die Möglichkeiten der Entwicklung vorher nie so groß waren wie in diesem Zeitraum. Ich bin auch darauf stolz, daß diese Möglichkeiten optimal von mir genutzt wurden, weil ich immer mit der kleinen Angst im Hintergrund befaßt war, wer weiß, wie es später einmal werden wird. Was nämlich heute versäumt wurde, kann später nicht nachgeholt werden. Aus dieser Überlegung ist in diesen 10 Jahren sehr viel getan worden und sie wurden sehr oft mit wichtigen Entscheidungen, die Stadt betreffend, befaßt. Ich bin heute noch dankbar, am Ende meiner Funktionszeit, daß hier so vieles amikal und gemeinsam zu lösen war. Also Angst vor der Verantwortung braucht niemand zu haben und gerade nicht die Jüngeren, denn die wissen ja, mit den Problemen der Zeit fertig zu werden, weil sie in dieser Zeit leben.

Eines sollte man immer bedenken, wir müssen bei allen Entscheidungen stets daran denken, was wird uns diese Entscheidung in der Folgewirkung jährlich wieder kosten? In diesem Folgekostendenken habe ich mich immer bewegt und wenn Sie gut beraten sein wollen, sollte auch weiterhin dieser Gedanke im Vordergrund aller Entscheidungen stehen. Eines wird sicher kommen, es werden weniger Landesmittel als bisher freiwillig gewährt werden, die nicht pflichtgemäß an die Gemeinde fließen. Die müssen alle erbettelt werden und es werden daher weniger Landesmittel zu erwarten sein, denen aber gegenübersteht ein ständig steigender Anstieg der Pflichtabgaben an das Land, die müssen wir bezahlen, ob wir wollen oder nicht. Wir werden durch den Einwohnerschwund, den wir erlebt haben, weniger Einnahmen aus den Bundesmitteln erhalten und wir werden – Kollege Eichhübl, darauf wäre ich gar nicht so stolz – wesentlich weniger Mittel, so 6 bis 7 Mill. im Jahr, meiner Schätzung nach, an Steuereingängen erhalten, weil die Gewerbesteuer auf Kapital abgeschafft wurde. Wenn ich hier als Gemeindevertreter denke, war das für die Bewegungsfreiheit des Gemeinderates eine nicht gerade positive Entscheidung. Nun noch ein Hinweis zur mehrmals angeklungenen Frage der Verschuldung. Meine Damen

und Herren, es hat hier in diesem Haus vor meiner Zeit immer das Stolzgefühl, das Hochgefühl gegeben, die Gemeinde braucht keine Schulden machen, was wir nicht in der Kasse haben, das wird nicht angeschafft. Mit diesem Standpunkt wäre Steyr weit abgeschlagen anderen Städten gegenüber, wäre in einen Dornröschenschlaf versunken und wir dürfen nicht übersehen, daß zur damaligen Zeit die Finanzlage der Stadt so gegeben war, und zwar durch die enormen Abgaben der Steyr-Daimler-Puch AG mit ihrem Unternehmenssitz in Steyr, daß die Stadt Steyr das eigene Elektrizitätswerk an die OKA verkaufte um eine Menge Geld, der Betrag ging in die Millionenhöhe, und dadurch natürlich der Fettpolster der Stadt kräftig angewachsen ist. Es wäre heute undenkbar, einfach nur aus den Mitteln heraus die Stadtentwicklung zu pflegen, die hereinfließen, dazu müssen wir einfach den Kreditmarkt in Anspruch nehmen. Man darf auch die Inflationsrate nicht vergessen, die jetzt sicher wieder geringer ist, aber auch das ist ein Faktor, der logischerweise eine Auswirkung auf die Entwicklung unserer Finanzen hat. Wenn ich aber bedenke, daß von den 411 Millionen Schilling Ihnen ja 500 Millionen an Grundvermögen für die nächsten Jahre zur Verfügung stehen, dann glaube ich ist das nicht ein Vermögen, das man finanziell anknabbern kann, das aber für die Möglichkeiten der Stadt, für weitere Betriebsansiedlungen usw. von enormer Bedeutung sein kann. Denken Sie daran, hätte die Stadt nicht schon früher – das hat auch mein Vorgänger immer immer vertreten – z. B. die Gründe in der Waldrandsiedlung erworben, es gäbe heute dieses Siedlungsgebiet mit über 90 Hausparzellen nicht. Denn aus dem Privatbesitz wären diese Gründe um vieles teurer gewesen, wir hätten wohl kaum den Siedlern diese Möglichkeit einräumen können. Dieses Grundvermögen allein ist es aber nicht, was uns hier auch einigermaßen ein Gefühl der Sicherheit für unsere Maßnahmen geben soll. BMW hat bis heute ungefähr 70 Millionen Schilling, genauer gesagt bis 1985, verschlungen an Direkt- und Nebenleistungen. Wie wichtig das war, zeigt sich, daß wir seit 1979 in den Steyr-Werken um 1.670 Arbeitsplätze weniger haben, bei BMW sind schon über 1.200 zuge- wachsen. Wenn wir uns den Betrieb wegdenken, meine Damen und Herren, die Prozent- ziffer der Arbeitslosen würde sich in dieser Region in ganz anderen Höhen präsentieren. Daß der Schulbau mit 133 Mill. Schilling – ich habe das schon gesagt, möchte es aber hier nochmals wiederholen – nämlich in der Vorleistung der Finanzierung viel Geld verschlungen hat und die 30 Millionen an Grundschenkungen, das wissen wir alle. Ich möchte aber nicht verschweigen, das wurde noch nie gesagt, daß die Rückflüsse aus den Verträgen, die wir mit dem Bund über die Schulbauten der drei Schulgebäude ge- geschlossen haben, auf 15 Jahre laufen und in etwa 50 % der Gesamtinvestitionskosten der Gemeinde allmählich wieder zurückfließen, sicher aber nicht in jenem Maß valorisiert, wie die Zeitentwicklung das erfordern würde. Aber aus diesem Titel allein kommen in 15 Jahren, wenn ich vom Bau der HAK z. B. rede, ungefähr wieder 16 Millionen an die Stadt zurück. Das sind Beträge, mit denen Sie rechnen können, wenn nicht der Bund ein schlampiger Zahler wird. Sie haben aber darüber hinaus Einsparungen zu kalkulieren, die auch noch nie jemand erwähnt hat. Wenn wir nämlich nicht im Zuge dieser Verträge die Handelsakademie, die Handelsschule, die Schule für wirtschaftliche Frauenberufe und letztlich auch die Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen Zug um Zug mit allen Ne- benkosten und Betriebskosten verbundlicht hätten, würden uns jährlich Beträge von 5 – 7 Millionen Schilling an Schulerhaltungskosten treffen. Dieser Betrag würde jährlich immer ansteigen. Wir sparen durch diese Investitionen, zu denen uns niemand hätte zwingen können, die Bundesschulen fallen nicht in den Pflichtbereich einer Gemeinde, sie zu errichten, zu finanzieren oder dafür Grund bereitzustellen. Aber das elementare In- teresse der Stadt Steyr, für die heimische Jugend und auch für die Jugend des Umlandes, die bestmögliche Ausbildung zu bekommen, hat uns dazu verleitet, diese Entscheidungen zu treffen, die, das glaube ich, richtig waren. Das sind Investitionen, die sich in dieser Form in den nächsten 5 oder 10 Jahren kaum wiederholen werden, denn der Bedarf an allgemeinbildenden höheren und mittleren Schulen ist, wenn man die Palette der sechs maturaführenden Schulen betrachtet, in etwa erfüllt. Ob später noch neue hinzukommen, hängt von der Schulpolitik der Regierung ab, was alles noch an Reformen eingeführt wird. Aus heutiger Sicht sind Sie davon befreit, weitere Millionenbeträge einsetzen zu müssen für Schulbauten der allgemeinbildenden höheren Schulen.

So gesehen können Sie damit rechnen, daß die Dinge nicht so schwarz zu sehen sind, wie manche, die vielleicht glauben, daß die hohe Verschuldung der Stadt Steyr jede weitere Investition unterbindet.

Einige Grundsätze, die ich in meiner Zeit vertreten habe, sind sicherlich nicht fehl am Platz, sie auch später zu beachten, nämlich daß man mit den Geldern, die der Gemeinderat zur Verfügung hat bei seinen Entscheidungen, die Struktur der Stadt ständig verbessert, daß man städtisches Vermögen im Sinne von Grund schafft, um Bewegungsfreiheit zu besitzen und hohe Folgekosten vermeidet. Wenn man diese drei Grundsätze beachtet, dann wird auch die Leistungsfähigkeit der Gemeinde weiterhin gewährleistet und gesichert sein. Ich bestreite gar nicht, daß manche Schritte in diesen 10 Jahren gewagt erschienen sind, manche Kritik ausgelöst haben und trotz der gemeinsamen Beschlüsse heute gesagt wird, das sind Denkmäler des Bürgermeister. Ich weiß kein einziges Denkmal, das mir gestiftet wurde. Ich betrachte das nicht als Denkmal, sondern als Bauwerke, die den Steyrern in dieser oder jener Hinsicht voll zur Verfügung stehen und es kann sicher keiner behaupten, daß dieses oder jenes nicht gebaut hätte werden sollen. Worauf ich persönlich stolz bin ist, trotz des riesigen Widerstandes am Beginn, die Errichtung von Fußgeherzonen. Sie können mir glauben, die Jüngeren werden das nicht wissen, Kollege Wallner kann das bestätigen, ich habe mich damals vorbehaltlos in der Handlungskammer der gesamten Wirtschaft von Steyr zu einer Diskussion gestellt, als es darum ging, im Zuge des Brückenneubaus die Enge Gasse zur Fußgeherzone zu erklären. Ich habe damals auch meine Gründe dafür angeführt. Heute, davon bin ich überzeugt, könnte sich keiner mehr vorstellen, daß die schweren Autobusse durch die Enge Gasse fahren, die schweren Lkw, Baustellenfahrzeuge usw. Es könnte sich auch den Pfarrberg niemand mehr als Hauptverkehrsstraße vorstellen. Das sind Dinge, womit man nicht zuwarten kann. Ich habe mit einem Vorgänger gesprochen, der hat mir gesagt "das lassen wir reifen, bis wir es nicht mehr aushalten". Ich war immer der Meinung, das kann man nicht reifen lassen, bis man es nicht mehr aushält, sondern da muß man als Gemeindepolitiker, egal welcher politischen Zugehörigkeit, egal in welcher Funktion, Linien setzen, die der Zeit vorauslaufen. Diese Dinge sind es sicherlich gewesen, die zeitlich vielleicht noch nicht reif waren, aber heute von allen verstanden werden. Wer von uns erinnert sich heute noch, das sage ich nicht aus Denkmalgründen, sondern deshalb, weil es für mich sehr interessant war, so im Rückblick kurz zu überschauen, was ist eigentlich alles gemacht worden? Wir haben die Pachergasse zweimal umgebaut, zuerst im oberen Bereich zwischen Bahndammstraße und Johannesgasse und haben dann im Zuge der Südumfahrung die Klotzstraße und die untere Pachergasse erneuert. Das waren große Baustellen, die für die Anrainer sehr viele Unannehmlichkeiten gebracht haben. Heute ist das vergessen, heute wird das dankbar angenommen und bei dem Verkehr, den wir mit diesen Straßenzügen aufnehmen können, ist es gar nicht mehr denkbar, wie das früher gegangen ist, als die sogenannte deutsche Turnhalle noch gestanden hat. Die Dukartstraße, ein langer Streit zwischen den Fraktionen, welche Lösung, ennsseitig oder bahnhofseitig die bessere ist. Wir haben uns entschieden für die ennsseitige Erweiterung und siehe da, es hat weder der Grüngürtel gelitten, noch hat sich dadurch eine Verzögerung des Bauwerkes ergeben, die sicher eingetreten wäre, hätten wir die großen Grund- bzw. Bauwerksablösen auf der anderen Seite durchführen müssen.

Die Eisenstraßenlösung, auch einige Zeit etwas umstritten, ist heute schon so angenommen, daß es gar nicht mehr vorstellbar ist, daß dort einmal das alte Bergerhaus gestanden ist und durch diese Engstelle ist der ganze Verkehr geflossen. Auch die Fußgänger von der Ennsseite haben jetzt ihren Übergang und all das funktioniert reibungslos. Man muß also schon Schritte setzen und nicht so lange warten, bis man gezwungen wird, weil dann, wenn man gezwungen wird, in dieser kurzen Zeit, bis der Unmut der Bevölkerung laut wird, man gar nicht imstande wäre, diese Maßnahmen zu setzen, die zeitlich gar nicht zu bewältigen wären. Man muß hier von der Gemeinde aus den Dingen etwas vorauslaufen. Wir haben ja auch die nötigen Fachbeamten in der Direktion, im Bauamt, um diese Dinge richtig zu beherrschen.

Wenn ich den Hubergutberg erwähnen darf, auch dort wurde eine Lösung getroffen, die

Klotzstraße habe ich schon erwähnt. Auch die Sicherheit der Fußgänger hat in den letzten Jahren wesentlich durch die Schaffung von Unter- und Überführungen an stark frequentierten Straßenzügen zugenommen.

Ein Wort zum Wohnbau. Hier habe ich mich nie verantwortlich gefühlt für die GWG, verschiedene Dinge haben mir nicht gepaßt, das gebe ich ohne weiters zu, dieser Auffassung bin ich auch heute noch, daß man einiges anders machen könnte. Ich stehe auf dem Standpunkt, im Zeitalter von leerstehenden Komfortwohnungen und einer nach wie vor großen Zahl von Wohnungssuchenden, die jeden Dienstag beim Wohnungsreferenten vorsprechen, kann die gegenwärtige Situation nicht befriedigend sein, es muß also etwas anderes geschehen. Die Lösung, die mir immer vorgeschwebt ist, leider ohne Zustimmung der Wohnbauförderung, daß wir eine gestaffelte Wohnungsqualität anbieten sollten. Man würde dann sehr rasch bemerken, was den Wohnungswerbern wichtiger ist, die komfortable Großwohnung, die er sich nicht leisten will oder kann, oder eine bescheidenere Wohnung, mit bescheidenerer Ausstattung, die für ihn erschwinglich ist und die ihn nicht dazu zwingt, auf alle anderen Annehmlichkeiten im Leben zu verzichten. Wenn es hier nicht eine andere Ansicht gibt – Anzeichen dafür sind vorhanden – im Bereich der Wohnbauförderung, daß man diese ursprünglich überhobenen Ansprüche auf ein Normalmaß zurückschraubt, dann bedauere ich jene Wohnungswerber, die sich mit weniger Komfort zufrieden geben würden, wenn es dafür erschwingliche Mieten gäbe.

Was das Verhältnis zur Presse betrifft, ich muß sagen, ich hatte mit den Vertretern der Medien im allgemeinen, zumindest früher, guten Kontakt, und zwar bis zum Zeitpunkt der Wehrgrabendiskussion. Von da an ist mir viel Dreck auf den Rücken geschmissen worden und seither war das Verhältnis ein wenig gestört.

Ich möchte auch die Kritiken am Amtsblatt etwas abschwächen dadurch, daß dieses Amtsblatt in seiner Qualität, österreichweit gesehen, nahezu an der Spitze steht. Ich habe mich nie als persönlichen Freund des Redakteurs Kerbl betrachtet, aber ich schätze ihn in seiner beruflichen Qualifikation ungemein. Es war für mich damals auch gar nicht so leicht, mich im eigenen Parteikreis durchzusetzen, und schon gar nicht bei den anderen Fraktionen, um mit Kerbl einen Fachmann für die Redaktion des Amtsblattes zu bekommen. Daß ich mich durchsetzen konnte, ist wahrscheinlich meinem bekannt breiten Rücken und meiner dicken Haut zuzuschreiben.

Wegen der Steuermittel, schauen Sie, es ist ziemlich egal, von wo ein Medium finanziert wird. Wir finanzieren das Amtsblatt aus jenen Steuermitteln, die die Gemeinde einnimmt. Andere haben wir ja nicht. Die andere Presse, ob es die Tages- oder Wochenpresse ist, bekommt über das Presseförderungsgesetz vom Bund auch Steuermittel. Nicht von der Gemeinde, sie bekommt diese Mittel vom Bund eben über diese Presseförderung. Ich sehe daher da gar keinen Unterschied. Das Amtsblatt erscheint einmal monatlich, und ich finde es gut, wenn die Entscheidungen des Gemeinderates hier mehr oder weniger unverfälscht aus der Sicht eines ständig Beteiligten dargestellt werden. Das schloß aber nicht aus, daß ich auf Seite 3, die ich mir als Bürgermeister für mich vorbehalten habe, natürlich auch persönliche Überlegungen wiedergegeben habe. Aber das muß das gute Recht eines Bürgermeisters sein und ich hoffe, daß das auch mein Nachfolger in Anspruch nimmt. Das ist ja die einzige Möglichkeit, in der Presse eigenes Gedankengut wiederzugeben.

Ob das natürlich immer ohne Kritik aufgenommen wird, das ist eine andere Sache. Etwas, was ich heute für mich persönlich in Anspruch nehmen will, ist, daß ich mich heute noch ungemein freue, daß in meiner Zeit das Jubiläum 1000 Jahre Steyr abgehalten werden konnte. Ich muß ehrlich sagen, es brachte mich physisch oftmals an die Grenzen der Belastbarkeit, es ist nicht das Schönste, tage- bzw. oft auch nächtelang unterwegs sein zu müssen. Ich habe versucht, in dieser Zeit ein Repräsentant der Stadt und der Bürger zu sein, der auch von anderen respektiert wurde. Darauf habe ich stets großen Wert gelegt.

Daß ich mich hier manches Mal mit Rednern anderer Fraktionen angelegt habe, das mögen Sie so verstehen, ich habe in früheren Zeiten mehr wie zuletzt immer wieder natürlicherweise parteipolitisch meine Meinung gesagt, weil sie oft zu wenig aus dem Kreis meiner eigenen Freunde gekommen ist. Daß das nicht immer gut war, hat sich ja hin-

länglich gezeigt. Ich hätte es nicht notwendig gehabt, weil ich ja in meiner eigenen Partei gar keine Spitzenfunktion innehatte, um dort als Repräsentant der sozialistischen Partei in Erscheinung treten zu müssen.

Eines möchte ich aber doch betonen, obwohl ich verschiedene Systeme der politischen Welt durchgelebt habe, habe ich nie einer anderen Partei angehört und das von meiner frühesten Kindheit an, wo ich bei den Kinderfreunden, damals beim roten Kindersportklub, gewesen bin. Ich habe, das habe ich schon letztes Mal gesagt, aus Gründen, die rein persönlich familiär sind, nach 1945 weitestgehend mich aus den politischen Verhältnissen herausgehalten. Eines stimmt mich bedenklich in Erinnerung an diese Zeit, die politischen Sitten, die heute einreißen, ich nehme erfreulicherweise unseren Gemeinderat – mit wenigen Ausnahmen, das kann passieren, das ist menschlich – aus. Aber ich glaube, Sie sind weiterhin gut beraten, der Sachlichkeit, wenn Sie noch so hart aneinandergeraten, den Vorrang zu geben vor allen persönlichen Emotionen oder persönlichen Anfechtungen, weil das allein erlaubt auch in schwierigen Zeiten, eine Situation zu retten, wenn sie scheinbar schon ganz verfahren ist und wir gemeinsam versuchen müssen, den Karren irgendwie wieder in Bewegung zu bringen. Ich glaube, das ist eine Vorbedingung dafür, daß wir Sitzungen der heutigen Art mit gemeinsamen Beschlüssen, bei einem gemeinsamen Beisammensein beenden können.

Was die Politikerbezüge, die Kollege Tremml heute angeführt hat und auch die Freiheitliche Partei hat dieses Thema zu ihrem Steckpferd gemacht, betrifft, so sage ich wieder, ich bin froh, daß es mir trotz großem Widerstand gelungen ist, die Pension für Stadträte zu erwirken. Ich hätte das nie gemacht, wenn ich nicht des festen Glaubens wäre, daß die Mitglieder des Stadtsenates der Stadt Steyr, gemessen an anderen Städten, sehr bescheiden mit den Bezügen, die sie für ihre Tätigkeit bekommen, sind. Wir haben vergleichsweise zu anderen Städten zumindest das gleiche zuwege gebracht kommunalpolitisch, was andere, die viel mehr an Einsatz nötig hätten, wenn man die Bezüge vergleicht, erreicht haben. Aus diesem Titel heraus habe ich die Ermächtigung gezogen, in dieser Frage aktiv zu sein. Politikerbezüge sind ein angenehmes Thema am Arbeitsplatz und überall dort, wo man sich gerne kritisch äußert, aber es würde eine Reduzierung der Politikerbezüge überhaupt keinen Einfluß auf die Finanzkraft der Stadt Steyr oder auf die Finanzkraft anderer Betriebskörperschaften haben, weil das ein relativ kleiner Betrag ist, mit dem eine Situation gar nicht gerettet werden kann oder die Finanzsituation im Schuldendienst herabgesetzt werden kann. Das Thema ist psychologisch begründet und je mehr darüber geredet wird, desto mehr greift sich jeder selber in den Sack hinein. Auch der, der dagegen redet und dennoch die Bezüge überwiesen bekommt. Das ist ein ewiges Thema, aber das Entscheidende ist, es kommt halt darauf an, ob jemand, nämlich der, der kritisiert, dem anderen, den er kritisiert, auch zutraut, für den Bezug, den dieser erhält, als Gegenwert die entsprechende Leistung zu erbringen. Das ist der einzige Aufhänger, wo ich sagen muß, es ist wichtig, daß die politischen Mandatäre sich ihrer Verpflichtung bewußt sein müssen, daß der sogenannte einfache Mann auf der Straße bewertet nach seinen eigenen Vergleichsmöglichkeiten. Wenn diese Vergleichsmöglichkeiten nicht mehr vorhanden sind, wird in dieser Frage vermutlich etwas Ruhe einkehren.

Meine Damen und Herren, es sind, ich habe das heute kurz durchgesehen, in diesem Raum von 36 Gemeinderäten 12, dann werden es 11 sein, die aus den Steyr-Werken kommen. Ein Drittel des Gemeinderates sind Angehörige der Steyr-Daimler-Puch AG und es war daher klar, daß in diesem Kreis die Sonderinteressen dieses größten Unternehmens der Stadt immer wieder durchklingen. Ich habe immer versucht, obwohl ich selbst Angehöriger der Steyr-Werke bin, 45 Jahre lang dort gearbeitet habe – Gott sei Dank – mit Ausnahme einem 1/2 Jahr, wo ich arbeitslos war, aber sonst habe ich immer dort gearbeitet, dafür Sorge zu tragen daß hier nicht schwerpunktmäßig Interessen einzelner Unternehmungen oder einzelner Gruppen zum Durchschlag kommen, weil ich glaube, daß es auch der gesamten Gemeindepolitik nicht dienlich ist, wenn man auf diesem Weg Einzelinteressen in den Vordergrund stellt. Ich bin auch sehr froh, daß ich dabei verstanden worden bin.

Ich bin hier aber oftmals nicht verstanden worden, und zwar auch nicht von meinen eigenen Parteifreunden, was mich aber nicht hindert, trotzdem stolz zu sein, daß ich der

sozialistischen Fraktion so viele Jahre angehöre.

Es wird also im Jänner ein neuer Bürgermeister in der Person des Kollegen Schwarz vor Ihnen sitzen, ein neuer Vizebürgermeister in der Person des Kollegen Wippenberger, Sie werden zwei neue Stadträte zu wählen haben, und zwar die Kollegen Pimpl und Steinmaßl und es werden drei neue Gemeinderäte aus der Liste der sozialistischen Fraktion, und zwar Frau Probst und die Herren Hanzlik und Platzer hier einziehen. Es wird, wenn ich den Wechsel in der ÖVP und der FPÖ vor kurzer Zeit heranziehe, also ein Drittel der Gemeinderäte hier neu installiert sein. Das wird zweifelsohne auch ein anderes Bild ergeben und vielleicht ein bißchen neuen Schwung hereinbringen, denn Neue haben wieder neue Ideen und Vorstellungen und glauben, sie können das Rathaus auf den Kopf stellen, bis sie daraufkommen, daß das eine Gemeinschaft ist, in der man nicht so ohne weiteres umrühren kann. Man muß sich auch hier in das Gefüge einordnen. Es kommen viele Aufgaben, die ich nicht näher erläutern möchte, auf Sie zu. Ich kann heute nur mehr eines sagen, daß ich meinen Freunden hier oftmals zu wenig parteipolitisch aufgetreten bin und auch das Amtsblatt manchmal zu wenig parteipolitisch gefärbt ist. Ich weiß, daß ich umgekehrt wiederum den anderen Fraktionen gegenüber viel zu viel SPÖ-freundlich aufgetreten bin, weil ich eben ein SPÖ-Mann bin. Hier den Mittelweg zu finden, das wird wahrscheinlich keinem gelingen. Die einen wollen, daß man radikaler ist, die anderen meinen, man ist zu radikal. Damit muß man leben und ich habe gelebt in gutem Kontakt mit der Wirtschaft und deren Repräsentanten, weil ich immer im Glauben war und heute noch bin, wenn man die Wirtschaft fördert – nicht den Unternehmer als Person, sondern die Freude und Tatkraft zum Unternehmerrisiko – dann stützt man auch jene Menschen, die von seiner Initiative am Arbeitsplatz abhängig sind. Dieser gute Kontakt hat sich auch fortgesetzt bis über die Serviceklubs. Ich bin sehr stolz darauf, ich habe heuer eine Auszeichnung vom Service-Klub bekommen, von dessen Governor, und zwar vom Klub, dem Kollege Fritsch angehört. Es ist mir jetzt erst gesagt worden, das wußte ich nicht, daß es die höchste Auszeichnung, die an Nichtmitglieder des Lions-Club vergeben werden kann, ist. Außer mir besitzt sie nur mehr der Herr Bundespräsident. Das wurde mir erst diese Woche gesagt, ich wußte das nicht.

Ich habe auch versucht, die Weichen zu stellen in dieser Zeit, vor allem, was den Nachwuchs in der Beamenschaft betrifft. Es war schon immer meine Sorge, daß an der Spitze Beamte stehen, deren Alter ich genau gekannt habe, wo ich wußte, daß der Zeitpunkt kommen wird, wo der eine und der andere seine Position aufgibt und in den Ruhestand tritt und die Nachfolgeposition nicht entsprechend abgesichert war. Es war daher ein Wunsch von mir und das ist geschehen, das noch zu regeln. Die Frage der Magistratsdirektor-Nachfolge durch Dr. Knapp war schon vorher geregelt, aber z.B. die Leitung des Finanzwesens durch Dr. Schmidl, Präsidialdirektor nach Postler wurde Dr. Alphasamer, als Personalchef folgte Ruckerbauer. Damit sind einige wichtige Leitungsfunktionen mit jungen Menschen besetzt, wodurch gewährleistet ist, daß es im inneren Dienst des Magistrates wieder weiter geht und auf Jahre hinaus eine Kontinuität entsteht.

Wir befinden uns jetzt in der sogenannten vorweihnachtlichen Zeit, die ja hektischer ist als jede andere im Jahr. Ich weiß, daß jeder froh ist, wenn er sich bei seiner Familie um die Weihnachtsvorbereitungen kümmern kann. Bei dieser Gelegenheit möchte ich abschließend sagen, ich habe meinen Rücktritt am 7. Juli nicht leichtfertig zur Kenntnis gebracht, allerdings – das sage ich offen – ohne mit meinen Parteigremien Rücksprache zu halten. Der Grund ist leicht erkennbar, es waren jahrelang, ohne mein Dazutun, immer Gerüchte im Umlauf, wer wird Nachfolger von Weiss werden. Ich wollte dieser Gerüchtemacherei nicht noch Spielraum geben, indem ich vorher allen möglichen Instanzen erkläre, was ich vorhabe, ich wollte nur den parteipolitischen Instanzen der SPÖ eine klare Marschroute mit meiner Erklärung vorgeben, damit dort entschieden werden kann, wer mein Nachfolger wird. Daß ich stets für Kollegen Schwarz eingetreten bin, weiß jeder, und ich habe nie eine andere Auffassung vertreten. Wir leben immerhin schon 7 Jahre nebeneinander, einmal besser, einmal schlechter, aber so ist es im Leben. Wir haben beide ein anderes Naturell, aber ich möchte mich bei ihm heute bedanken, denn er war ein sehr geduldiger Mitarbeiter an meiner Seite, er hat manches hingenommen, was ich

wahrscheinlich nicht so ohne weiteres hingenommen hätte. Ich möchte ihm herzlich danken, denn es wäre auch leicht möglich gewesen, daß ein Nachfolger – uns trennen zwölf Lebensjahre – die Zeit nicht mehr absehen kann, wenn er einmal in die Funktion einrücken kann. Das kann bei nicht genügendem Verständnis zueinander zu sehr viel Reibungsflächen führen. Diese Reibungsflächen, das kann ich ehrlichen Herzens sagen, hat es bei uns nie gegeben. Solche Momente sind nie aufgetreten und ich wurde in dieser Richtung von ihm in keiner Weise bedrängt oder befragt. Das ist ein Zeichen unserer guten Zusammenarbeit.

Die Einstellung, die ich vertreten habe, ich habe meine Funktion als Bürgermeister immer gesehen als der erste Mann im Rathaus, als der, der nicht nur die erste Verantwortung hat, sondern aus dieser Verantwortung heraus auch die Entscheidungen beeinflussen muß. Ich habe mich daher auch von Außenstehenden in keiner Weise manipulieren lassen. Ich war stets der Auffassung, wenn der Bürgermeister nicht weiß, wie er seine Schritte setzen muß, dann kann ihm keiner aus dem Sekretariat oder aus einer Landesfunktion den Schrittmacher abgeben. Das glaube ich, ist etwas sehr Wesentliches, die Eigenständigkeit der politischen Arbeit im Rathaus.

Man kann sich bei einer Art, wie ich sie vertreten habe, weder seine Feinde noch seine Freunde aussuchen und ich kann – das ist so im Leben – doch sagen, daß in diesem Kreis so manche schwierigen Stunden, aber auch manche humorvolle Stunden gegeben waren, nicht nur hier im Gemeinderatssaal, sondern auch bei verschiedenen anderen offiziellen Anlässen. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl und dieses humorvolle Abtasten hat auch manche Vorteile, man lernt sich gegenseitig kennen, man lernt die schlechten und guten Seiten kennen und man lernt den anderen besser verstehen.

Ich lege nunmehr die Geschicke dieses Hauses in die Hände meines Nachfolgers, wobei ich etwas vorwegnehmen muß, daß die Entscheidungen so klar vorgegeben sind, daß eine andere Entscheidung kaum mehr möglich sein wird. Ich sage das von vornherein, ich lege meine Arbeit in seine Hände. Die Arbeit wird weitergehen, sie wird von ihm in jeder Hinsicht sicher menschlich betrieben, denn auch unser Verhältnis war immer ohne Ecken und Kanten. Ich glaube, daß die Vernunft immer das übergeordnete Interesse vor allen anderen sein wird.

So darf ich Ihnen heute zu diesem Abschluß des Arbeitsjahres 1983 die besten Wünsche aussprechen, daß Sie persönlich viel Freude haben mögen, daß Sie gesund bleiben und daß Sie Zufriedenheit in Ihrer beruflichen Tätigkeit finden. Diese Wünsche richte ich an den Gemeinderat, an die Obmänner der verschiedenen Fraktionen, mit denen gerade bei den Vorbesprechungen zu Gemeinderatsitzungen manches Erfreuliche zustande gekommen ist, wodurch viele Sachverhandlungen gut abgewickelt werden konnten und ich wünsche auch der Beamtschaft des Hauses, mit der mich immerhin gute 15 Jahre Gemeinderatsarbeit verbindet, davon 6 Jahre als Vizebürgermeister und 9 Jahre als Bürgermeister viel Glück und Erfolg und danke für das Verständnis, das mir aus dieser Richtung immer entgegen gebracht wurde. Ich habe es auch der Beamtschaft ja nicht immer leicht gemacht, das weiß ich. Ich möchte auch der Personalvertretung des Hauses danken für das Verständnis, auch wenn nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten.

So kann ich nur mehr meinem Nachfolger und Ihnen allen für das kommende Jahr Erfolg für die Ausübung Ihrer Funktion wünschen und darüberhinaus wünsche ich Ihnen familiär ein frohes, besinnliches Weihnachtsfest mit der Hoffnung, daß die Zeit bis zum neuen Jahr Ihnen viel Erholungsspielraum gibt, daß Sie wieder mit Glück, Gesundheit und Tatkraft an die Arbeit gehen können.

Damit möchte ich mich von Ihnen allen verabschieden.

Applaus

Abschließend darf ich Ihnen noch mitteilen, daß in der heutigen Sitzung Beschlüsse gefaßt wurden über 18,886.000 Schilling. Mit dieser Mitteilung darf ich die Sitzung abschließen.

Ende der Sitzung: 19.35 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Franz Weiss e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.

Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Hermann Bachner e. h.

Otto Tremml e. h.